

POLIS



Jugend

& Politik

Politik & Jugend

Der konsequente Weg zur Beteiligung
Jugendlicher – Eine Arbeitshilfe für Kommunen
und politische Bildner



Eine Schriftenreihe der
Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung

Axel Knoblich / Karsten Rudolf /
Alexander Wicker / Melanie Zeller (Hrsg.)

33

POLIS

POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, daß Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Herausgeber: Hessische Landeszentrale für politische Bildung,

Axel Knoblich
Karsten Rudolf
Alexander Wicker
Melanie Zeller

Mitarbeit: Kai Hamburger
Anette Koch

Wiesbaden 2001

Ein Konzept zur Jugendbeteiligung für hessische Kommunen

Die 13. Shell Jugendstudie „Jugend 2000“ verzeichnet einen weiteren Rückgang des politischen Interesses bei den Jugendlichen. 1999 waren nach dieser Untersuchung nur noch 43% der Jugendlichen politisch interessiert, 1996 waren es noch 47% und 1991 noch 57% gewesen. Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Jugendlichen. Betrug 1999 64,1% gegenüber 75,5% 1996. Die Zahl der Desinteressierten stieg von 18,6% 1996 auf 27,7% 1999, die der überzeugten Nichtwähler von 5,9% auf 8,2%. Die an diesen Zahlen ablesbare Tendenz im Verhältnis der Jugend zur Politik in Deutschland zeigt deutlich, dass es hier zu einer zunehmenden Entfremdung gekommen ist. In Parteien organisiert sind 1,5% der Jugendlichen, in Bürgervereinen zur Durchsetzung gesellschaftlicher/politischer Ziele 1,1%.

Politische Beteiligung besitzt für die Jugendlichen offensichtlich keine große Attraktivität. Dies kann für eine Demokratie mit Sicherheit kein befriedigender Zustand sein.

Die politische Bildung ist mit diesem Problem konfrontiert und versucht mit unterschiedlichen Projekten und Bildungsangeboten zu einer Verbesserung des Verhältnisses von Jugend und Politik beizutragen. So hat die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) u.a. das Angebot an gemeinsam mit dem Hessischen Landtag während der Plenarwochen durchgeführten Seminaren, speziell für Jugendliche, in den letzten Jahren stark ausgeweitet.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt, das politische Interesse von Jugendlichen zu wecken oder zu stärken sollte aber auch deren persönliches Lebensumfeld, sprich die Kommune in der sie leben, darstellen. Hier ist der persönliche Bezug, die Betroffenheit, am stärksten.

Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik, d.h. den Jugendlichen in ihrer Gemeinde die ernsthafte Möglichkeit zu geben, sich für ihre Belange einzusetzen, stellt in dieser Hinsicht eine große Chance dar.

Das Konzept „Jugend & Politik – Politik & Jugend“ des Bündiger Kreises e.V. zielt in diese Richtung. Der sehr offene Ansatz schien für ein entsprechendes Modellprojekt sehr gut geeignet. Die HLZ war deshalb gerne bereit, das Projekt zu unterstützen und zu begleiten und in einer Publikation darüber zu berichten.

Mit dieser Ausgabe unserer Reihe „POLIS“ soll das in und mit der Stadt Maintal umgesetzte Projekt nun dokumentiert und sollen die dabei gemachten Erfahrungen publiziert werden.

Ziel ist es, alle hessischen Gemeinden und alle in der politischen Jugendbildung Tätigen zu motivieren hier aktiv zu werden oder sie dabei zu unterstützen, es zu bleiben.

Wiesbaden, im September 2001

Axel Knoblich, M.A.

Referatsleiter Hessische Landeszentrale für politische Bildung



<i>Axel Knoblich</i> Vorwort	3
---------------------------------	---

Einleitungsteil

<i>Rainer Krieger</i> Zu dieser Arbeitshilfe	7
---	---

<i>Dorothee Diehl</i> Ein Bürgermeisterwort	9
--	---

<i>Brigitte Vollprecht</i> Ein Fazit vorweg: Viel Arbeit, aber es lohnt sich	10
---	----

Grundsatzbeiträge und Grundkonzept

<i>Karsten Rudolf / Alexander Wicker</i> Jugend im Parteienstaat – Jugendbeteiligung heißt Jugend verstehen und ernst nehmen	13
--	----

<i>Karsten Rudolf / Alexander Wicker</i> Grundprinzipien auf dem konsequenten Weg zur kommunalen Jugendbeteiligung	20
--	----

<i>Karsten Rudolf</i> Die Grundidee: Das modulare Konzept „Jugend & Politik – Politik & Jugend“	24
---	----

Werkstattbericht

<i>Heiko Koch / Daniel Kutscher / Armin Niedermeier / Inga Nüthen / Karsten Rudolf / Sebastian Schmidt / Brigitte Vollprecht / Alessandro Vuolo-Caamano / Alexander Wicker / Melanie Zeller</i> Werkstattbericht: Das Modellprojekt in Maintal	31
---	----

Weitere grundlegende und weiterführende Beiträge

<i>Brigitte Vollprecht</i> Jugendarbeit als Balance zwischen intensiver Betreuung und eigenverantwortlichem Spielraum	73
---	----

<i>Axel Knoblich</i>	
Planspiel Jugend und Kommunalpolitik - Qualifikation von Jugendlichen	75
<i>Marc Zeller / Melanie Zeller</i>	
Die Lebensumstände Jugendlicher als Determinanten zur Aktivierung politischer Beteiligung	77
<i>Alexander Wicker</i>	
Der politische Bildner als Mittler zwischen den Welten	82
<i>Melanie Zeller</i>	
Durch Evaluierung zum Bildungspartner Jugend	86
<i>Armin Niedermeier</i>	
Der Schlüssel ist eine intensive Kommunikationsarbeit	92
<i>Lars Naumann</i>	
Jugendbeteiligung im Blickpunkt – Die hessische Situation	98
Anhang	
Literatur, Links, Kontakte - Auswahl erster weiterführender Hinweise	106
Bauplan „Kommunale Jugendbeteiligung“	110
Anhang zum Werkstattbericht	112
Die Initiatoren von J&P – Kurzportrait und Kontakt	
Büdingen Kreis e.V.	132
FD Jugendarbeit der Stadt Maintal	134
Hessische Landeszentrale für politische Bildung	135
Zu den Autoren	136



Zu dieser Arbeitshilfe

Eine wesentliche Aufgabe des überparteilichen und ehrenamtlich organisierten Bündiger Kreis e.V. (BK) – Verein zur politischen Bildung und Kommunikation – ist es, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schlagen.¹ Mit Modellprojekten will der Verein Diskussionsbeiträge leisten und Hilfestellungen für die praktische Bildungsarbeit entwickeln. Dabei steht besonders das bürgerschaftliche und politische Engagement im Mittelpunkt des Forschungs- und Bildungsinteresses.

Die Diskussion um Jugendbeteiligung ist in vollem Gange, viele Kommunen sind auf der Suche nach Konzepten. Wie Lars Naumann in seinem Beitrag richtig feststellt, scheint eine Vernetzung bzw. Orientierung mit/an den Erfahrungen anderer nur selten stattzufinden. Trotz aller wünschenswerten, regional unterschiedlichen Ansätze und Aktionen - oder gerade deswegen - muss es eine landes- oder zumindest kreisweite Vernetzung geben, damit das berühmte Rad nicht immer wieder neu erfunden wird. Der Aufbau landesweiter Netzwerke kann ein Anfang sein. Dies ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, aber auch – wie es Karsten Rudolf und Alexander Wicker beschreiben - eine Frage der Professionalität.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung soll der Versuch einer solchen Vernetzung und Anregung der Diskussion um Jugendbeteiligung in hessischen Kommunen unternommen werden. Das Projekt „Jugend & Politik – Politik & Jugend“ (J&P) zeigt, dass ein kontinuierliches politisches Engagement Jugendlicher möglich ist, wenn man sie mit ihren Interessen ernst nimmt und viel Zeit sowie persönliches Engagement aufbringt. Das Modellprojekt wurde wissenschaftlich begleitet. Die Erfahrungen und Ergebnisse werden nun in dieser Veröffentlichung als Zwischenbilanz vorgestellt. Da der Ansatz von J&P ausdrücklich keinen Königsweg darstellen soll und kann, versteht sich diese Veröffentlichung nicht als Werbebroschüre für das Projekt J&P, sondern als Arbeitshilfe und Diskussionsvorschlag für all diejenigen, die selbst überlegen, etwas zur Förderung der politischen Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene beizutragen. Daher wird im ersten Teil dieser Veröffentlichung zunächst eine allgemeine wissenschaftspraktische Einführung in die Thematik gegeben. Dann folgt der detaillierte Werkstattbericht, aus dem die Leser Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit ziehen können. Daran schließt sich ein Teil mit weiterführenden Beiträgen an, die versuchen, wichtige Determinanten und Grundprinzipien vorzustellen. Aus dem Anhang kann man sich für die Arbeit vor Ort Anregungen herausziehen und Einzelergebnisse der Evaluation zum Projekt J&P finden, die auch helfen können, Jugend besser zu verstehen.

¹ Eine ausführliche Darstellung zu den Aufgaben und zur Bildungsarbeit des Bündiger Kreis e.V. befindet sich in der Anlage zu dieser Veröffentlichung.

Ich danke allen Autoren für ihre interessanten Beiträge und den Herausgebern für ihre inhaltliche und koordinierende Arbeit. Der HLZ und hier besonders Herrn Direktor Klaus Böhme und Herrn Referatsleiter Axel Knoblich danke ich für Ihre Unterstützung und Begleitung des Projekts. Durch eine solche vernetzende Arbeit, die auch Hilfestellungen bietet, wird die besondere Bedeutung der HLZ deutlich. Das immer auch persönliche Engagement von Frau Brigitte Vollprecht war ein wesentlicher Träger in diesem Projekt, dafür danke ich ihr. Dem Magistrat der Stadt Maintal ist vor allem für die Bereitschaft und Offenheit zu danken, die zur Durchführung der neuen Wege des Modellprojektes notwendig war. Aber ohne die Jugendlichen von JAM – Jugend Aktiv für Maintal, die sich nunmehr fast zwei Jahre kontinuierlich beteiligen und ihr Engagement wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, das Projekt zum Erfolg zu führen. Das führt mich auch zum Vorstand und den Mitgliedern des BK, aus deren Reihen nicht nur die Idee für das Projekt kam, sondern vor allem der ehrenamtliche und leidenschaftliche Einsatz für das Vorhaben.

Ich hoffe, dass diese Arbeitshilfe auf eine breite Resonanz trifft und hilft, die bürgergesellschaftliche und politische Beteiligung der Jugend auszubauen. Über ein Feedback würden wir uns sehr freuen, denn die vorliegende Veröffentlichung kann nur ein Anfang sein.

Reiskirchen, im Oktober 2001

Rainer Krieger, Mitglied des Kuratoriums² des Büdinger Kreis e.V.

² Dem Kuratorium des Büdinger Kreis e.V. gehören an:
 Vertreter des Büdinger Kreis e.V. - Oberstleutnant i.G. Dipl. Päd. Alfred Marstaller
 Vertreter der Wissenschaft - Akad. Oberrat Dr. Rainer Krieger (FB Psychologie Universität Gießen)
 Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung - Hanne Wurzel, Referatsleiterin
 Vertreter der Politik - Klaus-Peter Möller, Präsident des Hessischen Landtags
 Vertreter der Wirtschaft - Dipl. Kfm. Siegfried Guterma, Leiter der Unternehmenskommunikation der
 Dresdner Bank AG



Ein Bürgermeisterwort

Eine Beteiligung von Jugendlichen ist keine Ausnahmesituation, sie sollte zur Regel in unserem politischen Alltag werden. Wer Politik für Jugendliche ernsthaft betreiben will, muss sie einbinden und sich mit ihren Forderungen auseinandersetzen.

Als Bürgermeisterin hat die kommunale Jugendpolitik für mich einen hohen Stellenwert. Daher freue ich mich, dass in Maintal eine Beteiligungsmöglichkeit für Jugendliche geschaffen wurde. Möglich geworden ist dies, nachdem sich die Stadt Maintal 1999 für die Durchführung eines Konzeptes zur Jugendbeteiligung für hessische Gemeinden ("Politik & Jugend – Jugend & Politik") des Bündinger Kreis e.V. – ein überparteilicher, überregionaler und gemeinnütziger Verein zur politischen Bildung und Kommunikation - entschieden hat.

In enger Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Bündinger Kreis e.V. und dem Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal und natürlich unter Einbindung der Jugendlichen wurde das Konzept umgesetzt. Seit Mai 2001 existiert in Maintal nun die gewählte Jugendvertretung „J.A.M.- Jugend Aktiv für Maintal“.

Das Konzept hat sich als gut umsetzbar für die kommunale Jugendarbeit erwiesen und man kann auch aufgrund der vorliegenden Projektdokumentation, verbunden mit den weiterführenden Beiträgen, von einer gelungenen Arbeitshilfe für hessische Kommunen sprechen.

Ich danke allen, die an dem Prozess mitgewirkt haben und wünsche allen Mitgliedern der Jugendvertretung J.A.M. und allen an der Jugendvertretung interessierten Jugendlichen, dass sie mit der gleichen Energie und Kreativität die sie im Vorfeld erbracht haben, die nun vor ihnen liegenden Aufgaben bewältigen und zum Erfolg bringen.

Maintal, im September 2001

Dorothee Diehl

Bürgermeisterin der Stadt Maintal

Ein Fazit vorweg: Viel Arbeit aber es lohnt sich

Gegenüber dem Konzept zur Jugendbeteiligung für hessische Gemeinden (Politik & Jugend – Jugend & Politik) des Büdinger Kreis e.V. (BK) bestand meinerseits anfänglich eine gewisse Skepsis. Es stellte sich die Frage, ob die Umsetzung dieses Konzepts zu dem Erfolg führen würde, der die ‚Suche‘ nach dem ‚idealen‘ Beteiligungsmodell hinfällig machen würde.

Erfolge im Rahmen der praktischen Umsetzung des Projekts wurden sehr schnell sichtbar und die anfängliche Skepsis gegenüber diesem Projekt war nicht mehr aufrecht zu erhalten. Eine Beteiligung von rund hundert Jugendlichen am Ersten Kreativen Jugendkongress zeigte eine weitaus größere Engagementbereitschaft zum Thema politische Beteiligung als in den vorangegangenen Jugendversammlungen der Stadt Maintal³. Von Politikverdrossenheit oder einer Null-Bock-Einstellung konnte nicht die Rede sein. Arbeits-, Aktions- und Veranstaltungsform des Ersten Kreativen Jugendkongresses waren jugendgemäß und wurden entsprechend positiv von den jugendlichen Besuchern angenommen. Mit dem erbrachten Engagement der Jugendlichen und der aktuellen Reichweite, lässt sich eine volle Bestätigung der Grundkonzeption des BK feststellen. Auch der weitere Prozess auf dem Weg zur Jugendbeteiligung (Zweiter und Dritter Kreativer Jugendkongress) war gekennzeichnet durch ein hohes Engagement der beteiligten Jugendlichen und führte letztendlich zur Einrichtung der Jugendvertretung „J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal“ im Mai 2001 – eine Mischform aus offener und repräsentativer Beteiligung Jugendlicher.

Der mit dem Projekt verbundene Arbeitsaufwand für den zuständigen Fachdienst des Kooperationspartners Stadt Maintal war nicht unerheblich und erstreckte sich von der Auswertung von Fragebogenaktionen über den allgemeinen Schriftverkehr bis hin zu vielfältigen organisatorischen Tätigkeiten. Das war nur mit einem zusätzlich erbrachten Stundenkontingent zu bewältigen. Hinsichtlich des nun vorliegenden Ergebnisses muss gesagt werden: der Aufwand hat sich gelohnt und das durchgeführte Konzept ist ein Beispiel für ein durchaus gelungenes Beteiligungsmodell. Mit dem entsprechendem Konzept, das unter anderem die frühzeitige Einbindung der Jugendlichen auf dem Weg zu einer Jugendbeteiligung beinhaltet, kann Jugend für Politik - so spiegelt es die Praxis auch in Maintal wider - interessiert werden.

³ Zur besseren Repräsentation jugendlicher Interessen beschloss die Stadtverordnetenversammlung bereits im Juni 1982 die Einrichtung eines Jugendbeirates in Maintal. Die Frage nach der Wahl eines geeigneten Beteiligungsmodells wurde nicht gestellt. Die Einbeziehung von Jugendlichen im Vorfeld erfolgte ebenfalls nicht. Der Jugendbeirat wurde von den 14- bis 21-jährigen Einwohner der Stadt Maintal gewählt und setzte sich aus sieben Jugendlichen, fünf Stadtverordneten und zwei Magistratsmitgliedern (paritätische Besetzung) zusammen. Zur ersten öffentlichen Jugendversammlung, die ein Jahr nach der Konstituierung des Jugendbeirates durchgeführt wurde, hatten sich nur elf Jugendliche eingefunden. Öffentliche Veranstaltungen in den folgenden Jahren wurden ebenfalls nur spärlich besucht. Im Jahre 1991 wurde die letzte Wahl für die Besetzung des Jugendbeirats durchgeführt. Von 3.100 eingeladenen Jugendlichen nahmen 28 eine Chance wahr, ihre Vertretung zu bestimmen und ganze sieben Kandidatinnen und Kandidaten fanden sich, gerade so viel, wie als ordentliche Mitglieder gewählt werden konnten.

Grundsatzbeiträge und Grundkonzept



Jugend im Parteienstaat – Jugendbeteiligung heißt Jugend verstehen und ernst nehmen

Parteien unter Druck¹

Den politischen Parteien fällt nach Art. 21 Abs. 1 Grundgesetz eine wesentliche Rolle bei der Willensbildung in der bundesdeutschen Demokratie zu. Daneben gibt es in der sich entwickelnden Zivil- und Bürgergesellschaft eine Reihe weiterer staatlicher und vor allem nichtstaatlicher Organisationen, die am politischen Willensbildungsprozess mitwirken. Trotz der Zunahme an Zahl und Einfluss dieser Akteure und der damit verbundenen Handlungszwänge bzw. Verengung der Spielräume politischer Parteien, fällt letzteren nach wie vor der entscheidende Einfluss im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu – sitzen sie doch an den Schalthebeln der Macht. Richard S. Katz und Peter Mair haben 1995 sogar einen neuen Parteityp beschrieben: die Kartellpartei. Charakteristisch für sie sind die gegenseitige Durchdringung von Partei und Staat und ein System zwischenparteilicher Absprachen. Die von Katz und Mair beschriebene Entwicklung verdeutlicht einerseits die Allmacht der etablierten politischen Parteien und andererseits den generellen Rückgang der Mitwirkung und Einbindung der Bürger an der und in die Parteiarbeit. Dieser Rückgang der Bürgerbeteiligung ist zugleich Wirkung und Ursache der Kartellpartei.

Trotz oder gerade aufgrund dieser Vormachtstellung sind die politischen Parteien das eindringlichste Beispiel für die durch gesellschaftliche Veränderungen unter Druck geratenen Institutionen, die sich durch das Engagement der Bürger legitimieren und dadurch leben. Von dem angesprochenen Rückgang der Bürger-Einbindung und den selbstproduzierten Krisen wie den Spendenskandalen, oder dem Versagen bei der Lösung dringender Gesellschaftsprobleme ganz abgesehen, liegen wesentliche ineinandergreifende Gründe in Veränderungen der Wählermärkte² (bedingt durch Wertewandel, sozialstrukturellen Wandel etc.) und der Entwicklung der Mediengesellschaft³.

¹ Dieser Beitrag ist als Teilveröffentlichung erschienen in: Rudolf, K./Wicker A. (2000): Jugend im Parteienstaat: Ein Plädoyer für Konzeptvielfalt und einen offenen Prinzipienkatalog bei der Aktivierung Jugendlicher. In: Praxis Politische Bildung, Ausgabe 4/00. Weinheim, S. 250-259.

² Vgl. für einen ersten Einblick Mair, P./Müller, W. C./Plasser, F. (Hrsg.) (1999): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien.

³ Entertainisierung und Entpolitisierung, zusammengefasst unter mit dem Stichwort „symbolische Politik“, aber auch Kandidatenorientierung sowie Wandel in der Elitenauswahl und in der Agenda Setting-Funktion der Parteien sind einige wesentliche Ausdrucksformen. Vgl. für einen Überblick Sarcinelli, U. (Hrsg.) (1998): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn.

Kluft zwischen Bürgern und Parteien

Entscheidend für den vorliegenden Beitrag ist die Beobachtung, dass sich Parteien und Bürger immer weiter voneinander entfernen. Die modernen Volksparteien (auch catch-all-parties oder Allerweltparteien) befinden sich nach Otto Kirchheimer⁴ seit ihrem Aufkommen in einem Spannungsverhältnis zwischen Mitglieder- und Gesellschaftsstruktur. Im Binnenverhältnis der Volksparteien ist die Orientierung an den gesellschaftlichen Konfliktlinien - in der Logik ihrer Mitgliederstruktur - nach wie vor vorhanden. Dass aber die Zusammensetzung der Mitglieder von CDU und SPD schon lange nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entspricht, haben u.a. auch Franz Walter und Peter Glotz⁵ herausgestellt: Es sei vor allem den Zeitreichen und Ortsungebundenen möglich, sich in den Parteien zu engagieren. Diese Personen würden die Partei oft als Emanzipations- und Aufstiegsvehikel benutzen. Der durch die Mobilitäts- und Berufsanforderungen beanspruchte junge Leistungsträger bspw., hätte gar keine Chance bzw. kein Interesse, sich in der Partei zu beteiligen. Eine Schlussfolgerung kann sein, dass diese Schieflage in der Mitgliederstruktur zu „*Erfahrungsverdünnung*“ in den (Volks-)Parteien führt - und schließlich zu einer Zunahme der Distanz zwischen Bürgern und Parteien. Dieses Auseinanderleben von Bevölkerung und denen, die Politik gestalten, führt zu einem immer öfter zu beobachtenden Vorbeidenken und Vorbeihandeln an den Interessen und Lebenswelten der Gesellschaft. Insbesondere im Verhältnis zu den Jugendlichen ist dies festzustellen.

Jugend: Besonderes Unbehagen im Parteienstaat

In der Diskussion um steigende Distanz zwischen Bürgern und Politik richtet sich das Interesse von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Parteien oft auf die Jugend, gilt sie doch besonders als Gradmesser für Zeitströmungen. Zudem ist bei Jugendlichen - als den Verantwortlichen von Morgen - besonders auf die Integration ins politische System zu achten. Ausdruck des Interesses sind vor allem die regelmäßig erscheinenden und von der Öffentlichkeit stark rezipierten Jugendstudien wie die der Deutschen Shell und des Deutschen Jugendinstituts. Auch die Politik übt sich gerne in aktivistischen Förderbemühungen zur Jugendbeteiligung.

Besonders die Parteien zeigen ein Interesse daran, Jugendliche als Wähler zu gewinnen, oder sie in ihre Parteiorganisation einzubinden. Wenn sich - wie bereits beschrieben - die Distanz zwischen Parteien und Bürgern besonders bei

⁴ Kirchheimer, O. (1965): Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6. März 1965, Seite 20-41.

⁵ Vgl. Glotz, P. (1999): Die beschleunigte Gesellschaft. München, S. 155 ff.



der Jugend bemerkbar macht, ist eine Konsequenz der fehlende Nachwuchs, der bei der Überalterung der Mitglieder und dem Mitgliederschwund in den Jugendorganisationen der Parteien messbar wird. Folge dessen ist zunehmende Oligarchisierung und die von Peter Glotz beschriebene „Erfahrungsverdünnung“.

Es sind unserer Einschätzung nach im wesentlichen zwei Befunde, die die Distanz der Jugend gegenüber der Politik erklären:

- Zum einen sind es die nicht mehr zeitgemäßen Formen der politischen Beteiligung, die Jugendliche vom Engagement insbesondere in den politischen Parteien abhalten. Eher interessiert sie die projektorientierte Arbeit, bei der man sich für ein bestimmtes Ziel innerhalb lockerer Organisationsstrukturen einsetzt. Das Engagement geht über einen zeitlich überschaubaren Abschnitt und bindet nicht an eine soziale Gruppe. Jugendliche möchten schnelle Erfolge ihres Handelns sehen und sich nicht für anonyme Gemeinschaftsziele einsetzen. Das Bohren dicker Bretter mit dem Blick auf das Ganze, das Politik funktional ausmacht, steht diesem Wunsch oft entgegen.⁶
- Zum anderen ist es die von den Autoren der 13. Shell Jugendstudie beschriebene Gleichsetzung von Politik und Parteien, Gremien, parlamentarischen Ritualen, politisch-administrativen Apparaten. Da Jugendliche diese so verstandene Politik als nicht relevant für ihr Leben ansehen, lassen sie sie links liegen. Das Vertrauen in staatlich-öffentliche Institutionen ist zwar gestiegen und das in nichtstaatliche Organisationen gesunken. Die politischen Parteien genießen aber nach wie vor das geringste Vertrauen der Jugendlichen. Es handelt sich also um ein schwieriges Verhältnis der Jugend zur Politik, was durch Parteienablehnung gekennzeichnet ist. Letztlich könnte dieser Befund zu der Annahme führen, dass die kürzlich vom Deutschen Jugendinstitut ermittelte Unzufriedenheit Jugendlicher mit dem demokratischen Alltag eine logische - wenn auch höchst bedenkliche - Konsequenz ist.

In diesen zwei Befunden unterscheiden sich übrigens ältere und jüngere Bürger nur wenig voneinander. Wie verschiedene Erfahrungen und Beiträge zeigen, kommen bei Jugendlichen noch weitere Hemmschwellen hinzu. So

⁶ Einige wichtige Quellen zur politischen bzw. bürgergesellschaftlichen Jugendforschung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgergesellschaftlichem Engagement. Bd. 1-3. Erschienen in der Schriftenreihe Bd. 194.1-194.3. Berlin; Deutsche Shell (Hrsg.) (1997): 12. Shell Jugendstudie. Opladen; dies. (2000): 13. Shell Jugendstudie. Opladen; Deutsches Jugendinstitut e.V. (2000): Unzufriedene Demokraten - Studie zum Politikverständnis von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. München; INRA Deutschland GmbH (1995): Ist mit unserer Jugend Saat zu machen? - Erkenntnisse aus einer Umfrage in Bayern. Schriftlich veröffentlichte Rede von H. Jung mit Umfrageergebnissen. München; Opaschowski, H. W./Dunker, C. (1996): Jugend und Freizeit. B.A.T. Freizeit-Forschungsinstitut. Hamburg; Ziehe, T. (1991): Zeitvergleiche. Jugend in kulturellen Modernisierungen. Weinheim und München.

spielt bei Jugendlichen die Politik nur eine untergeordnete Rolle. Gerade in der Umbruchs-, Orientierungs- und Aufbauphase, die junge Erwachsene durchmachen, sind Freizeit, Freunde, Familie, Ausbildung und Beruf wesentlich bestimmendere und aufmerksamkeitsbindende Faktoren. Jugendliche müssen zudem oftmals noch lernen, was es heißt, sich in konfliktreichen Situationen durchzusetzen. Widerstände und Dominanz anderer enden oftmals schnell in Resignation, dem Gefühl, sich nicht durchsetzen zu können.

Die Einstellungen, Wünsche, Blockaden Jugendlicher gegenüber politischem Engagement mit dem Anspruch auf Vollständigkeit zu schildern und zu analysieren bedürfte natürlich ausführlicherer Darlegung. Hier sollte es um Informationen gehen, die ein vorläufiges Fazit zum Verhältnis der Jugend gegenüber der Politik ermöglicht: Man könnte es in Anlehnung an Fritz Plasser und Peter A. Ulram⁷ vereinfacht als „*Unbehagen*“ der Jugend im Parteienstaat beschreiben.

Zwei unterschiedliche Welten prallen aufeinander

In der politischen Bildung kommt es – das ist kein neuer Befund – in entscheidender Weise auf die Zielgruppenorientierung an. Bei der Zielgruppe der Jugendlichen ist das in besonderer Weise der Fall. Erhebt man nun dazu noch den Anspruch, Jugendliche an die Politik heranzuführen und umgekehrt, stößt man schnell auf grundsätzlich unterschiedliche Ausrichtungen: Politik ist aufgrund der geschilderten Entwicklung bereits auf kommunaler Ebene zu einem Geschäft Weniger geworden, das zudem schon strukturell nicht dazu ausgelegt ist, das Engagement einer breiten jugendlichen Öffentlichkeit zu ermöglichen⁸. Dem steht die Gruppe der Jugendlichen entgegen, die aus einem völlig unterschiedlichen Erfahrungs- und Erlebnishorizont heraus das Verständnis für die politischen Institutionen ohne Moderation i.d.R. gar nicht aufbringen kann, das die Politiker von ihnen fordern. Insofern sprechen wir von einer zunehmenden Entfremdung zweier Welten, die doch eigentlich ineinander verzahnt sein sollten, da beide mutuale Interessen verbinden. Diese beiden Welten gilt es, wieder untereinander bekannt zu machen. Zu beobachten ist hingegen ein grundsätzliches Misstrauen der Welt der Jugend gegenüber der institutionenbezogenen Politik⁹. Auch Theodor Eschenburg hat diese Entwicklung beschrieben und fordert: *„man muss den Leuten klarmachen: Ihr braucht Zäune.*

⁷ Vgl Plasser, F./Ulram, P. A. (1982): *Unbehagen im Parteienstaat - Jugend und Politik in Österreich*. Wien.

⁸ Vgl. u.a. Sohr, S./Boehnke, K./Stromberg, C. (1997): *Politische Persönlichkeiten - eine aussterbende Spezies?* In: Hurrelmann, K./Palentien, C. (Hrsg.) (1997): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. Neuwied, Krefeld und Berlin, S. 209.

⁹ Vgl. u.a. Birsl, U. (1998): *Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus empirischer Sicht*. In: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1999): *Wählen ab 16 ... - und was ist vorher? Tagungsdokumentation*. Düsseldorf, S. 27.



*Sonst geht alles durcheinander*¹⁰. Bei allem begrüßenswerten Streben nach jugendgerechten Angeboten geht es nur mit einer nicht rein konsumorientierten Haltung auf der Seite des Bildungspartners, der Jugendlichen. Dies muss allen Handelnden bewusst sein.

Wie im zwischenmenschlichen, so ist es auch im Binnenverhältnis zweier sozialer Gruppen erforderlich, dass beide Seiten aufeinander eingehen, will man sie miteinander ins Gespräch bringen. Die Politik muss – will sie keine Pseudo-, sondern eine echte, kreative und nutzbringende Beteiligung Jugendlicher – lernen, Verständnis für die Welt der Jugend aufzubringen, sie anfangen ernst zu nehmen und daraus neue Herangehensweisen entwickeln. In der Praxis stellt sich das Interesse der Welt der Politik vielfach als schnelllebiger, medienwirksamer Auftritt ohne Nachhaltigkeit und Eingehen auf die Jugendlichen dar. Die Jugend ihrerseits muss – will sie ernst genommen werden und etwas bewegen – das politische System anerkennen und sich zur Erhaltung ihrer Freiheiten und der Demokratie der Tatsache bewusst werden, dass Engagement in der Gemeinschaft¹¹ eine notwendige Voraussetzung ist. Politische Bildung und Jugendarbeit kann hier wichtige Moderationsaufgaben übernehmen.

Im Beitrag von Alexander Wicker wird auf diesen u.E. wesentlichen Befund noch mal näher eingegangen und anhand von Beispielen im Werkstattbericht verdeutlicht. An dieser Stelle soll darüber hinaus noch auf die aus der Psychologie bekannten Einflüsse des Wohnumfelds auf die politische Sozialisation verwiesen werden. Im Beitrag von Marc und Melanie Zeller wird dies näher beleuchtet. Es erscheint uns nicht nur zur Einordnung der speziellen Modellsituation in Maintal wichtig, sondern vor allem, um den Blick auf verschiedene Determinanten zu lenken, die bei der methodisch-didaktischen Konzeption eines Aktivierungskonzeptes zur Jugendbeteiligung und dessen späterer Bewertung zu berücksichtigen sind.

Ist die Jugend aktivierbar für die Mitarbeit im politischen System?

Will man nun die Frage beantworten, ob Jugendliche tatsächlich aktivierbar (und nicht nur allgemein engagementbereit) für die Mitarbeit im demokratischen Staatswesen und der Gemeinschaft sind, muss man sich also darüber klar sein, dass politisches Engagement unterschiedlich definiert und klassifiziert werden muss. Zudem wird realistisch gesehen, nur ein kleiner Teil der Jugendlichen – wie generell aller Bürger – zum politischen Handeln aktiviert werden

¹⁰ Eschenburg, T. (2000): *Letzten Endes meine ich doch*. Berlin., S. 274.

¹¹ Vgl. besonders die Kommunitarismusdebatte. Zum ersten Einblick: Etzioni, A. (1998): *Die Entdeckung des Gemeinwesens – Das Programm des Kommunitarismus*. Frankfurt/M.

können. „Das Minimalziel politischer Bildung sind die reflektierten (...) Zuschauer, die z.B. kritisch die Zeitung lesen und auch in ihrem Umfeld politische Gespräche führen. Das Maximalziel sind mündige (...) Bürger, die aktiv das politische Geschehen mitbestimmen und z.B. auch Mitglied in den politischen Parteien sein können. Das realistische Ziel, das wir im Auge behalten sollten, ist der interventionsfähige Bürger.“¹² Die Interventionsfähigkeit setzt zwei Dinge voraus: Die Befähigung und Bereitschaft der Bürger und die durch die Institutionen gegebenen Möglichkeiten zur Intervention.

Bereits im „Nidderau-Projekt“¹³ wurde empirisch¹⁴ nachgewiesen, dass durch eine als Prozess verstandene, regionale und professionelle politische Bildungsarbeit politisches Interesse und Engagement förderbar ist - besonders bei Jugendlichen. Es kommt dabei in hohem Maße auf die Anspracheform und das Selbstverständnis der politischen Bildner an. Darüber hinaus sind - und darauf hat der politische Bildner durch Beratung und eigene Initiativen bedingt Einfluss - die Bildungsangebote entscheidend. So wurde im Nidderau-Projekt u.a. deutlich, dass sich das politische Engagement der Zukunft den veränderten Anforderungen der Bürger anpassen muss, um wieder attraktiv zu werden. Dazu bedarf es einer projektorientierten Ausrichtung, die erst in zweiter Linie die Mitgliedschaft vorsieht. Diese Feststellung gilt für Erwachsene und noch mehr für Jugendliche. Die Bildungsangebote können erstens durch politische Bildner gestaltet werden, sozusagen als Hinführung zum politischen Engagement¹⁵, oder zweitens direkt durch Organisationsentwicklung der Parteien und Institutionen, die politisches Engagement ermöglichen bzw. davon leben. Drittens können neue Engagementformen außerhalb dieser Institutionen geschaffen werden, die ihnen gegenüber auf Interaktion und Intervention aus-

¹² Schiele, S. (1998): Handlungsorientierung: Lichtblick oder Nebelscheinwerfer? In: Breit, G./Schiele, S. (Hrsg.) (1998): Handlungsorientierung im Unterricht. Schwalbach/Ts., S. 4.

¹³ Im Nidderau-Projekt wurden erstmals verschiedene Formen außerschulischer politischer Bildung (insgesamt 17 Einzelaktionen) in einer umfassenden Feldstudie auf ihre Wirkung hin untersucht. Diese Formen beschränkten sich ausdrücklich nicht nur auf konventionelle Angebote politischer Bildung und Kommunikation, waren auf eine große Reichweite ausgelegt und hatten die bürgergesellschaftliche Aktivierung der Bürger zum Ziel. Neben der Aussage über die Wirkung dieser politischen Bildungsarbeit und die Entwicklung von Evaluationstechniken für die politische Bildung war es möglich, erste Ansätze einer neuen politischen Bildungs- und Kommunikationspraxis sowie einer neuen Beteiligungskultur zu entwickeln. Vgl. u.a. Rudolf, K./Zeller, M. (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts.

¹⁴ Chancen, Möglichkeiten und Hinweise zur Evaluation politischer Bildungsarbeit, konnten vor allem durch die Erfahrungen mit dem Nidderau-Projekt beschrieben werden: vgl. Melanie Zellers Beitrag in der vorliegenden Veröffentlichung und Rudolf, K./Zeller, M. (2000): Der Bürger als Bildungspartner. Chancen und Möglichkeiten der Evaluation politischer Bildung. In: *kursiv* - Journal für politische Bildung. Heft 1/00. Schwalbach/Ts., S. 39-43.

¹⁵ Ein solches Jugendengagement sind die Demokratiewerkstätten des Büdinger Kreis e.V.. Vgl. hierzu beispielhaft: www.polit-ag.de und Rudolf, K./Albach, S./Zeller, M. (2001): Eine Demokratiewerkstatt als ergänzendes Angebot zur politischen Bildung. In: Praxis Schule 5-10, Heft 3/01. Braunschweig, Seite 20-23



gelegt sind. Auch nach dem Nidderau-Projekt gelang es, durch konsequente Umsetzung der Befunde in Aktionen und Teilnehmungsformen, verstärkt Jugendliche zum gesellschaftspolitischen Engagement zu bewegen. Dies geschah vorwiegend in einer Kombination aus schulischer und außerschulischer Bildung. Hier ist nicht nur aus organisatorischen Gründen weiter anzusetzen. Denn wenn Jugendliche Konfliktfähigkeit, Team- und somit auch Gemeinschaftsgeist sowie den Erfolg von Engagement nicht bereits in der bestimmenden Lebenswelt der Schule lernen bzw. erfahren, wird es in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit nur schwierig möglich sein, ein Eintreten für das Gemeinwesen zu erreichen.¹⁶

Bei der Frage, wie man einen Zugang Jugendlicher zu politischen Entscheidungen und ihr dauerhaftes Interesse sowie aktives Eintreten für Demokratie und Gemeinschaft erreichen kann, ist ein „Handlungsstau“ festzustellen. Wir wissen bereits viel über die Einstellungen, Interessen und Teilnehmungsünsche der Jugend. Daher sollte endlich ernst gemacht werden, mit den Diagnosen, die die Sozialwissenschaften über die Orientierung der Jugendlichen und die abnehmende Bindekraft der traditionellen Organisationen, insbesondere der Parteien, zutage gefördert haben. Es hat allerdings den Anschein, als ob wir immer noch herumstochern und oftmals nur Lippenbekenntnisse die Anstrengungen um die Teilnehmung Jugendlicher bestimmen.

Aus diesem Grund wurde das in der Kommune ansetzende mehrstufige Modellprojekt „Jugend & Politik - Politik & Jugend“ des Büdinger Kreis e.V. entwickelt, das wesentlich auf ein durch Jugendliche selbstbestimmtes Verfahren zur Teilnehmung aufbaut und von dem in dieser Arbeitshilfe die Rede sein soll. Denn wie die Beiträge in dieser Veröffentlichung zeigen, kann man eine dauerhafte und glaubwürdige Jugendvertretung nur machen, wenn man die Jugend versteht und ernst nimmt.

¹⁶ Lars Naumann geht in seinem Beitrag in dieser Arbeitshilfe auf unterschiedliche Jugendteilnehmungsmodelle ein, gibt einen Überblick zum Erfolg dieser Konzepte und benennt Best-Practice-Beispiele.

Grundprinzipien auf dem konsequenten Weg zur kommunalen Jugendbeteiligung

Wider das „Herumstochern“ vieler interessengeleiteter Akteure¹⁷

Viele Initiativen versuchen, die Jugendlichen zum politischen Handeln zu aktivieren und das zerrissene Band zwischen Jugend und Politik wieder zu knüpfen. Dabei sind – neben den Einrichtungen der außerschulischen Bildung – die unterschiedlichsten Akteure am Werk: Behörden von Kommunen und Ländern, Jugendringe, sogar Universitäten sowie andere Einrichtungen und politische Parteien ... Schon bei dieser Auswahl wird deutlich, dass unterschiedlichste Interessen und Zielvorstellungen, aber auch „Professionalitätsniveaus“ die Szene bestimmen. Dies schlägt sich logischerweise in unterschiedlichen Konzepten und Herangehensweisen nieder. Der Status der außerschulischen politischen Jugendbildung, die im Rahmen der Jugendarbeit angesiedelt ist, trägt eigenes zu dieser Heterogenität bei. Und Träger, die sich mit planmäßig organisierter politischer Jugendbildung beschäftigen, sind im außerschulischen Bereich eher die Ausnahme.

Zunächst muss klargestellt werden: Es kann in der bürgergesellschaftlichen bzw. politischen Aktivierung Jugendlicher – wie überhaupt in der politischen Bildung – keinen Königsweg geben. Daher ist auch eine Pluralität der Angebote wünschenswert. Denn genauso wenig wie man einheitliche regionale Maßstäbe anlegen kann, gibt es auch nicht *die* Jugend – fällt doch deren Definition und Abgrenzung schon schwer. Bereits der Hinweis auf Unterschiede im Bildungsniveau, in der sozialer Herkunft und politischen Sozialisation, der Jugendkulturen sowie der Entwicklungsstufen (das Spektrum reicht von Schülern über Berufstätige bis zu Eltern) verdeutlicht dies.

Bei all dieser berechtigten und nötigen Pluralität in der Anbieterstruktur und den Angeboten muss allerdings berücksichtigt werden, dass es sich auf der einen Seite um eine organisatorisch bzw. mit Blick auf die Wirkung schwierige Lage handelt. Hier sei nur auf den Verlust an Wissen und Effizienz verwiesen,

¹⁷ Dieser Beitrag ist als Teilveröffentlichung erschienen in: Rudolf, K./Wicker A. (2000): Jugend im Parteienstaat: Ein Plädoyer für Konzeptvielfalt und einen offenen Prinzipienkatalog bei der Aktivierung Jugendlicher. In: Praxis Politische Bildung, Ausgabe 4/00. Weinheim, S. 250-259.



die durch mangelnde Koordination der Erfahrungen und der Ressourcen zu erklären ist. Auf der anderen Seite entsteht durch die Interessenvielfalt der Eindruck des „Herumstocherns“ und oftmals der Scheinbeteiligung. Durch einen Vergleich der politischen Parteien und der Jugendringe wird dies deutlich: Parteien verfolgen das Ziel der Stimmenmaximierung und Popularität sowie der Integration von Mitgliedern in die Parteiorganisation und Jugendringe wollen vor allem Jugendrechte stärken. Also auch hier die schon beschriebenen zwei Welten. Man könnte es mit einem Defizit an Professionalität beschreiben, was aber in keinem Fall heißen soll, dass die bisherigen Ansätze unprofessionell wären. Das Defizit entsteht eher durch die fehlende Vernetzung, das Fehlen von Grundprinzipien, die allen Konzepten - bei der notwendigen Differenz - zugrunde liegen sollten und eine nicht immer gewährleistete Überparteilichkeit.

Für eine Vernetzung (berechtigt) verschiedenartiger Ansätze

Eine Vernetzung könnte unter dem Dach der politischen Bildung stattfinden. Den politischen Bildnern würde eine koordinierende bzw. beratende Rolle zufallen. Darüber hinaus könnten sie die durch das Aufeinanderprallen verschiedener Welten (Politik & Jugend) gebotene Mittlerfunktion erfüllen. Hiermit ist ausdrücklich nicht gemeint, dass Träger politischer Bildung alleinige Akteure auf diesem Feld werden sollen. Mit dieser Aufgabe wären sie organisatorisch und inhaltlich überfordert. Das Zusammenwirken verschiedener Partner ist dringend erforderlich.

Warum gerade eine Vernetzung unter dem Dach politischer Bildung? Weil politische Bildner - wie im theoretischen Ansatz des Nidderau-Projekts beschrieben - ein „Best of both worlds-Konzept“ ermöglichen. Erreicht wird dadurch 1. Überparteilichkeit, 2. eine Mischung aus Praxis und Theorie sowie aus Erfahrung und Information und 3. eine Gewähr für politische Kompetenz, die zur Vermittlung politischer Prozesse nötig ist. Das Ergebnis ist eine optimierte Zielgruppenorientierung. Ergänzt man diese Vernetzung durch Einbeziehung schulischer politischer Bildungsarbeit, hat man eine ganzheitliche Lösung, die leichter zum gewünschten Erfolg führen kann. Der politische Bildner wird zum Dienstleister für die Jugend und die an Jugendbeteiligung interessierten Institutionen. Eine solche Rückholung der Kompetenz in die politische Bildung könnte nebenbei auch zu einer Aufwertung derselben beitragen.

Offener Prinzipienkatalog als Diskussionsanstoß

Zur Eröffnung der notwendigen Diskussion über die geforderten Prinzipien, die allen Bemühungen zur Beteiligung von Jugendlichen zugrunde liegen sollten,

stellen wir folgende Punkte vor. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Neuheit.¹⁸

- Einen Königsweg in der Förderung politischer Beteiligung Jugendlicher gibt es nicht. Differenz in und Einlassen auf regionale und zielgruppenspezifische Besonderheiten sind unerlässlich. Eine Vernetzung der Aktivitäten unter dem Dach der politischen Bildung ist anzustreben.
- Aktivierung braucht Zeit und viel Geduld.
- Es muss ein kreatives Klima geschaffen werden, das den Jugendlichen die Möglichkeit gibt, ihre Ideen und Wünsche frei zu entwickeln, zu sammeln und in angemessener Form zu artikulieren.
- Die Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Geschehens, während die als Moderatoren des Prozesses fungierenden Initiatoren nur die Rahmenbedingungen setzen und Mittler zwischen den Welten der Jugend und der Erwachsenen sind.
- Begegnungen zwischen den Jugendlichen und zwischen Jugend und den Politikern sollen Anknüpfungspunkte bilden. Abstrakte Begriffe wie „Politik“ und „bürgergesellschaftliches Engagement“ sollen (be-)greifbar gemacht werden.
- Die Jugendlichen sollen sich *angesprochen* (durch moderne und arbeitsintensive Marketingmethoden nicht nur bereits Aktive ansprechen, sondern auf eine große Reichweite abzielen), *einbezogen* (Schaffung günstiger Rahmenbedingungen zur Teilnahme unter Berücksichtigung von Mobilität, Zeitbudgets sowie anderer Verpflichtungen und jugendgerechter Ästhetik, ohne dabei aufgesetzt zu wirken) und *ernst genommen* (die politisch Verantwortlichen müssen sich auf die Jugendlichen einlassen und ihre Anregungen nachhaltig aufnehmen) *fühlen*.
- Art und Weise der Entwicklung bestimmen die Jugendlichen selbst.
- Neben kognitiven und handlungsorientierten Lernprozessen ist vor allem die Beteiligung der Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen vorgesehen. Politik soll als Gestaltungsmittel der eigenen und gemeinschaftlichen Lebenswirklichkeit (an-)erkannt und aktiv genutzt werden.
- Die Parteien müssen sich entscheiden, entweder sind sie Hemmschuh oder Helfer. Sie müssen - etwas weniger egozentriert - auf die Jugendlichen eingehen und sich davon verabschieden, die Jugend um jeden Preis in die Parteiorganisation integrieren zu wollen.
- Professionalität, durch Überparteilichkeit, Wissenschaftlichkeit (wertfrei und evident verstanden), politische Kompetenz und praktische Erfahrungen gekennzeichnet, ist besonders wichtig.

¹⁸ In einem zweiten Schritt könnte man nach der Entwicklung eines Prinzipienkatalogs über eine weitere Differenzierung in Prinzipien und Ziele nachdenken. Bis dahin wird die Trennschärfe noch nicht sehr stark sein.



- Als Arena der Bildungsaktivitäten bietet sich die Kommune an, weil sie durch Regionalisierung und Entstehung der Bürgergesellschaft als nächstliegende Erfahrungsebene aufgewertet wird.
- Aus organisatorischen und inhaltlichen Gründen sowie aufgrund ihrer überragenden Stellung ist eine Vernetzung mit der politischen Schulbildung anzustreben.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag soll ein Anstoß für eine Diskussion um Grundprinzipien und Professionalisierung sein. Neben der nötigen Differenz der Konzepte und Akteure bei der politischen Aktivierung Jugendlicher sind praxisrelevante Prinzipien wichtig, auf die sich alle in diesem Bereich Tätigen verständigen. Eine Vernetzung der Aktivitäten unter dem Dach politischer Bildung könnte Professionalität gewährleisten und dem Eindruck des „Herumstocherns“ entgegenwirken. So dürften sich die Möglichkeiten verbessern, Jugendliche in entsprechender Abstufung zur Mitwirkung am Gemeinwesen zu aktivieren.

Die Grundidee: Das modulare Konzept „Jugend & Politik – Politik & Jugend“

Bei der Frage, wie man einen Zugang Jugendlicher zu politischen Entscheidungen und ihr dauerhaftes Interesse sowie aktives Eintreten für Demokratie und Gemeinschaft erreichen kann, ist m.E. ein „Handlungstau“ festzustellen. Wir wissen bereits viel über die Einstellungen, Interessen und Beteiligungswünsche der Jugend. Es hat aber den Anschein, als ob wir immer noch mit Bildungskonzepten und Bildungsangeboten der 70er Jahre versuchen, die Kids der Jahrtausendwende zum politischen Engagement zu bewegen. Hier soll keineswegs der Eindruck vermittelt werden, als ob diese Feststellung auf alle Initiativen in diesem Bereich zutrifft, eher im Gegenteil. Es gibt vielversprechende Ansätze z.B. in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, aber auch in Hessen.¹⁹ Die in den Beiträgen zuvor beschriebene Situation der Jugend im Parteienstaat, der o.g. Eindruck eines Handlungstaus und die unten folgenden Ausführungen zur Situationsanalyse führten zur Entwicklung eines eigenen Konzeptes. Zusammen mit den angedeuteten Best-Practice-Beispielen in Hessen und anderen Bundesländern kann das Konzept ein erster Ansatz für all diejenigen sein, die versuchen wollen, kommunale Jugendbeteiligung zu erreichen. Somit verstehen sich das Konzept und die vorliegende Veröffentlichung als Diskussions- und Erfahrungsbeitrag, der als Arbeitshilfe dienen soll. Erstmals wird der Versuch unternommen, eine solche Arbeitshilfe als Impuls mit breiter Streuung²⁰ in die Suchbewegung hessischer Kommunen einzubringen und so zu einer Vernetzung sowie einem Erfahrungsaustausch beizutragen.

Für wen ist dieser Impuls gedacht? Die Arbeitshilfe und das ihr zu Grunde liegende Konzept kann von Kommunen aber auch wichtigen (interessenungebundenen) politischen Bildungsträgern wie den Volkshochschulen, (z.Tl.) Heimvolkshochschulen, Jugendbildungswerken etc. aufgegriffen werden.²¹ Interessengebundene politische Bildungsträger wie die politischen Stiftungen und ge-

¹⁹ Vgl. hierzu auch Ausführungen von Lars Naumann in dieser Arbeitshilfe.

²⁰ Die Arbeitshilfe, die eine Auflage von 3000 Exemplaren hat, geht allen hessischen Kommunen zu und ist darüber hinaus kostenlos für Bürger und Jugendbildner bei der HLZ erhältlich.

²¹ Zur wichtigen Rolle der interessenungebundenen und in der Fläche präsenten politischen Bildungsträger wie den Volkshochschulen (aber auch der noch zu starken Vernachlässigung dieser Aufgabe durch sie) vgl. Rudolf, K./Zeller, M. (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 146 f.; Rudolf, K. (2001): Politische Bildung und Wahlkampf – ein noch weitgehend unbestelltes Feld. In: Praxis Politische Bildung, Ausgabe 4/01. Baden-Baden, S. 276-283.



werkschaftliche Einrichtungen wären zur (federführenden) Umsetzung der kommunalen Jugendbeteiligung ebenso die falschen Ansprechpartner, wie einzelne Parteien oder politische Jugendorganisationen.

An dieser Stelle sei kurz die Grundkonzeption dieser in Maintal umgesetzten Initiative vorgestellt, die auf das im Nidderau-Projekt²² entwickelte Konzept „Jugend & Politik - Politik & Jugend“ zurückgeht. An der Entwicklung dieser Initiative des BK waren die Universitäten Frankfurt und Gießen beteiligt.

Am Anfang stand eine detaillierte Situationsanalyse, die sich zum Konzept entwickelte. Sie kann an dieser Stelle nur stichwortartig dargestellt werden. Auf eine erneute Darstellung der Ausgangssituation und der Erkenntnisse aus Jugendstudien wird verzichtet, da sie bereits im Beitrag „Jugend im Parteienstaat - Jugendbeteiligung heißt Jugend verstehen und ernst nehmen“ ausgeführt wurden. Neue überparteilich getragene Beteiligungsformen für Jugendliche sind notwendig, um diese an die Politik heranzuführen und ihren Interessen gerecht zu werden.

Die Anlage des Projekts Jugend & Politik - Politik & Jugend (J&P)

Das Projekt „Jugend & Politik - Politik & Jugend“ (J&P) hat zum Ziel, das (beidseitig) zerrissene Band zwischen Jugend und Politik - und auch von umgekehrter Seite - neu zu knüpfen. Dem Projekt liegt das Verständnis zu Grunde, dass Jugendliche heutzutage zwar grundsätzlich engagementbereit sind, aber die bestehenden Strukturen und nicht zuletzt die Akteure des politischen Systems sie nicht an den Erfolg sowie die Notwendigkeit ihres Engagements glauben lassen. Das in der Kommune ansetzende Modellprojekt möchte diese Personen und Strukturen wieder miteinander in einen Dialog treten lassen. Jugendliche werden mit den Politikern und dem politischen System in Berührung gebracht, das Ganze aktiv und - vor allem - selbstbestimmt. Gerade dieser selbstbestimmte Charakter des Projekts macht eine hohe Flexibilität des Konzepts notwendig. So sind vom BK zwar drei Stufen im Ablauf vorgedacht, aber letztlich bestimmen allein die Jugendlichen über Ziel, Weg und Tempo des Projekts. Die Grundprinzipien des Projekts entsprechen im wesentlichen den im vorangehenden Beitrag geschilderten, daher wird an dieser Stelle auf eine erneute Nennung verzichtet.

Um es nochmals zum Ausdruck zu bringen: Das Konzept sollte bewusst ein Gegenentwurf zu dem (i.d.R.) sonst von Politikern, Verwaltungen und sog. Jugendexperten eingeschlagenen Weg sein, bei dem die Jugendlichen zu einer Abendveranstaltung per einfachem - oft in jugendlich-aufgesetzter Sprache

²² Rudolf, K./Zeller, M. (2001) a.a.O.

verfasstem - Aufruf eingeladen werden, schließlich nur die wenigen bekannten Gesichter erscheinen und ihnen ein von Erwachsenen entwickeltes Konzept zur Annahme vorgelegt wird, man den Jugendlichen keine Gelegenheit gibt, methodisch-didaktisch entsprechend vorbereitet, eigene Vorstellungen einfließen zu lassen. Stolz wird dann als Konzept zur Jugendbeteiligung „verkauft“, was eigentlich nicht mehr als eine nicht ausreichend legitimierte „Pseudo-Beteiligungsform“ ist.

Das selbstbestimmte Stufenkonzept

Die drei Stufen, die das Konzept vorsieht, sehen wie folgt aus:

In einem „Ersten Kreativen Jugendkongress“ (*erste Stufe*) werden die Interessen der Jugendlichen in selbstgestalteten Workshops gebündelt, anschließend den Politikern direkt vorgetragen und nachträglich in einer schriftlichen Petition der Stadtverordnetenversammlung überreicht. Am Rande des eintägigen Kongresses sollen die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, auf einer Messe im Foyer des Tagungsortes Jugendorganisationen und Informationsangebote politischer Bildung kennen zu lernen. Zur Ansprache der Jugendlichen sind nicht nur Plakate und Zeitungsaufrufe einzusetzen, sondern umfassende Direktmarketingmethoden wie ein personalisiertes Anschreiben und ein Telefonnachfass.²³ Damit soll sichergestellt werden, dass alle Jugendlichen angesprochen werden und sie sich eingebunden bzw. ernst genommen fühlen. Deshalb werden interessierte Jugendliche schon in dieser frühen Phase auch an der Organisation aktiv beteiligt. Ein Shuttle-Bus sorgt dafür, dass auch die nicht Mobilen an dem Kreativen Jugendkongress teilnehmen können.

Dem Kreativen Jugendkongress geht eine umfassende Umfrage unter der Zielgruppe voraus, die in den Schulen durchgeführt wird (*Vorstufe*).²⁴ Hier werden Themen für die Workshops ermittelt und die Meinung zu einer ständigen Jugendvertretung sowie den unterschiedlichen Stufen des Konzepts erfragt. Der im Anhang dieser Arbeitshilfe abgedruckte Tagesablauf des „Ersten Kreativen Jugendkongresses“ in Maintal veranschaulicht das Konzept der ersten Stufe inklusive der Vorerhebung.

Als *zweite Stufe* sieht das Konzept ein Planspiel der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) „Jugend im Kommunalparlament“ vor. Interessierte Jugendliche können hier nach einer Begegnungs- und Erfahrungswoche (Lernphase) selbst in die Rolle von Kommunalpolitikern schlüpfen (Handlungs-

²³ Vgl. hierzu die Ausführungen von Armin Niedermeier zum Kommunikationsmix und zum Pressemonitoring in der vorliegenden Arbeitshilfe.

²⁴ Zum Nutzen und zur Anlage von Befragungen und Evaluationen als wichtiges Mittel auf dem Weg zur Jugendbeteiligung vgl. auch Beitrag von Melanie Zeller.



phase). Dabei werden sie begleitet von Praktikern der Kommunalpolitik, somit werden auch hier vor allem Begegnungen geschaffen. So sollen das gegenseitige Verständnis gefördert und gleichzeitig kognitive Lernprozesse bei den Jugendlichen ausgelöst werden. Die Jugendlichen lernen, wie politische Entscheidungen zustande kommen, wie sie ihre Ziele durchsetzen und bilden sich eine Meinung darüber, ob diese repräsentative Form auch eine Organisationsform ihrer (evtl. zu schaffenden) ständigen Jugendvertretung sein kann.²⁵

Die *dritte Stufe* schließlich kann ein ergebnisoffener zweiter Jugendkongress sein, bei dem sich die Jugendlichen für eine institutionalisierte Form der eigenen Beteiligung am politischen Leben in ihrer Kommune entscheiden können. Nach einem Brainstorming zu den Ansprüchen und Erwartungen der anwesenden Jugendlichen werden ihnen die verschiedenen Formen der Jugendbeteiligung (offene, repräsentative, projektorientierte) vorgestellt. Anschließend an eine Meinungsbildung und Richtungsentscheidung entwickeln die Jugendlichen dann in Workshops Gedanken zu ...

- a) ... der Legitimation des Gremiums,
- b) ... dem Aufbau und der Funktion der Institution (meint Organisation, Geschäftsordnung, Einbindung der Interessen aller Jugendlichen etc.),
- c) ... der Art und Weise der Brückenfunktion zur „realen“ Politik.

Diese Gedanken werden anschließend im Plenum zusammengeführt und durch eine Abstimmung legitimiert. In einer Petition der Organisatoren wird der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis mitgeteilt.

Das folgende **Schaubild**²⁶ verdeutlicht noch einmal den offenen Verlauf des Projektes. Obligatorisch ist die Stufe eins (Erster Kreativer Jugendkongress mit Interessenformulierung in den Workshops). Was danach kommt, bleibt den Jugendlichen überlassen.²⁷

²⁵ Axel Knoblich beschreibt in seinem Beitrag zu der vorliegenden Veröffentlichung diese Form der Qualifizierung von Jugendlichen in der Kommunalpolitik und führt aus, wie es durch die Verantwortlichen in der Kommune umsetzbar ist. Neben der HLZ bieten auch andere Bildungsträger derartige Plan- und Rollenspiele für die Kommunalpolitik an. Zu nennen sind beispielsweise der Verein zur Förderung politischen Handelns mit Sitz in Bonn oder auch politische Stiftungen sowie die kirchliche Jugend- und Erwachsenenbildung. Als herausragendes Beispiel kann die Friedrich-Ebert-Stiftung genannt werden, die ein „Planspiel Kommunalpolitik“ anbietet.

²⁶ Entnommen aus einer Präsentation des BK.

²⁷ Am Praxisbeispiel: Im Modellprojekt in Maintal sind die Jugendlichen nach dem „Ersten Kreativen Jugendkongress“ gleich zur Stufe 3 übergegangen und haben mit dem „Dritten Jugendkongress (einem Nominierungskongress) eine Stufe 4 erfunden. Die Stufe 2 (Planspiel) wird voraussichtlich im Jahre 2002 mit den gewählten Jugendvertretern und evtl. zusätzlich in einer Projektwoche an den Maintaler Schulen durchgeführt, um die Aktiven zu qualifizieren und für die passiven Jugendlichen den politischen Entscheidungsprozess durchschaubar zu machen, dadurch den Sinn und Zweck ihrer eigenen Jugendvertretung zu verdeutlichen.

Das vorliegende Projekt begründet – und das ist das Besondere daran – mit Zustimmung und Mitarbeit der politisch Verantwortlichen ein “Primat der Jugend”. Zum ersten Mal hören die Politiker der Jugend zu und überlassen die Art und Weise der Entscheidungsfindung in einem aufwendigen Moderationsprozess vollkommen ihnen. Wollen die Jugendlichen z.B. nach der ersten Stufe abbrechen, entwickeln sie eine ganz andere Vorstellung für den weiteren Weg oder wünschen sie vielleicht ausschließlich die Fortführung ähnlicher (jährlich stattfindender) Jugendkongresse, so wird dies geschehen. Daneben stellen die konsequent genutzten Marketingmethoden und der dreistufige pädagogisch-psychologisch-politikwissenschaftliche Aufbau neue Wege politischer Bildungsarbeit dar. Eine wichtige Rolle übernehmen die pädagogisch, organisatorisch und kommunikativ kompetenten Moderatoren des Prozesses, die einen Spagat zwischen Betreuung und Motivation der Jugend einerseits und einer Atmosphäre, die selbstgesteuertes Engagement der Jugendlichen ermöglicht andererseits leisten. Darüber hinaus übernehmen sie die mit dem Projekt verbundene wichtige Kommunikations- und Organisationsaufgabe.²⁸

²⁸ Nach den Erfahrungen mit der Umsetzung des Projekts in Maintal, die im folgenden Kapitel noch näher geschildert werden, kann diese Konzeption grundsätzlich beibehalten werden. Der Zeitplan und einige weitere Schritte sind allerdings noch zu überdenken, was aber von der örtlichen Situation abhängig ist. Im Anhang wird daher ein modularer Bauplan für unterschiedliche Jugendbeteiligungsformen vorgestellt, in den diese Grundkonzeption und die Erfahrungen aus Maintal eingeflossen sind.

Werkstattbericht

- A) Start und Zusammenspiel der Projektpartner
- B) Hintergrund zu Maintal
- C) Wie denkt die Maintaler Jugend und was bewegt sie - die Befragung zu Beginn der Aktivitäten
- D) Vorbereitung mit und durch die Jugendlichen
- E) Ein voller Erfolg: Der Erste Kreative Jugendkongress als Auftaktveranstaltung
- F) Resonanz: Die Meinung der Jugendlichen zum Kongress
- G) Resonanz: Die Meinung der Politiker
- H) Politische Jugendorganisationen und ihr Verhältnis zur Jugend
- I) Ein quantitativer Rückschlag, ein qualitativer Riesensprung: Der Zweite Kreative Jugendkongress
- J) Das J.A.M. - Vorbereitungsteam findet sich und übernimmt immer mehr Eigenverantwortung
- K) Der Dritte Kreative Jugendkongress als Nominierungskonvent
- L) Wichtigster Meilenstein geschafft: Maintaler Jugendliche wählen ihre Vertretung
- M) Befragung Maintaler Jugendlicher zur Wahl
- N) Erste Zwischenbilanz zum Gesamtprojekt
- O) Erste Arbeitsschritte und ein Ausblick
- P) Pressemonitoring zum Gesamtprojekt - wie, was und wie viel die Medien berichten



Heiko Koch / Daniel Kutscher / Armin Niedermeier / Inga Nüthen /
Karsten Rudolf / Brigitte Vollprecht / Alessandro Vuolo-Caamano /
Alexander Wicker / Melanie Zeller

Werkstattbericht: Das Modellprojekt in Maintal

A) Start und Zusammenspiel der Projektpartner

Das Modellprojekt in Maintal kam auf Initiative von Bürgermeister Erhard Rohrbach zustande, der von dem Konzept des Büdinger Kreis e.V. (BK) in der Zeitung las. Da sich der BK und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) vorgenommen hatten, das Projekt durchzuführen und wissenschaftlich zu evaluieren, um die Erfahrungen später – wie jetzt in dieser Arbeitshilfe geschehen – hessischen Kommunen zur Verfügung zu stellen, waren die zwei Projektpartner ohnehin auf der Suche nach einer Modellkommune. Die Anfrage aus Maintal kam also zur rechten Zeit.

In mehreren Gesprächen mit dem Bürgermeister und Brigitte Vollprecht vom Fachdienst Jugendarbeit wurde die Lage in Maintal analysiert und ein Umsetzungsplan für das Projekt „Jugend & Politik – Politik & Jugend“ (J&P) entworfen. Da es für die Jüngerer bereits eine Kinderversammlung gibt und das Konzept ohnehin für Jugendliche ausgelegt ist, waren die rund 1.800 Maintaler Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren die Zielgruppe der Initiatoren.

Der BK und die HLZ legten besonderen Wert auf eine breite überparteiliche Zustimmung zum Modellvorhaben sowie die Unterstützung durch die städtischen Gremien und die Verwaltung. Da es einen einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gab, der sich für die Einrichtung einer Jugendvertretung aussprach und sich der Magistrat, der Bürgermeister und der Fachdienst Jugendarbeit voll hinter den Plan stellten, war diese Grundvoraussetzung erfüllt. Dem Fachdienst wurde zur Umsetzung des Vorhabens ein jährliches Budget von 5.000 DM zur Verfügung gestellt.

Die Arbeits- und Kostenverteilung für das Projekt gestaltete sich wie folgt:

- Die Stadt Maintal übernahm die anfallenden Kosten für Werbung, Jugendkongresse, Tagungen etc. sowie die eigenen Personalkosten und leistete pädagogische, organisatorische sowie administrative Tätigkeiten.
- Der BK und die HLZ brachten sich mit ihrem Wissen in das Projekt ein. Die HLZ hätte bei Interesse der Jugendlichen das Planspiel durchgeführt und sie übernahmen die vorliegende Projektdokumentation. Der BK übernahm die konzeptionelle Leitung des Projektes, lieferte die inhaltlichen und gestalterischen Konzepte für die Organisation und Werbung. Darüber hinaus stellten

sich seine Mitglieder im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Arbeit zur Umsetzung der Organisationseinheiten, zur pädagogischen Betreuung sowie politischen Bildungsarbeit mit den Jugendlichen zur Verfügung.

- Die Moderation des Gesamtprozesses teilten sich die Stadt und der BK.

Die Zusammenarbeit der Stadt mit zwei überparteilichen Trägern erwies sich aus zwei Gründen als vorteilhaft:

Zum einen stand so ein breiteres Erfahrungswissen zur Verfügung, was allen drei Projektpartnern und vor allem dem Modellprojekt zu gute kam (einerseits die Kompetenz der Stadt in der Jugendarbeit und ihre logistischen Möglichkeiten, andererseits die Erfahrung des BK und der HLZ im Bereich der politischen Jugendbildung und bürgergesellschaftlichen Aktivierung sowie die organisatorische sowie kommunikative Kompetenz).

Zum anderen kam während des Projektes nicht der Vorwurf der Parteilichkeit auf, was wesentlich zur Akzeptanz der Jugendbeteiligung beitrug. Als vorteilhaft erwies sich auch, dass die von der Stadt unabhängigen Projektpartner BK und HLZ im Gegensatz zum städtischen Fachdienst Jugendarbeit auch mal kritische Positionen zu den Parteien einnehmen konnten und sich so zeitweiliger Stillstand beheben ließ.

B) Hintergrund zur Stadt Maintal

Das an Hanau und Frankfurt am Main angrenzende Maintal (Main-Kinzig-Kreis) besteht aus den vier Stadtteilen Bischofsheim, Dörnigheim, Hochstadt und Wachenbuchen. Die heute rund 40.000 Einwohner zählende Stadt ist 1974 aus diesen selbständigen Städten und Gemeinden entstanden. Das Stadtbild und die Wohnverhältnisse sind einerseits von ländlichen und historischen Strukturen geprägt und andererseits stark dominiert von der städtischen Infrastruktur mit hohen und einfachen Mietskomplexen.

Der Anteil der Frauen in Maintal liegt bei 50,9%, der der Jugendlichen unter 18 Jahren bei 17,1% und der der ausländischen Bürger bei 19,0%. Die Stadt Maintal hat einen überdurchschnittlichen Anteil von Ein-Eltern-Familien im Vergleich zum restlichen Landkreis, unterdurchschnittlich ist der Anteil der Haushalte mit Familien mit Kindern (21,1%). Mit 9,8% hat Maintal eine vergleichsweise hohe kommunale Arbeitslosenquote. Auch der Sozialhilfeempfängeranteil ist mit 3,0% überdurchschnittlich hoch. Weit überdurchschnittlich ist im Kreisvergleich gesehen die in der Kommune durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen bei der Erziehung für Kinder, Jugendliche und Familien, sie liegt bei einem Anteil von 8,5 Fällen pro 1.000 Jugendliche.¹

¹ Grundlage der Darstellung ist der Sozialatlas des Main-Kinzig-Kreises Ausgabe 98/99. Die hier kurz geschilderten soziodemographischen Daten zur Stadt Maintal entsprechen dem Stand von 1998, eine neuere Erhebung ist zurzeit noch in Arbeit. Daher können sich einzelne Werte verändert haben, dennoch zeigen sie ein Bild der Lebensumstände in Maintal, das einen Vergleich und eine Einordnung der Ergebnisse der politischen Aktivierung zulässt und zur Beurteilung des Projektes nicht vernachlässigt werden darf.



C) Wie denkt die Maintaler Jugend und was bewegt sie – die Befragung zu Beginn der Aktivitäten

Wie im Projektplan vorgesehen,² fand zu Beginn der Planung des Ersten Kreativen Jugendkongresses (im folgenden KJK1 genannt) eine Erhebung der Einstellungen und Meinungen der Zielgruppe statt. Die Umfrage, an der sich 444 Jugendliche im Alter von 14-18 Jahren beteiligten, ist durch die Anbindung der Befragung an die Schulen zwar nicht repräsentativ für die Maintaler Jugend, aber durch die Einbeziehung unterschiedlicher Schultypen (Gymnasium, Real- und Hauptschule) und der hohen Anzahl an Rückläufen, lässt sich ein aussagekräftiges Meinungsbild Maintaler Jugendlicher aufzeigen. Zudem ergaben die soziodemographischen Merkmale Geschlecht, Alter und Wohnort der Befragten ein ausgewogenes Bild.

Der Politik vor Ort gaben die Jugendlichen eine schlechte Note, was wahrscheinlich die Forderung nach mehr Jugendbeteiligung erklärt: 58,8% der befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass ihre Interessen in Maintal „*nicht so recht*“ oder „*überhaupt nicht*“ vertreten werden. Nur 8,1% der Befragten meinten, dass die Interessen von Jugendlichen in der Stadt Maintal ausreichend vertreten werden. Fast ein Drittel der Befragten (32,0%) ist sich da nicht so sicher. Möglicherweise lässt das auf eine unzureichende Beschäftigung mit dem Thema schließen – ein weiterer Problembereich.

„Werden Deiner Meinung nach die Interessen von Jugendlichen in der Stadt Maintal ausreichend vertreten?“	Absolut	Prozent
Ja, voll und ganz	5	1,1 %
Ja, ausreichend	31	7,0 %
Weiß nicht	142	32,0 %
Nein, nicht so recht	195	43,9 %
Nein, überhaupt nicht	66	14,9 %
Keine Angabe	5	1,1 %
Gesamt	444	100,0 %

Die Befragung ergab neben dieser Situationsanalyse eine große Zustimmung zu den geplanten Aktivitäten und eine erfreulich hohe Bereitschaft, daran teilzunehmen. Die Idee des Kreativen Jugendkongresses stieß bei 56,8% der Befragten auf Zustimmung, wobei sie von 6,8% abgelehnt wurde. Die hohe Zahl der Unentschiedenen signalisierte, dass hier noch Erklärungsarbeit nötig, aber auch möglich erschien. Noch deutlicher wird dies, wenn man nicht nur nach der Befürwortung einer solchen Veranstaltung, sondern auch nach dem

² Vgl. vorangegangene Ausführungen zur Grundidee des J & P - Konzepts.

persönlichen Einsatz fragt. Die Werte verschoben sich hier erwartungsgemäß. Dennoch war mit 21,2% der Anteil derer, die mitmachen würden, noch beachtlich.

Was halten die Jugendlichen von dem Kreativen Jugendkongress?	Absolut	Prozent
Finde ich gut	252	56,8 %
Bin unentschieden	145	32,7 %
Finde ich nicht gut	30	6,8 %
Keine Angabe	17	3,8 %
Gesamt	444	100,0 %
Würden sie ihrer Meinung nach tatsächlich mitmachen?	Absolut	Prozent
Würde mitmachen	94	21,2 %
Bin unentschieden	209	47,1 %
Würde nicht mitmachen	105	23,6 %
Keine Angabe	36	8,1 %
Gesamt	444	100,0 %

Eine gute Zustimmung zur Planspielidee und eine zur Durchführung der Bildungsaktivität völlig ausreichende Anzahl von „Teilnahmewilligen“ ergab die Befragung in diesem Punkt. Dennoch lassen sich deutliche Verschiebungen zum KJK feststellen, was auch zeigt, dass die Jugendlichen sehr genau unterschieden und nicht alles uniform befürworteten.

Was halten die Jugendlichen von dem Planspiel?	Absolut	Prozent
Finde ich gut	161	36,3 %
Bin unentschieden	156	35,1 %
Finde ich nicht gut	97	21,8 %
Keine Angabe	30	6,8 %
Gesamt	444	100,0 %
Würden sie ihrer Meinung nach tatsächlich mitmachen?	Absolut	Prozent
Würde mitmachen	63	14,2 %
Bin unentschieden	156	35,1 %
Würde nicht mitmachen	187	42,1 %
Keine Angabe	38	8,6 %
Gesamt	444	100,0 %

Die Zahl der Unentschiedenen und damit des Potenzials ist ebenfalls hoch, wenn man danach fragt, durch welche der beiden Aktionen Interesse an der Politik geweckt werden könnte. Der KJK liegt auch hier - in logischer Konsequenz zu den Antworten - deutlich vorne, wobei auffällt, dass sich mehr Jugendliche durch die zwei Aktionen aktivieren ließen, als teilnehmen würden.



Hier könnten Erklärungsansätze in der vermuteten Beweglichkeit der Unentschiedenen liegen.

„Kannst Du Dir vorstellen, Dich durch Einführung unten genannter Beteiligungsmöglichkeiten, mehr für Politik in Deiner Heimatstadt zu interessieren?“	Jugendforum	Planspiel "Jugend im Kommunalparlament"
Ja, würde mich interessieren	177 (39,9 %)	79 (17,8 %)
Bin unentschieden	179 (40,3 %)	183 (41,2 %)
Nein, würde mich nicht interessieren	73 (16,4 %)	109 (24,5 %)
Keine Angabe	15 (3,4 %)	73 (16,4 %)
Gesamt	444 (100,0 %)	444 (100,0 %)

Neben diesen Meinungs- und Zustimmungsfra­gen wurde auch erhoben, welche Workshopthemen sich die Jugendlichen wünschten. In der folgenden Reihenfolge wurden genannt (Mehrfachnennungen waren möglich):

1. Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche in Maintal (73,9%)
2. Was soll sich in Maintal ändern? (54,7%)
3. Drogen, ein Problem in meiner Heimatstadt? (46,4%)
4. Beteiligungsformen für Jugendliche (43,7%)
5. Jugendarbeitslosigkeit (41,0%)
6. Umweltpolitik in Maintal (34,5%)
7. Politik, ist das was für uns? (25,9%)
8. Sonstige

Die Ergebnisse und das Konzept J&P wurden in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit³ vorgestellt und bildeten die Arbeitsgrundlage zum nächsten Planungsschritt.

D) Vorbereitung mit den und durch die Jugendlichen

Auf einem gesonderten Blatt, das der beschriebenen Umfrage beigelegt war, konnten sich Jugendliche melden, die daran interessiert waren, den KJK 1 mitzugestalten. Auf diese Weise konnten 20 Jugendliche gewonnen werden, die in mehreren Treffen den KJK 1 mitorganisierten. So war es möglich, die Vorstellungen der Jugendlichen einerseits durch die Umfrage und andererseits durch das aktive Mitwirken der Freiwilligen an der inhaltlichen Gestaltung und Organisation im Sinne des Konzepts zu berücksichtigen. Sie gaben wertvolle Hinweise zu den Themenstellungen und dem Ablauf der Workshops. Die Mit-

³ Vgl. hierzu auch die Darstellung zum Pressemonitoring von Armin Niedermeier am Ende dieses Werkstattberichts.

arbeit der Jugendlichen in der Organisation erwies sich auch aus Marketinggesichtspunkten als äußerst vorteilhaft. Denn zum einen stellten sie wesentliche Ressourcen beim personalintensiven Telefonnachfass und zum anderen war die Wirkung durch die *Ansprache von Jugendlichen durch Jugendliche* sehr hoch.

Obwohl sich die Gruppe der Freiwilligen und dauerhaft im Projektteam engagierten Jugendlichen erst nach dem ersten KJK richtig fand, entwickelte sich, wie noch aufgezeigt wird, aus dieser ersten „Schnupper- und Helfergruppe“ ein Teil des har-

ten Kerns des späteren J.A.M.-Vorbereitungsteams und der gewählten Jugendvertreter.

Was bewegte die Jugendlichen zu diesem freiwilligen Engagement, wer waren sie und was waren ihre Erwartungen? All dies wurde

zu Beginn des ersten Freiwilligentreffens, auf dem das Konzept vorgestellt und diskutiert wurde, mittels standardisiertem Fragebogen erhoben.



„Warum hast Du Dich in der Umfrage an Deiner Schule dazu bereit erklärt, den Jugendkongress in der Stadt Maintal mit zu organisieren?“	Absolut	Prozent
Ich möchte endlich, dass Jugendliche in Maintal etwas zu sagen haben.	13	65,0 %
Ich möchte meine Interessen und Vorschläge an die politisch Verantwortlichen bringen.	7	35,0 %
Unsere Belange müssen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, dafür brauchen wir so ein Forum.	6	30,0 %
Ich möchte über ein bestimmtes Thema mit anderen Jugendlichen reden.	2	10,0 %
Ich möchte über ein bestimmtes Thema mehr wissen und mit Fachleuten darüber reden.	1	5,0 %
Ich bin einfach neugierig und probiere gerne etwas Neues aus.	3	15,0 %
Ich möchte neue Leute kennen lernen.	1	5,0 %
Ich bin gekommen, weil Freunde von mir hier sind bzw. mitgekommen sind.	4	20,0 %
In Eurem Fragebogen wurden interessante Themen genannt, die mich interessieren.	3	15,0 %
Ich möchte mich gerne irgendwie politisch/gesellschaftlich engagieren. Die vorgeschlagene Form des Jugendkongresses erscheint mir dazu am besten geeignet.	4	20,0 %
Ich bin bereits engagiert und möchte durch meine Mithilfe versuchen, Mitschüler zum Engagement zu bewegen.	0	0,0 %
Der Telefonanruf hat mich noch einmal bestärkt/erinnert, heute zu kommen.	5	25,0 %
Meine Eltern haben mir geraten, heute zu kommen.	1	5,0 %
Weiß nicht	0	0,0 %
Sonstiges	0	0,0 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	20	-

Erwartungen der Jugendlichen an das Vorbereitungstreffen	Absolut	Prozent
Ich hoffe, mehr über das Konzept zu erfahren.	13	65,0 %
Ich möchte konkrete Aufgaben, um mitzuhelfen, den Kongress zu organisieren.	4	20,0 %
Ich möchte mehr über die Organisation erfahren	4	20,0 %
Ich erwarte, den Jugendkongress mitbestimmen zu können.	8	40,0 %
Sonstiges	1	5,0 %
Keine Erwartungen	1	5,0 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	20	-

Erwartungen der Jugendlichen an den Kongress	Absolut	Prozent
Ich erwarte, dass wir Jugendlichen ernst genommen werden.	14	70,0 %
Ich erwarte, dass hauptsächlich wir reden und nicht die Erwachsenen. Die sollen zuhören.	4	20,0 %
Ich erwarte, dass uns die Erwachsenen Fragen beantworten und uns sagen, was sie für Jugendliche machen wollen.	8	40,0 %
Ich erwarte mehr Informationen, als ich Forderungen an die Politiker habe.	7	35,0 %
Ich habe mehr Forderungen, als ich Informationen erwarte.	2	10,0 %
Ich erwarte, viele Jugendliche zu treffen, die so denken wie ich.	6	30,0 %
Ich möchte auf einer Messe am Rande des Kongresses die Möglichkeit haben, (andere) engagierte Jugendliche kennen zu lernen und Informationen über interessante Themen zu erhalten.	3	15,0 %
Keine konkreten Erwartungen	3	15,0 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	20	-

Ein Blick auf das bisherige Engagement der Jugendlichen zeigt - und das ist bemerkenswert, handelt es sich doch um eine Phase, in der es um die Organisation des KJK geht -, dass überwiegend noch nicht engagierte Jugendliche erreicht wurden. Im Verlauf des Projektes kamen einige neue Gesichter zur Gruppe hinzu und andere verließen sie, so dass sich der Anteil der politisch Interessierteren und bürgergesellschaftlich Engagierteren etwas vergrößerte.

Wer der Freiwilligen war bisher schon politisch oder gemeinnützig engagiert?	Absolut	Prozent
Ja	7	35,0 %
Nein	11	55,0 %
Keine Angaben	2	10,0 %
Gesamt (Einfachnennung)	20	100,0 %

Betrachtet man das Engagement der Aktiven, die das erste Freiwilligentreffen besuchten, so fällt auf, dass kein in einer politischen Jugendorganisation engagierter Jugendlicher vertreten war (die 7 „Ja“ beziehen sich auf SV oder andere Aktivitäten). Dies zeigt einerseits, dass das Konzept aufging und auch die erreicht wurden, die sonst üblicherweise nicht auftauchen. Andererseits zeigt das Ergebnis aber auch, dass trotz der öffentlichen „Presseschlacht“, in der sich Junge Union und JUSOS darin überbieten wollten, wer denn eine Jugendvertretung für Maintal mehr wolle und das bessere Konzept hätte, kein Vertreter dieser Organisationen zur Mitarbeit bereit war. Darauf gehen wir an anderer Stelle noch näher ein.



Wo findet das Engagement statt?	Absolut	Prozent
Politische Jugendorganisation	0	0,0 %
Feuerwehr oder Rotes Kreuz	0	0,0 %
Schülervertretung	3	42,9 %
Sportverein	4	57,1 %
In Partei	0	0 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	7	-

E) Ein voller Erfolg: Der erste Kreative Jugendkongress als Auftaktveranstaltung

Der Kommunikationsmix zur Werbung für den KJK 1 umfasste (1) Plakate, die in den Schulen, an Bushaltestellen und im Stadtgebiet aufgehängt wurden; (2) Flugblätter, die in Geschäften und Schulen ausgelegt und stellenweise von den Jugendlichen verteilt wurden; (3) ein Anschreiben mit Rückantwortkarte an alle Maintaler Jugendlichen; (4) Pressearbeit und (5) den Telefonnachfass, den die freiwilligen Jugendlichen selbst unter Anleitung des BK durchführten.⁴ Mit den Rückantwortkarten konnten sich die Jugendlichen zum Kongress anmelden, was die Verbindlichkeit und den Stellenwert des Kongresses verdeutlichen und eine Planungssicherheit bzgl. Shuttle-Service und Mittagessen gewährleisten sollte. Auf diesen Postkarten, die per Post oder Einwurf in Sammelboxen in den Schulen und Stadteilbibliotheken zurückgegeben werden konnten, konnte man sich zu einem der (in der o.g. Umfrage ermittelten) Workshops anmelden oder einen eigenen vorschlagen. Durch den Telefonnachfass konnten die rund 40 Anmeldungen durch Antwortkarten verdoppelt werden. Viele Jugendliche hatten das Schreiben nicht zur Kenntnis genommen, konnten noch nichts mit dem Kongress anfangen oder mussten noch überzeugt werden.⁵

Engeladen wurde ins Bürgerhaus nach Bischofsheim, das zentral gelegen und gut erreichbar war. Darin wurden ein großer Tagungsraum sowie kleine Workshopräume und -ecken hergerichtet. Im Foyer präsentierten sich auf einer kleinen Messe das Landesamt für Verfassungsschutz mit seiner Ausstellung zu Extremismus, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. mit seiner Ausstellung zu internationaler Jugendarbeit, die politischen Jugendorganisationen der vier im hessischen Landtag vertretenen Parteien, die Johanniter-Un-

⁴ Zum Kommunikationsmix und den Erfolgen sowie weiteren Möglichkeiten vgl. den Beitrag von Armin Niedermeier. Ein Teil der Werbeelemente zum Projekt J&P sind im Anhang abgebildet.

⁵ Die freiwilligen Helfer bekamen als Argumentationshilfe und als Stichwortzettel einen Telefonleitfaden. Viele nutzten ihn am Anfang, um „warm“ zu werden und fanden dann schnell zur eigenen Gesprächsführung. Der Telefonleitfaden ist im Anhang dieser Arbeitshilfe abgedruckt.

fall-Hilfe, der Jugendstadtrat Solingen und die Polit-AG der Hohen Landesschule Hanau. Auf Informationstischen wurden Materialien zu Themen ausgelegt, die die Jugendlichen interessierten bzw. zu denen es nicht ausreichend Anmeldungen gab, um einen Workshop auszurichten: Ausbildung, Jugendarbeitslosigkeit, Wehrpflicht und Zivildienst, Informationsmaterial der Bundeszentrale für politische Bildung, der HLZ und von Ministerien, etc.



Zum eintägigen Kongress, der am Samstag, den 25. März 2000 von 10-17 Uhr stattfand, kamen 95 Jugendliche, die zum Großteil ständig anwesend waren und mitarbeiteten, zum Teil aber auch nur zeitweise reinschauten (z.B. erst nachmittags kamen oder wieder früh gingen, um am Freizeitsport teilzunehmen). Die Teilnehmerzahl entspricht mehr als 5% der angesprochenen Zielgruppe. Dies ist, vergleicht man es mit Initiativen anderer Kommunen im Main-Kinzig-Kreis, die mindestens 20.000 Einwohner haben, sehr viel, hier lag die Zahl i.d.R. bei 15-35 Jugendlichen.⁶ Und das ohne einen besonderen freizeitorientierten Anreiz wie eine Musikband o.ä. Die Beteiligung der Maintaler Jugendlichen übertraf auch die der Erwachsenen bei weitem: An Bürgerversammlungen zur Lokalen Agenda nahmen in Maintal bis zum Zeitpunkt des ersten KJK zehn Bürger (0,025% der Einwohner Maintals) teil (heute hat sich das zum Besseren verändert). Im benachbarten Nidderau waren es bei der ersten Veranstaltung zumindest rund 60 Personen. Die Teilnehmerzahl hätte deutlich über 100 liegen können, wenn nicht zeitgleich zum KJK 1 die Konfirmandenfreizeit gelegen hätte, was aber aus organisatorischen Gründen nicht anders zu realisieren war.⁷

⁶ Zu den Erfahrungen anderer Kommunen in Deutschland und Hessen vgl. auch Beitrag von Lars Naumann in der vorliegenden Veröffentlichung.

⁷ Zu der besonderen Maintaler Situation und den Rahmenbedingungen in anderen Kommunen vgl. auch Ausführungen von Marc Zeller und Melanie Zeller sowie die Hintergrundinformationen am Anfang des Werkstattberichts.

Nach einer Plenumphase erarbeiteten die Jugendlichen in sechs Workshops zu den Themen „Freizeit“ (dieser Workshop wurde aufgrund der großen Nachfrage in zwei geteilt), „Umwelt“, „Jugendbeteiligung“ und „Drogen“ (die Größe der Workshops und die Themen richteten sich nach den Anmeldungen) Vorschläge und Forderungen, die sie am Nachmittag den Politikern aller Fraktionen im Plenum schilderten.

Die Vertreter der Parteien konnten das Geschehen zwar schon im Vorfeld beobachten, zur aktiven Mitarbeit waren sie allerdings erst am Nachmittag eingeladen.⁸ *„Nicht die Jugendlichen sollten zuhören, sondern die Politiker saßen brav aufgereiht, um sich mit den Wünschen und Vorschlägen der Maintaler Jugendlichen auseinander zu setzen“* (Maintaler Tagesanzeiger vom 28. März 2000). Die Forderungen der einzelnen Workshops wurden nach dem KJK 1 vom BK in einem Schreiben an die Fraktionen zusammengefasst. Dieses Schreiben ist im

Anhang dieser Arbeitshilfe zu finden und gibt auch einen Einblick in die konkreten Themen, die Jugendliche (sicher nicht nur in Maintal) bewegen.

Am Ende der Veranstaltung stand schließlich die Meinungsbildung über das weitere Vorgehen im Projekt J&P. Der Kongress ging mit dem nahezu einstimmigen Wunsch auseinander, bald ein weiteres Treffen zu organisieren. Zur Konkretisierung entschieden sich die Jugendlichen dazu, nicht mit der vorge-

⁸ Zum Ablauf siehe Tagesordnung im Anhang dieser Arbeitshilfe.



schlagenen Stufe 2 (Planspiel) weiterzumachen, sondern möglichst noch im Sommer einen zweiten KJK stattfinden zu lassen, der sich mit der Frage der Ausgestaltung einer ständigen Jugendvertretung befassen sollte. Damit zogen die Jugendlichen den ursprünglich als dritte Stufe vorgesehenen zweiten

Kongress vor und beschleunigten selbst das Verfahren. In einer Liste trugen sich erneut Freiwillige ein, die an der Vorbereitung des Kongresses mitarbeiten wollten. Zum Teil waren es die Jugendlichen, die bereits diesen KJK mitorganisierten hatten, aber aus den noch zu schildernden Gründen trugen sich auch einige von ihnen nicht ein, dafür kamen wieder andere hinzu.

Den KJK1 eröffnete und schloss ein von einem Radioproduzenten kostenlos erstelltes Jingle (Mix aus Musik und gesprochenem Text), dessen Inhalt im Anhang dieser Arbeitshilfe abgedruckt ist. Dort findet man ebenfalls den Tagesablauf des KJK1. Durch die jugendgerechte und dynamische Form des Jingles ist es möglich, trockene Inhalte entsprechend motivational verpackt zu präsentieren und ersetzt dadurch ein „Einführungsreferat“.

F) Resonanz: Die Meinung der Jugendlichen zum Kongress

Auch zum KJK 1 wurde eine Evaluation mittels Beobachtungen und standardisierten Fragebögen, einer zu Beginn des Kongresses und einer zum Ende vorgenommen. Zunächst bleibt jedoch folgende Beobachtung der Moderatoren festzustellen: Auffällig war neben allem Engagement, das die Jugendlichen dadurch bewiesen, dass sie einen ganzen Samstag lang diszipliniert arbeiteten,

das dominante Konsumverhalten bzw. die große Anspruchshaltung. Das kam dadurch zum Ausdruck, dass wohl die Vorstellung bei vielen Jugendlichen vorherrschte, man „lüde“ seine Forderungen ab und dann werde die Politik sie wohl sofort umzusetzen haben. Dauerhaftes Engagement sei dazu nicht nötig. Komplexere Sachverhalte und eigene Bereitschaft zur Handlung z.B. durch eine Spendensammlung für die eigene Skaterbahn wurden nur schwerfällig aufgenommen. Diese Beobachtung in Verbindung mit dem Wissen um ihre kritische Distanz zu institutionalisierten Prozessen zeigt, dass das Verhältnis zwischen Jugend und Politik ein schwieriges ist, das Lernbereitschaft seitens der Jugendlichen erfordert. Wie der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog richtig feststellte, ist *„das Engagement in eigener Sache (...) für jeden selbstverständlich, aber der Gemeinsinn, der über das kurzfristige Nutzenkäl des einzelnen hinausweist, steht nicht mehr im Vordergrund unseres Denkens und ist auch in der komplizierteren Gesellschaft, in der wir leben, nicht mehr auf den ersten Blick einsichtig.“*⁹ In Bezug auf die gemachten Erfahrungen im Projekt J&P kann man zumindest für einen großen Teil der auf dem ersten KJK anwesenden Jugendlichen hinzufügen, dass für sie nicht einmal mehr das (gesellschaftliche) und nicht immer einfache bzw. nur kurzatmige Engagement in eigener Sache, nämlich für ihre Forderungen nach mehr Freizeitmöglichkeiten etc., üblich und einsichtig ist.

Auf der anderen Seite gab es auch Trotzreaktionen auf die Reaktionen der Politiker auf die Forderungen der Jugendlichen. Den politisch Verantwortlichen, das hat das Projekt schon an dieser Stelle deutlich gezeigt, kommt eine besondere Rolle für die Motivation der beteiligten Jugendlichen und damit für den Erfolg auf dem Weg der Aktivierung Jugendlicher für politisches Engagement zu. Es gibt genügend Jugendliche, die sich nach den Erfahrungen mit den Reaktionen der Politiker am ersten KJK auf die bequeme Position zurückzogen, dass das ja ohnehin nichts bringen würde, weil die Erwachsenen und sogar deren Parteijugendorganisationen sie nicht ernst nehmen würden, sich um konkrete Antworten drückten und ihnen nicht mal mit einer Geste schnell und unbürokratisch entgegen kämen. Erste Reaktionen zeigten sich durch ein „Ausklinken“ bereits auf dem KJK 1.¹⁰ Diese Jugendlichen galt es während des Projektes und in Zukunft, durch die konkrete Arbeit vom Gegenteil zu überzeugen – wenn dies von ihnen selbst gewollt ist. Das Aufeinandertreffen zweier Welten (Politik & Jugend) und Handlungsstrategien wurden bereits im einführenden Teil erwähnt und werden noch ausführlich im Beitrag von Alexander Wicker beschrieben.

⁹ Herzog, R. (1995): Unsere Gesellschaft braucht Solidarität und Gemeinsinn - Ansprache des Bundespräsidenten auf der Wartburg. In: Bulletin Nr. 96 vom 20.11.95, S. 936. Bonn.

¹⁰ Zu den Reaktionen einzelner Jugendlicher auf dem ersten KJK vgl. auch Beitrag von Melanie Zeller in dieser Arbeitshilfe zum Bildungspartner Jugend.



Ein Blick auf die Erwartungen der Jugendlichen an den KJK ergibt ein ähnliches Bild wie das der Teilnehmer beim Freiwilligentreffen, wobei der Wunsch des Zuhörens der Erwachsenen hier deutlicher ist. An der Vorhererhebung beteiligten sich 48 Jugendliche.

„Was sind Deine Erwartungen an den heutigen Jugendkongress?“	Absolut	Prozent
Ich erwarte, dass wir Jugendlichen ernst genommen werden!	30	62,5 %
Ich erwarte, dass hauptsächlich wir reden und nicht die Erwachsenen. Die sollen zuhören.	15	31,3 %
Ich erwarte, dass uns die Erwachsenen Fragen beantworten und uns sagen, was sie für Jugendliche machen wollen.	14	29,2 %
Ich erwarte mehr Informationen, als ich Forderungen an die Politiker habe.	11	22,9 %
Ich habe mehr Forderungen an die Politiker, als ich Informationen erwarte.	4	8,3 %
Ich erwarte, viele Jugendliche zu treffen, die so denken wie ich.	11	22,9 %
Ich möchte auf einer Messe am Rande des Kongresses die Möglichkeit haben, (andere) engagierte Jugendliche kennen zu lernen und Informationen über interessante Themen zu erhalten.	9	18,8 %
Sonstiges	2	4,2 %
Ich habe keine konkreten Erwartungen	5	10,4 %
Keine Angaben	1	2,1 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennungen)	48	-

Trotz dieser ersten Erfahrungen blieb ein Großteil optimistisch und motiviert, was die Jugendbeteiligung betrifft. Die Evaluation unter 41 der anwesenden Jugendlichen ergab, dass 80,5% dieser per Fragebogen vor und nach der Veranstaltung befragten Jugendlichen den KJK sehr gut bzw. gut fanden und sogar 97,6% meinten, es solle mehr Veranstaltungen dieser Art geben.

„Wie hat Dir die Veranstaltung gefallen?“	Absolut	Prozent
Sehr gut	10	24,4 %
Gut	23	56,1 %
Unentschieden	1	2,4 %
Eher nicht	7	17,1 %
Überhaupt nicht	0	0,0 %
Gesamt	41	100,0 %

Sollte es mehr Veranstaltungen wie den Jugendkongress geben?	Absolut	Prozent
Ja	40	97,6 %
Nein	1	2,4 %
Weiß nicht	0	0,0 %
Gesamt	41	100,0 %

Bei einem Viertel bis knapp zwei Dritteln der Befragten lassen sich unterschiedliche Einstellungsveränderungen feststellen bzw. kündigen sich Aktivitäten an. So geben bspw. 24,4% an, sich in Zukunft mehr über Politik informieren zu wollen und 58,8% wollen mit Freunden über die Ergebnisse reden und sie auf die Angebote zur Jugendbeteiligung aufmerksam machen. Die überwiegende Mehrheit zeigte sich optimistisch, dass die Politiker etwas mit ihren Forderungen anfangen würden. Nur 12,2% haben am Ende des KJK 1 das Gefühl, von den Politikern ernst genommen zu sein und dass sich ihr Einsatz lohnte. Hier stößt politische Bildung an seine Grenzen. Bei allen Bemühungen um die angesprochene Mittlerrolle, kann sie nur das erreichen was Jugendliche und in diesem Fall Politik zulassen. Ein Presseartikel brachte die Aussage eines Mädchens in der Überschrift und damit die Stimmung eines Teils der Jugendlichen des KJK 1 gegenüber den Reaktionen der Politiker auf den Punkt: „*Die haben ja einfach nur erzählt*“ (Maintaler Tagesanzeiger vom 28. März 2000). „*Die haben uns nicht beachtet*“ findet Morana, 15 Jahre. Trotzdem wollten sie sich die weitere Entwicklung weiter ansehen. Zu diesem Eindruck hatten beispielsweise Zuständigkeitsverschiebungen (von der Kommune wurde die Verantwortung auf den Kreis geschoben) und viele Problematisierungen (Haushaltssituation, festgelegte Gelder, schwierige Umsetzung etc.) geführt. Kein Politiker war bereit, ein noch so kleines Signal am KJK 1 zu geben (z.B. die Zusage der Realisierung von unproblematischen und wenig kostenintensiven Maßnahmen wie z.B. Basketballkörbe aufzustellen) und flüchtete sich in die verwaltungstechnisch absolut nachvollziehbaren aber für die praktischen Anliegen der Jugendlichen nicht befriedigenden Floskeln. Hier wäre eine flexiblere und unbürokratischere Vorgehensweise zumindest in o.g. kleinen Punkten motivational schon hilfreich gewesen, um den Erfolg des Arbeitstages der Jugendlichen greifbarer zu machen.

Der Pessimismus gegenüber den Politikern tritt auch in der folgenden Frage nach den konkreten Erwartungen zu den Folgen des Kongresses deutlich hervor. Es nehmen 39,0% (d.h. 61,0% tun das nicht) an, dass sich die Politiker mit den Forderungen auseinandersetzen werden. 34,1% sind der Ansicht, dass sich wohl nichts ändern wird. Diese radikale Gegenposition teilt also auch eine Mehrheit nicht. Dass die Jugendlichen aber durchaus auch realistisch an die Sache heran gehen zeigt sich dadurch, dass nur zwei der Befragten erwarten, dass bedingungslos alle ihre Forderungen umgesetzt werden und 73,2% wissen sehr genau, dass aus finanziellen Gründen nicht alle Vorschläge realisiert werden können. Dass sie aber ernst genommen werden wollen zeigen die hohen Erwartungen daran, dass die Politiker mit ihnen in den Dialog treten und ihre Vorschläge genau und zeitnah prüfen sollen. Es wird also eine Aktivität seitens der Politiker eingefordert!



„Welche persönlichen Anregungen nimmst Du von diesem Kongress mit?“	Absolut	Prozent
Ich werde mit Freunden darüber diskutieren.	24	58,5 %
Ich habe meine Meinung über die Bedeutung von Gesellschaftsengagement geändert, denn nur durch Mitwirken habe ich Einfluss.	8	19,5 %
Ich werde mich mehr über Politik informieren/Nachrichten mehr anschauen.	10	24,4 %
Ich werde mich näher über die Möglichkeit einer Aktivität in einer der hier vertretenen Organisationen informieren.	8	19,5 %
Ich werde mich zukünftig mehr engagieren.	18	43,9 %
Ich werde Freunde auf die noch folgenden Angebote zur Jugendbeteiligung aufmerksam machen.	20	48,8 %
Ich habe bemerkt, dass Politik eine Menge mit meinen Leben hier in Maintal zu tun hat und es etwas bringt, seine Interessen zu formulieren.	5	12,2 %
Ich habe das Gefühl, dass uns die Politiker ernst genommen haben und dass wir heute etwas bewegen konnten. Das gefällt mir.	5	12,2 %
Sonstiges	3	7,3 %
Hat keine Auswirkungen	1	2,4 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	41	-

„Was meinst Du, wird mit Euren Forderungen und Gedanken, die Ihr den Politikern vorgestellt habt, geschehen? Und was hat dieser Kreative Jugendkongress Deiner Meinung nach bewirkt?“	Absolut	Prozent
Politiker werden sie prüfen und nach Möglichkeit umsetzen	16	39,0 %
Ich erwarte, dass bedingungslos alle Forderungen umgesetzt werden	2	4,9 %
Die Politiker werden sie diskutieren, aber es wird nichts dabei herauskommen	14	34,1 %
Ich weiß, dass z.B. aus finanziellen Gründen nicht alle Vorschläge umgesetzt werden können. Ich erwarte aber, dass sie geprüft und einige realisiert werden.	30	73,2 %
Ich erwarte, dass die Politiker mit uns im Gespräch bleiben.	20	48,8 %
Die Politiker waren nur hier wegen der Presse und interessieren sich tatsächlich nicht für uns, daher wird sich auch nichts ändern.	7	17,1 %
Die Politiker verstehen uns nun besser und können anders auf unsere Interessen eingehen.	14	34,1 %
Die hier anwesenden Jugendlichen werden sich nun mehr für die Politik hier in Maintal interessieren.	13	31,7 %
Nichts	13	31,7 %
Keine Angaben	0	0,0 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	41	-

Die anwesenden Jugendlichen kamen aus allen Ortsteilen, waren zu 60,0% männlich und besuchten überwiegend das Gymnasium oder die Realschule. Außer im Sportbereich engagieren sich bisher die Wenigsten. Dadurch wurde

auch beim KJK das Ziel erreicht, möglichst die bisher nicht aktiven anzusprechen. Nach Angabe der Jugendlichen wären gerne noch mehr ihrer Freunde und Mitschüler zum Kongress gekommen. Diese Freunde meinten allerdings, dass es wohl nichts bringe und wollten erst einmal abwarten, was sich denn so ergäbe.

G) Resonanz: Die Meinung der Politiker und was die Politik aus den Forderungen der Jugendlichen machte

Wie bereits des öfteren angedeutet und in dieser Arbeitshilfe auch in drei Beiträgen näher beleuchtet, zeigte der KJK 1 – wie auch das Gesamtprojekt – deutlich, dass das Verhältnis Politik & (zu) Jugend besondere Beachtung verdient. Darauf sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich verwiesen, auch wenn es sich wiederholt. Leider wird darauf in den uns bekannten Studien und Veröffentlichungen bisher nicht eingegangen.

Gekommen waren sie alle: Fraktionsvorsitzende aller Parteien, Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher. Auch acht weitere Politiker (Parteivorsitzende und Stadtverordnete) lauschten den Ausführungen der Jugendlichen. Ihre Meinung zum KJK 1: Die Politiker beurteilten die erste Stufe des Konzepts in einer Befragung alle als sehr gut bzw. gut geeignet, um die Interessen der Jugendlichen kennen zu lernen und versprachen, sich für die Diskussion der Vorschläge einzusetzen. Sie waren sich darüber bewusst und einig, dass es ein schwieriges Unterfangen ist, Jugendliche zum politischen Engagement zu bewegen und dass der KJK 1 nur der erste Schritt sein kann. Ihn wollen sie allerdings gerne regelmäßig stattfinden lassen.

Trotz dieser Präsenz, dem einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, eine Jugendbeteiligung in Maintal auf die Beine stellen zu wollen und der geschilderten positiven Meinung zum KJK 1 wurde in der Zeit nach dem Kongress und auch bis zum Verfassen des Werkstattberichts deutlich, dass die Politiker nur zu sehr kleinen Schritten bereit sind (Tischtennistische und Basketballkörbe wurden aufgestellt), was – wie bereits angedeutet wurde und noch näher zu schildern ist – auf den weiteren Verlauf und die Motivation der Jugendlichen Einfluss nahm. Hier wird deutlich, dass eine ständige Jugendvertretung auch deshalb nötig ist, um die Verantwortlichen stets an die Forderungen der Jugendlichen zu erinnern. Interviews ergaben, dass andere Dinge als wichtiger angesehen werden und daher Jugendforderungen leicht in den Hintergrund rücken. Es zeigte sich: dranbleiben, damit sich was tut. Politiker – und die Zunft mag uns die Zuspitzung nachsehen – werden meist erst dann aktiv, wenn es ihnen nützt oder der entsprechende Druck zu verspüren ist. Bis zum Tag der Erstellung des vorliegenden Werkstattberichts wurde auf Drängen der



Jugendlichen, des Fachdienstes Jugendarbeit und des BK „nur“ noch das Rederecht vor dem Stadtparlament und ein Budget eingeräumt. Damit wurde die Verantwortung zurück an die Jugendlichen gegeben, was nicht schlecht ist, aber die Forderungen des KJK 1 blieben weitgehend unberücksichtigt, eine Auseinandersetzung fand nur oberflächlich statt.

H) Politische Jugendorganisationen und ihr Verhältnis zur Jugend

Wie bereits eingangs geschildert, wurden alle vier politischen Jugendorganisationen der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien eingeladen. Hier konnten sie – genauso in Sorge um ihren Nachwuchs wie ihre Mutterparteien – sich präsentieren, für ihre Arbeit werben und mehr über die Gedanken der Jugendlichen erfahren. Die Kreisorganisationen von Jungen Liberalen und Jungen Grünen präsentierten sich und profitierten von der Veranstaltung durch einige Kontakte und sogar einen Eintritt. Die örtlichen Verbände von Junger Union und JUSOS dagegen zeigten deutlich ihr Desinteresse an den Meinungen der Jugendlichen. Im Vorfeld zu den Aktivitäten des Fachdienstes, des BK und der HLZ um mehr Jugendbeteiligung lieferten sie sich hitzige öffentliche Debatten darüber, wie ein Jugendparlament eingerichtet werden solle. Einig waren sie sich darin, dass dies geschehen solle. Sie wollten den Jugendlichen ein fertiges Konzept präsentieren, Wahlen durchführen und waren sich sicher, dass dies der Königsweg sei. In Pressemeldungen überboten sie sich gegenseitig im Heischen nach Innovativität. Mit viel Abstimmungsaufwand waren sie schließlich mit einem Informationsstand auf dem Kongress vertreten und legten ihre Konzepte zur Jugendbeteiligung aus. Das Gespräch mit den Jugendlichen suchten sie allerdings ebenso wenig, wie sie sich in die Workshops einbrachten. Sie verließen den Kongress kurz vor der Präsentation der Forderungen der Maintaler Jugendlichen und ihrer Arbeitsergebnisse. Am KJK 3 kamen schließlich nur noch die JULIS. Die Junge Union Hessen nutzte die positiven Ergebnisse bei der Aktivierung Jugendlicher in Maintal dann im Januar 2001 noch einmal zu Wahlkampfzwecken angesichts der anstehenden Bürgermeister- und Kommunalwahl. Hier bezog sich der „Landesarbeitskreises Jugend und Soziales“ auf den KJK 1 und beschrieb anhand des Kongresses, wie Jugendbeteiligung zu machen sei.¹¹ Die Jugendlichen, die den KJK 1 mit vorbereiteten und später im J.A.M.-Vorbereitungsteam mitarbeiteten, waren entsetzt über diese Art der Instrumentalisierung ihres Jugendkongresses, was nicht nur von der JU versucht wurde. Dies und die mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit am KJK 1 bzw. das

¹¹ Maintaler Tagesanzeiger vom 23. Januar 2001.

offensichtliche Desinteresse an den Jugendlichen (auch in ihren Mutterparteien setzten sie sich nicht für die Forderungen der Maintaler Jugendlichen ein), trug – selbstverschuldet – zu einer noch größeren Distanz zu den Jugendlichen bei.¹²

1) Ein quantitativer Rückschlag, ein qualitativer Riesensprung: Der Zweite Kreative Jugendkongress

Der KJK 1 wurde ausführlich beschrieben, da er eine Schlüsselrolle in allen Projektvarianten einnimmt und wir ihn uneingeschränkt zur Implementierung in anderen Konzepten empfehlen können. Die folgenden Schritte im Modellprojekt in Maintal werden weniger ausführlich und verkürzt, aber ebenso nachvollziehbar als Teile des Werkstattberichts vorgestellt.

Die ersten guten Erfahrungen, die alles bisherige in der Region und z.T. darüber hinaus überboten, wurden somit in der zweiten Stufe etwas getrübt. Vereinbarungsgemäß luden die Organisatoren am Samstag, den 17. Juni für 13.00-18.00 Uhr erneut alle Jugendlichen per Anschreiben,¹³ Plakat und Flugblatt ein. An diesem zweiten, monothematischen Jugendkongress zur konkreten Ausgestaltung einer Jugendvertretung (Zweiter Kreativer Jugendkongress - KJK 2), der organisatorisch bedingt auf einen sehr heißen Sommertag und mitten in die Zeit der Fußball-EM sowie einiger regionaler Feste fiel, kamen nur knapp 25 Jugendliche. Erschwerend kamen die Abiturfeiern am Abend vor dem Kongress hinzu.

Zu diesen ungünstigen Rahmenbedingungen bzw. der Frage der Verbindlichkeit kam eine weitere Beobachtung, die uns zu der Einschätzung führte, dass sich einige Mädchen durch das dominante Auftreten anderer Jugendlicher zurückzogen. Interessanterweise war dieses – bei einigen zur Resignation führende - dominante Auftreten bei Mädchen und nicht bei Jungen festzustellen. Hier hätte die Moderation noch gezielter eingreifen müssen. Es gelang aber nach Gesprächen die resignierenden Mädchen wieder zu beteiligen. Bemerkenswert ist auch, dass die dominanten Jugendlichen nicht zu den konstant Aktiven im Projekt zählten.

¹² Dass es nicht überall und immer so sein muss zeigt folgendes: Wie bereits erwähnt, wurde das Konzept J&P im Nidderau-Projekt 1997 entwickelt. Damals gelang es, die Kreisjugendorganisationen in einer übergreifenden Stellungnahme öffentlich zur Befürwortung des Konzepts zu bewegen. Das konkrete Mitgestalten wurde damals allerdings noch nicht getestet.

¹³ Das Einladungsschreiben befindet sich im Anhang dieser Arbeitshilfe. Auf einen Telefonnachfass wurde verzichtet, da davon auszugehen war, dass eine genügend hohe Mobilisierung und Bekanntheit durch den KJK 1 erreicht wurde.



Es war den Organisatoren bewusst, dass sich bei diesem Kongress ein harter Kern herausbilden würde, die Schätzung lag jedoch bei 40-50 Teilnehmern. Dass diese Reichweite nicht unrealistisch ist, zeigt die Beobachtung, dass ausgerechnet die Jugendlichen, die den ersten Kongress mit organisierten, nicht erschienen.

Auch beim KJK 2 gab es wieder eine Evaluation, an der sich 18 der anwesenden rund 25 Jugendlichen beteiligten. Die Befragten, die die Einstellungen ihrer Altersgenossen am besten selbst einschätzen können, gehen überwiegend davon aus, dass mehr Jugendliche zu aktivieren sind, was unsere These bestätigt.

Ist es möglich, mehr Jugendliche für eine Beteiligung an politischen Prozessen zu gewinnen?	Absolut	Prozent
Ja	10	55,6 %
Nein	2	11,1 %
Weiß nicht	6	33,3 %
Gesamt	18	100,0 %

Die im Verhältnis zum KJK 1 geringe Teilnahmequote hat zum einen in den o.g. ungünstigen Rahmenbedingungen ihren Ursprung und zum anderen in der Vorstellung, die sich bei der Evaluation zu diesem Kongress herausstellte: Die Jugendlichen waren enttäuscht darüber, wie sich die Politiker beim KJK 1 verhalten hatten und zeigten sich wenig optimistisch, dass diese ihre Forderungen aufgreifen würden, in folge dessen ein Engagement von geringem Nutzen sei. In der Tat hatte sich - wie bereits ausgeführt - in den drei Monaten zwischen den zwei Jugendveranstaltungen wenig getan. Bei einem Rundruf vor dem KJK 2 wurde deutlich, dass die Fraktionen - trotz Erinnerungsschreibens, in dem nochmals alle Forderungen vom ersten Kongress aufgeführt waren - bis auf eine erst nach dem Anruf wieder aktiv wurden.

Das Konzept zum Projekt J&P fand im Freundeskreis der befragten Jugendlichen hingegen mehrheitlich Anklang.

Wurden Gespräche mit Freunden über den Ersten Kreativen Jugendkongress geführt?	Absolut	Prozent
Ja	15	83,3 %
Nein	2	11,1 %
Weiß nicht	1	5,6 %
Gesamt	18	100,0 %

Wie hat den Freunden der Anwesenden das Konzept J&P bisher gefallen?	Absolut	Prozent
Gut	11	61,1 %
Schlecht	0	0,0 %
Unentschieden	5	27,8 %
Keine Angaben	2	11,1 %
Gesamt	18	100,0 %

Dass die Teilnehmer des KJK 2 hoch motiviert waren, es aber auch Jugendliche gibt, die zum zeitlich begrenzten Engagement durchaus bereit sind, sich aber nicht in eine engere Verpflichtung nehmen lassen wollen, zeigt die folgende Tabelle.

Wer der Teilnehmer ist selbst bereit, Beteiligung in der geplanten Jugendvertretung mitzumachen?	Absolut	Prozent
Ja	10	55,6 %
Nein	0	0,0 %
Weiß nicht	7	38,9 %
Keine Angaben	1	5,6 %
Gesamt	18	100,0 %

Es war also nicht mehr als ein „Häuflein Aufrechter“ (wenn auch dieses „Häuflein“ größer bzw. ebenso groß war, wie gut besuchte Veranstaltungen anderer Kommunen im Umkreis), die aber entwickelten wiederum engagiert und konzentriert die Rahmenbedingungen für die neue politische Institution.

In einer Plenumphase erfolgte zunächst ein Brainstorming zu den Ansprüchen und Erwartungen, die die anwesenden Jugendlichen an ihre Jugendvertretung stellten. Anschließend stellten die Moderatoren des BK die verschiedenen Formen der Jugendbeteiligung (offene, repräsentative, projektorientierte) und ihre Kennzeichen vor, damit die Jugendlichen eine einheitliche Informationsgrundlage über Strukturprinzipien von möglichen Jugendbeteiligungen haben.

Nach einer Meinungsbildung und Richtungsentscheidung zu den vorgestellten Formen und



ihrem Brainstorming entwickelten die Jugendlichen in drei moderierten Workshops Gedanken zu ...

- a) ... der Legitimation des Gremiums;
- b) ... dem Aufbau und der Funktion der Institution (meint Organisation, Geschäftsordnung, Einbindung der Interessen aller Jugendlichen etc.); und
- c) ... der Ausgestaltung der Brückenfunktion zur „erwachsenen“ Politik.

In einer zweiten Plenumphase stellten die Workshopmitglieder ihre Arbeitsergebnisse vor, die modifiziert und zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt wurden. Nach der Abstimmung über den entwickelten Weg war die Jugendbeteiligungsform für Maintal von den Ju-

gendlichen selbst gestaltet und aus der Taufe gehoben worden. Jetzt galt es, sie umzusetzen, mit Leben zu füllen, sie bekannt zu machen und auf eine breitere Akzeptanzbasis zu stellen. Der Fachdienst Jugendarbeit, der BK und die HLZ fassten die Ergebnisse in einer (erwachsenengerechten) Petition¹⁴ zusammen und stellten sie den Stadtverordneten mit der Bitte um eine entsprechende Änderung des Stadtrechts zu.

Auch während dieses Kongresses waren Politiker eingeladen, das Geschehen zu verfolgen. Alle Fraktionen nahmen diese Möglichkeit mit je einem Vertreter wahr. Das Konzept J&P hatte sich bereits herumgesprochen, so dass am JJK 2 Vertreter anderer Kommunen (u.a. Wiesbaden) teilnahmen und auch noch nach dem Projekt fanden Gespräche z.B. mit dem Lokale Agenda-Beauftragten in Bad Nauheim statt, in denen die Grundprinzipien von J&P vermittelt wurden.

Das Ergebnis in Kurzform:

- Es wird jährlich einen Jugendkongress und eine repräsentative Befragung der Maintaler Jugend geben. Hierdurch soll die Interessenformulierung

¹⁴ Die Petition ist im Anhang zu dieser Arbeitshilfe abgedruckt.

stattfinden und möglichst viele sollen eingebunden werden.

- Ein gewähltes Gremium aus 18-24 Jugendlichen (zwei pro Altersstufe) soll diese Kongresse vorbereiten, durchführen und auch die Umfragen gestalten und auswerten. Die Ergebnisse werden sie als Forderungen an die Politik herantragen. Dazu wählen diese einen Sprecherrat. Gemeinsam mit der

Politik versuchen sie, die Forderungen umzusetzen und weitere Jugendliche daran zu beteiligen (z.B. bei der Gestaltung von Jugendzentren). Das Gremium bildet eigene Arbeitskreise und hilft, Jugendpolitik und Politik der Jugendlichen zu gestalten.

- Die Mitglieder dieses Gremiums werden auf einem der Kongresse (dies allerdings nur alle zwei Jahre) nominiert. Hier können sie sich allen interessierten Jugendlichen vorstellen. Nach dem Kongress findet dann eine Briefwahl unter allen Jugendlichen im Alter von 13-18 Jahren statt.
- Der erste Konvent zur Nominierung sollte von den Jugendlichen des KJK 2 selbst organisiert werden und im Januar/Februar 2001 stattfinden. Dazu wurden sie Ende der Sommerferien zu einem Arbeitstreffen eingeladen. Somit war nach dem KJK 2 in Aussicht gestellt, dass Maintal - wenn alles gut lief - ab Februar 2001 seine gewählte Jugendvertretung haben würde.

J) Das J.A.M. - Vorbereitungsteam findet sich und übernimmt immer mehr Eigenverantwortung

Es hatten sich ja bereits nach der ersten Befragung in den Schulen und zur Vorbereitung des KJK 1 Jugendliche zu einer Gruppe Freiwilliger zusammengeschlossen. Nach dem KJK 1 stießen einige wenige neue Gesichter dazu, ein paar mehr kamen aus o.g. Gründen nicht mehr oder weil sie den KJK 1 als ausreichend ansahen. Die mit ca. 10-15 Jugendlichen etwas verkleinerte und noch nicht zu einem richtigen Team zusammengeschweißte Gruppe, erhielt durch den KJK 2 erneut Zulauf. Nun entstand durch den harten Kern der alten Freiwilligengruppe, die von Anfang an dabei war und die neu hinzugekommenen Mitglieder ein Team, das bis heute erhalten ist und auch einen wesentlichen Teil der gewählten Vertreter von J.A.M. bildet. Der Knackpunkt zur Teamfindung und zur moderierten Eigenständigkeit in der Organisation z.B. des KJK 3 und der Ausgestaltung des Wahlvorgangs, war eine zweitägige Klausurtagung in einer Jugendherberge an einem Wochenende Ende 2000.



Damit engagieren sich in Maintal regelmäßig mehr Jugendliche als in anderen Kommunen zu den Präsenzveranstaltungen solcher Konzepte kommen. Neben dem Engagement dieser 20 Jugendlichen ist vor allem bemerkenswert, dass sie nicht – wie sonst üblich – bereits zu den (politisch) Engagierten gehörten – ein wesentlicher Erfolg nach Ansicht der Initiatoren.

Die Jugendlichen organisierten den KJK 3 und die Wahl, entwickelten Ideen zur Werbung und gestalteten Einladungen, Plakate, ein vorläufiges Logo und den inhaltlichen Ablaufplan des dritten Kongresses. Um die Jugendvertretung greifbar zu machen und den Jugendlichen einen Identifikationspunkt zu bieten, wurden Name und Slogan für die entstehende Jugendvertretung gesucht. Er sollte dynamisch und jugendgerecht sein, das Ziel zum Ausdruck bringen und – es war die Aufgabe der Moderatoren, dies immer wieder ins Gedächtnis zu rufen – auch von den Erwachsenen akzeptiert werden können also nicht in eine Konfrontation mit ihnen einmünden. So wurde der Name *J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal* geboren.

Die Jugendlichen rührten kräftig die Werbetrömmel (Plakate, Einladungsschreiben, Flugblätter, Pressearbeit für ihre Jugendvertretung) und wollten dabei nicht nur mit Jugendli-

chen ins Gespräch kommen (direkt erfolgte dies durch Besuch der Schulklassen Maintals).

Ebenso wichtig war ihnen die Akzeptanz der Erwachsenen. Ihnen wollten sie zeigen, was Jugendliche denken und „*dass wir was hinbekommen*“. Dies erfolgte durch einen eigenen Tee- und Mohrenkopfstand auf dem Weihnachtsmarkt von Maintal-Hochstadt. Hier gab es zudem Informationsmaterial und einen Weihnachtsbaum, an den Jugendliche mit vorbereiteten Wunschkarten ihre Vorstellungen für ein jugendgerechtes Maintal hängen konnten. So wurden viele Gespräche mit Jugendlichen und Erwachsenen aber auch Multiplikatoren wie Journalisten, Maintaler Politikern, dem Bürgermeister und dem Landrat geführt.

Seit Beginn des Projektes in Maintal gab es viele Treffen mit den Jugendlichen. Die Arbeitstreffen, in denen sie immer mehr Eigenverantwortung übernahmen, wurden durch die Initiatoren des Projektes betreut und moderiert. Die Anzahl der Treffen erhöhte sich nach dem KJK 2 mit dem „Finden“ des J.A.M. – Vorbereitungsteams. Dieser Arbeitsaufwand darf nicht unterschätzt werden, er

stellt u.E. einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg dar. Brigitte Vollprecht geht in ihren zwei Beiträgen darauf noch näher ein, die Gratwanderung zwischen Betreuung und Selbstverantwortung/-organisation muss bewältigt werden. Vieles müssen die Jugendlichen noch lernen, gelegentlich müssen sie auch an die von ihnen übernommenen Verpflichtungen erinnert werden, es muss aber ein genügender Freiraum auch für gemeinsame Freizeitaktivitäten vorhanden sein. Die Bausteine selbst zu organisieren oder Aufgaben einfach zu delegieren wäre organisatorisch gesehen wesentlich effizienter gewesen, hätte aber das Bildungsziel verfehlt. Vor Dezember waren es i.d.R. monatliche Treffen und dann bis zur Wahl etwa wöchentliche Treffen zzgl. Organisationstreffen einzelner (z.B. Plakatiergruppe, Weihnachtsmarktstandbesetzung, Schulwerbegruppe etc.)

Beim Vorbereitungsteam und später bei J.A.M. hat sich ein Schwerpunkt bei den Gymnasiasten herausgebildet, was so bei den ersten Zusammensetzungen des Freiwilligenteams und vor allem des KJK 1 nicht der Fall war. Dies kann



mehrere Gründe haben, z.B. Abstraktheit des Aufbaus der Jugendbeteiligung, Affinität zu politischem Engagement, Krisenwahrnehmung und Bereitschaft zum Engagement, Einschätzung der Einflussmöglichkeiten und Selbstausgrenzung in der Politik, Partizipationsformen, Erfahrung mit Engagement in der Schule oder im Verein, Wohnumfeld und politische Sozialisation, unterschiedliche Jugendkulturen und Wertigkeiten, Cliquenbildung. Dies wieder anderes zu gewichten, das wird eine wesentliche Aufgabe von J.A.M. sein.

K) Der Dritte Kreative Jugendkongress als Nominierungskonvent

Am 10. Februar war dann ein Tag der Entscheidung. Maintaler Jugendliche aus allen Altersstufen zwischen 13 und 18 Jahren waren erneut eingeladen, sich über Modalitäten, Organisatoren und nicht zuletzt Kandidaten für die im Februar und März stattfindende Wahl zu einer ständigen Jugendvertretung zu informieren. Wer selbst Lust hatte, sich als Vertreter seiner Altersstufe zur Wahl zu stellen, sollte ebenfalls ab 11 Uhr in das Bischofsheimer Bürgerhaus kommen.

Am dritten Jugendkongress (KJK 3) Anfang 2001 wurden die Kandidaten für die Jugendvertretung J.A.M. nominiert und stellten sich den Fragen von über 50 interessierten Jugendlichen (hier wurden die ursprünglichen Erwartungen an den KJK 2 erfüllt). Parallel entwarf das J.A.M. – Vorbereitungsteam eine Homepage (www.jam-home.de), auf der die Kandidaten auch denen vorgestellt wurden, die nicht am KJK 3 teilnehmen konnten oder wollten.

Die komplette Gestaltung des Programms, die Moderation und die Kandidatenvorstellung übernahm das J.A.M.-Vorbereitungsteam.

In Listen wurden die Namen der Kandidaten der unterschiedlichen Altersgruppen ausgehängt und dort versammelten sich die Kandidaten nach ihrer offiziellen Vorstellung, um

mit den teilnehmenden Jugendlichen zu reden. Am KJK 2 wurde von den Jugendlichen beschlossen, die ursprüngliche Zielgruppe der 14-18-jährigen um die der 13 Jahre alten Jugendlichen zu erweitern. Die Kandidaten der Altersgruppe 14, die sich am KJK 3 zur Wahl stellten, waren allerdings zum Teil knapp über 13 Jahre und 13-jährige fanden sich leider nicht, so dass diese Altersgruppe - trotz zusätzlicher Aufrufe in den Schulen (zwei Kandidaten, die sich hier fanden, sprangen kurz vor dem KJK 3 wieder ab) - zwar mitwählen konnte, nun allerdings durch die anderen Gewählten vertreten wird. Evtl. wirkte sich die als Übergangsphase geplante Überschneidung mit der Kinderversammlung (hier werden die 13-jährigen auch angesprochen) ungünstig aus. Für die Altersgruppen 14-18 fanden sich insgesamt 18 Kandidaten.

Auch bei diesem Kongress gab es - wie beim KJK 1 - wieder viele Informationsmaterialien.

Einige neue Gesichter waren im Publikum vertreten, von denen sich auch einige in eine Liste eintrugen und gerne vom späteren Jugendvertretergremium immer mal wieder eingeladen werden wollen, um mit zu helfen und mit zu reden. Einer dieser Jugendlichen ist Sebastian Schmidt (16) aus Maintal-Bischofsheim. Er war das erste Mal beim KJK 3 dabei, weil er die Einladung von

den ersten beiden Kongressen „in den Papierkorb befördert“ hatte und sich dann aber gesagt hat, „da musst Du jetzt mal hin. Viele Freunde von mir haben schon vorher mitgemacht und haben sagt, das wäre super und dann bin ich einfach mal hin, mal gucken, was passiert.“ Heute betreut Sebastian gemeinsam mit den „Vätern“ des Internetauftritts von J.A.M., Can und Deniz Özsayar (beide 17), die Homepage von J.A.M. und engagiert sich auch in anderen Ak-



tionen der Jugendvertretung. Judith Smajdli (16) aus Maintal-Wachenbuchen ging es ähnlich. Auch sie stieß „erst“ beim KJK 3 hinzu und arbeitet seither mit.

Daniel Kutscher (16) aus Maintal-Bischofsheim ist dagegen schon von Anfang an (seit dem Freiwilligentreff zur Vorbereitung des KJK 1) dabei. Auf die Frage, warum er bei J.A.M. dabei ist, antwortet der gewählte Vertreter: *„Weil ich was ändern will, ich will die Situation für uns Jugendliche verbessern. Insbesondere die Freizeitmöglichkeiten von Jugendlichen wollte ich ändern. Die Abgeblocktheit von Politikern gegenüber Jugendlichen störte mich.“* Auch Heiko Koch (16) aus Maintal-Hochstadt ist gewählter Vertreter von J.A.M. und seit dem KJK 1 dabei. Er engagiert sich, weil ihn ein Freund darauf hingewiesen hat (der Freund ist heute nicht mehr dabei) und ihn die Themen des Kongresses angesprochen haben. Jugendvertreter Marcus Hillebrecht (14) aus Maintal-Hochstadt ist seit dem KJK 2 dabei und macht mit, weil er sich auch schon vorher in der Kindervertretung engagiert hat.

L) Wichtigster Meilenstein geschafft: Maintaler Jugendliche wählen ihre Vertretung

Die Wahl hatte zwei Ansprüche: Es sollte den jungen Bürgern durchaus einfach gemacht werden, daran teilzunehmen und es sollten alle Maintaler Jugendlichen die gleiche Chance zur Wahl haben. Die Briefwahlunterlagen erhielt jeder Maintaler Jugendliche persönlich nach Hause, er musste sie nur noch ausfüllen und dann in der besuchten Schule oder der Stadtteilbibliothek in eine der dafür vorgesehenen Wahlurnen werfen oder eben postalisch an die Stadtverwaltung schicken.¹⁵ Wahlwerbung erfolgte durch die Briefwahlunterlagen selbst, aber auch durch Aushänge, Pressearbeit, Hinweise bei der Werbung zum KJK 3 und Lautsprecherdurchsagen in den Maintaler Schulen. Die Auswertung übernahmen freiwillige Helfer, die nicht zur Wahl standen.

Die im März 2001 abgeschlossene Wahl zur ersten Jugendvertretung J.A.M. ist als wichtigster Meilenstein zu sehen, deren Beteiligung mit ca. 10% zwar verbesserungswürdig ist, aber trotzdem weit über dem Kreisdurchschnitt für ähnliche Projekte liegt - und wie Lars Naumann in seinem Beitrag zeigt, stark von der Wahlform und dem Mitteleinsatz abhängig ist. Jetzt können die Jugendlichen mit der entsprechenden Legitimation ihrer jugendlichen Mitbürger loslegen, sie können eigenständig Projekte erarbeiten, Forderungen dazu lie-

¹⁵ An dieser Stelle sei schon auf eine Änderung für die nächste Wahl hingewiesen: Um die Aufmerksamkeit und Verbindlichkeit zu erhöhen, werden bei der nächsten Wahl zusätzlich noch mit Wahlhelfern besetzte Wahlstationen in den Schulen und Jugendclubs eingesetzt und verstärkt Flugblattaktionen mit Hinweisen zur Wahl durchgeführt.

gen schon seit geraumer Zeit auf den Tischen der verantwortlichen erwachsenen Politiker Maintals.

Dennoch ist die Wahlbeteiligung auf Grund des Einsatzes der Jugendlichen keineswegs zufriedenstellend und bedarf einer näheren Analyse.¹⁶

Zunächst ein Wort zur allgemeinen Wahlbeteiligung in Maintal (nicht bezogen auf die Jugendvertreterwahl): Bei der Kommunalwahl 2001 lag sie in Maintal mit 41% auf einem Rekordtief - tiefste im regionalen und mit der tiefste im landesweiten Vergleich - und bei den kurz zuvor stattgefundenen Bürgermeisterwahlen lag sie ebenfalls mit 41% auch nicht viel höher. Hier kann man einen Rückschluss auf die politische Sozialisation und das Wohnumfeld (vgl. Ausführungen von Marc Zeller und Melanie Zeller in dieser Arbeitshilfe) ziehen. Denn die Wertschätzung des Wahlrechtes durch das Elternhaus und die Einschätzung der Politik sowie der Wirkungsmacht des Einzelnen trägt sicher entscheidend zum Verhalten der Jugendlichen bei. Die bereits geschilderte Wahrnehmung des Verhaltens der Politiker beim KJK 1 und der Umgang mit den Forderungen der Jugendlichen hat sicher seinen Teil zu dieser Sozialisation beigetragen.

M) Befragung Maintaler Jugendlicher zur Wahl und J.A.M.

Neben diesen Sekundäranalysen kann eine repräsentative Befragung der Maintaler Jugendlichen Einstellungen gegenüber der Wahl ermitteln und zudem erneut Wünsche der Jugendlichen auffangen und analysieren, damit sie in die Arbeit der Jugendvertreter einfließen können. Befragt wurden wieder Maintaler Jugendliche der in der Stadt ansässigen drei Schulformen. An der freiwilligen Befragung nahmen 196 Jugendliche teil.

Die Befragung zeigt zunächst, dass die Bekanntheit der Kongresse zwar zunächst zufriedenstellend ist, denn 51,5% kennen sie. Im Umkehrschluss wissen aber noch zu viele nichts damit anzufangen, was auch in der sich an diese

¹⁶ Vgl. ergänzend Ausführungen und Konsequenzen im Abschnitt „Erste Zwischenbilanz zum Gesamtprojekt“.



Tabelle anschließende Frage herausstellt, denn immerhin 48,5% derer, die angeben, schon mal was davon gehört zu haben, wissen nicht, um was es sich dabei handelt. Hier deutet sich trotz der starken Kommunikationsaktivitäten und der insgesamt hohen Reichweite von ca. 150 erreichten Jugendlichen ein (inhaltsliches) Vermittlungsproblem an, dem durch weitere Anstrengungen von J.A.M. und Bildungsaktivitäten der Initiatoren begegnet werden muss. Da an der Befragung aber auch 16 Jugendliche teilnahmen, die nicht in Maintal wohnen, sind die Ergebnisse noch leicht zu relativieren.

„Hast Du schon einmal von den Jugendkongressen gehört, die in Maintal 2000 und 2001 stattgefunden haben?“	Absolut	Prozent
Ja	101	51,5 %
Nein	42	21,4 %
Bin mir nicht sicher	52	26,5 %
Keine Angaben	1	0,5 %
Gesamt	196	100,0 %

„Wenn ja, weißt Du, was dahinter steht und was durch die Initiative bewirkt werden soll?“	Absolut	Prozent
Richtige Antworten	41	40,6 %
Falsche Antworten	49	48,5 %
Keine Angaben	11	10,9 %
Gesamtanzahl derer, die sie kennt	101	100,0 %

Interessanterweise fällt das Bild bei der Bekanntheit von J.A.M. anders und besser aus. Dies ist zwar einerseits verwunderlich, da es zu den Jugendkongressen mehr Kommunikation gab, als zu J.A.M. Andererseits zeigt es, wie wichtig eine Identifikation und personelle Zuordnung zu sein scheint.

„Hast Du vor dieser Umfrage schon einmal etwas von J.A.M. - Jugend aktiv für Maintal gehört?“	Absolut	Prozent
Ja	130	66,3 %
Nein	45	23,0 %
Bin mir nicht sicher	20	10,2 %
Keine Angaben	1	0,5 %
Gesamt	196	100,0 %

„Weißt Du, was J.A.M. ist und wozu es dient?“	Absolut	Prozent
Richtige Antworten	47	36,2 %
Falsche Antworten	10	7,7 %
Keine Angaben	73	56,2 %
Gesamtanzahl derer, die J.A.M. kennt	130	100,0 %

Entsprechend den zwei Ergebnissen fallen auch die Antworten auf die Frage nach der eigenen Wahlbeteiligung aus. Interessant ist, dass neun Jugendliche gewählt haben, die keine richtigen Angaben darüber machen konnten, was J.A.M. eigentlich ist und beabsichtigt. Hier könnte auch die Personenzentrierung eine mögliche Erklärung sein.

Wer der Befragten hat bei der Jugendvertreterwahl gewählt?	Absolut	Prozent
Ja	56	28,6 %
Nein	136	69,4 %
Keine Angaben	4	2,0 %
Gesamt	196	100,0 %

Nur 14 der Befragten, die angaben, nicht an der Wahl teilgenommen zu haben, geben an, kein Interesse daran zu haben. Die anderen hatten vielfältigste Gründe, die durch eine kontinuierliche Arbeit von J.A.M. und weitere Werbung erreicht werden könnten, vorausgesetzt, es handelt sich nicht um Bequemlichkeitsausreden.

Was waren die Gründe der Befragten, die nicht gewählt, haben?	Absolut	Prozent
Ich wusste nichts davon	20	14,7 %
Ich hatte keine Zeit	12	8,8 %
Ich habe es vergessen	18	13,2 %
Ich hatte den Wahlzettel verlegt	7	5,1 %
Ich hatte kein Interesse / keine Lust darauf	14	10,3 %
Mir war niemand der auf dem Zettel Benannten bekannt	7	5,1 %
Ich wohne nicht in Maintal	16	11,8 %
Ich wurde nicht angeschrieben	10	7,4 %
Sonstige Antworten	10	7,4 %
Keine Angaben	22	16,2 %
Gesamtanzahl derer, die nicht wählten (Mehrfachnennung)	136	-

Als Experten befragt, geben die Jugendlichen interessante Schlussfolgerungen zur Analyse und Tipps für das nächste Mal mit auf den Weg. Diese Angaben bestätigen zumindest zu einem Teil das o.g. noch vorhandene Potenzial. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sie an dieser Stelle Faktoren der sozialen Erwünschtheit in der Beantwortung der Frage ausklammern, da sie sich nicht auf ihre Person bezieht und daher auch ein Teil der Antworten auf sie selbst zu beziehen ist.



„Was meinst Du, warum war die Wahlbeteiligung für die Jugendvertreterwahl so niedrig?“	Absolut	Prozent
Faktor Wahlbedingung		
Werbung muss ausgeweitet werden	19	9,7 %
Standort der Wahlbox war unbekannt oder die Box war zu weit entfernt	18	9,2 %
Konzept wurde nicht verstanden, war zu wenig bekannt	9	4,6 %
Hatte den Wahlzettel verlegt	8	4,1 %
Schlechte Vorbereitung und Organisation	3	1,5 %
Faktor Informationsdefizit		
Weil Jugendliche zu wenig informiert waren	17	8,7 %
Weil Jugendliche nichts davon wussten	17	8,7 %
Kandidaten und deren Ziele waren unbekannt	12	6,1 %
Faktor Zeit		
Keine Zeit	25	12,8 %
Faktoren Lust / Interesse		
Keine Lust	50	25,5 %
Kein Interesse	60	30,6 %
Politik interessiert viele Jugendliche nicht	10	5,1 %
Sonstige Antworten	20	10,2 %
Keine Angaben	30	15,3 %
Gesamtanzahl Befragte (Mehrfachnennung)	196	-

Die Idee einer Jugendvertretung findet wie auch schon bei der ersten Befragung eine deutliche Mehrheit der Befragten gut. Trotzdem nutzen offenbar nur wenige von ihnen die Möglichkeit, sie selbst mit zu gestalten – ein in der Forschung von bürgergesellschaftlichem Engagement schon lange bekanntes Problem von Anspruch und Wirklichkeit.

„Findest Du die Idee gut, eine Vertretung von Jugendlichen für die Interessen Jugendlicher zu schaffen?“	Absolut	Prozent
Ja	142	72,4 %
Nein	22	11,2 %
Bin mir nicht sicher	24	12,2 %
Keine Angaben	8	4,1 %
Gesamt	196	100,0 %

N) Erste Zwischenbilanz zum Gesamtprojekt

Nun, da die Briefwahl vorüber ist und die J.A.M.-Vertreter an die Arbeit gehen können, lässt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen: Zwar war das Konzept bewusst langfristig angelegt, doch was gerade die zeitliche Dimension angeht, haben wir uns doch verschätzt. Dennoch bestätigt dies das auf mehrere Stufen aufbauende Konzept und die Theorie der notwendigen intensiven Begleitung

eines entstehenden Beteiligungs- und Lernprozesses, denn wer mit Jugendlichen – zumal in Städten der Größenordnung Maintal – arbeitet und das schwierige Verhältnis der Jugend im Parteienstaat gegenüber institutionellen Prozessen kennt, muss begreifen, dass eine auf Selbstorganisation und (erst zu nehmende) Einbindung der Jugendlichen abzielende Beteiligung nicht mit einer Veranstaltung getan ist. Wesentlich wird jedoch eine erfolgreiche Arbeit von J.A.M. in den nächsten zwei Amtsjahren dazu beitragen, dass mehr Jugendliche in Maintal auf sie aufmerksam werden und damit die – bei weitem noch nicht zufriedenstellende – Wahlbeteiligung entscheidend erhöht werden kann. Dazu muss es auch weiterhin die pädagogische Begleitung geben, die die Aktiven (z.B. durch Planspiele) schult und den Maintaler Jugendlichen (z.B. durch Projekttag an den Schulen) die Bedeutung und Funktion der politischen Vertretung verdeutlicht. Eine Erhöhung der zeitlichen Ressourcen der hauptamtlichen städtischen Betreuung, kombiniert mit der weiterhin stattfindenden ehrenamtlichen Unterstützung des BK, kann hierbei ein wichtiger Erfolgsfaktor sein. So ist in Solingen sicher wesentlich auch durch die Bereitstellung eines hauptamtlichen Betreuers, der sich ausschließlich um die Jugendvertretung kümmert, eine Wahlbeteiligung von 50 % erreicht worden.¹⁷ Denn eines ist allen klar: Sollte es dauerhaft bei solchen Werten bleiben, wird J.A.M. an Akzeptanz verlieren.

Die Jugendlichen haben in einem Zeitraum von mehr als eineinhalb Jahren gezeigt, dass es ihnen ernst ist mit einer ständigen Jugendvertretung. Wie ernst, das zeigt sich auch an dem Gespräch, das Alessandro Vuolo-Caamano am Rande eines Kongresses der Bundeszentrale für politische Bildung in Leipzig mit Bundespräsident Johannes Rau führte, der sich sichtlich angetan zeigte von den Aktivitäten in Maintal. Das Interesse des Präsidenten wurde durch einen Wortbeitrag des 17-jährigen Maintalers geweckt, in dem er ihm und den ca. 1.000 anwesenden politischen Bildnern aus ganz Deutschland von dem Projekt in Maintal als positives Beispiel für Jugendengagement berichtete.

Anschließend gab der Maintaler noch souverän ein Interview der

¹⁷ Vgl. Lars Naumanns Ausführungen in der vorliegenden Arbeitshilfe.



Neuen Züricher Zeitung. Sollten die präsidiale und mediale Aufmerksamkeit nicht Zeichen genug für die (nicht nur Maintaler) Politiker sein jetzt auch mutige Signale zu setzen, um so etwas für die Jugend und auch das Ansehen der Stadt zu tun? Alessandro ist übrigens per Zufall dazu gekommen und arbeitet seit dem KJK 1 regelmäßig mit. Eigentlich wollte er nicht zum ersten Kongress, aber ein Freund, der in die Organisation eingebunden war, bat ihn mitzukommen, weil er dort einen Workshop moderieren sollte. Nachdem Alessandro dann aber die Moderation von seinem Freund übernehmen musste, „wuchs“ er in die Sache hinein und es wurde auch zu *seinem* Projekt.

O) Erste Arbeitsschritte und ein Ausblick

Das Ziel ist erreicht: J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal wurde gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt und gegründet. Nun rückt die Eigenverantwortung noch weiter in den Vordergrund. Die ursprünglichen Initiatoren des Prozesses und späteren Moderatoren haben sich mit der Wahl des Sprecherrates in eine „Patenrolle“ und der Fachdienst Jugendarbeit zusätzlich in eine „Geschäftsstellenfunktion“ begeben. Die Begleitung der Arbeit von J.A.M. ist nach wie vor erforderlich aber eben mehr aus dem Hintergrund. Die Aufgabe der Jugendlichen ist es jetzt, nach ihrer Akzeptanz durch die Gremien der Stadt, der Einräumung des Rederechts vor dem Stadtparlament und der Einrichtung eines eigenen Budgets, konkrete Anliegen der Jugendlichen in Maintal aufzugreifen, Jugendvertreterarbeit zu gestalten.

Die J.A.M. – Jugendvertreter haben sich zunächst in einer konstituierenden Sitzung eine Satzung (s. Anhang) gegeben, die interne Abläufe regelt, interessierte Jugendliche einbindet und das Gremium gegenüber den Erwachsenen verständlich bzw. greifbar macht. In einer weiteren Sitzung wurde ein Sprecherrat gewählt und ein Programm aufgestellt, das anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Folgende (maintalspezifischen) Arbeitsschwerpunkte haben sich herausgebildet, zu denen Arbeitskreise gegründet wurden, an denen auch nicht gewählte Jugendliche teilnehmen:

- Freizeit
- Lokale Agenda und Umwelt
- Drogenbekämpfung
- Extremismus-/Rassismusbekämpfung

An den Sitzungen von J.A.M., bei denen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengeführt und gemeinsame Aktionen beschlossen werden, nehmen durchschnittlich 15-20 Jugendliche teil, darunter nicht nur die gewählten Vertreter. *„Wir wollen mal gucken, was da so gearbeitet wird, ob man was erreichen kann. Vielleicht machen wir ja dauerhaft mit. War lustig und interessant bis jetzt.“* So beschreiben Debora Pohl (15) aus Maintal-Bischofsheim und ihr Freund ihre Beweggründe zur Teilnahme an der letzten Sitzung von J.A.M. und

ihren Eindruck. Auch Politiker werden gelegentlich zum Besuch eingeladen und auch der Sprecherrat nimmt an den Sitzungen des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt teil. Der Eindruck, der durch diese punktuellen „Begegnungen der Generationen“ zustande kommt ist eine Anekdote wert. Inga Nüthen, Sprecherin von J.A.M., beschrieb ihre Beobachtung der Ausschusssitzung des Parlaments wie folgt: *„Ich freute mich, denn die sind ja gar nicht anders als wir. Genauso chaotisch, die kommen auch zu spät, die reden auch durcheinander.“*

Zwei Vertreter von J.A.M. nehmen zudem an Sitzungen der LAG JUP 21 – eine landesweite Vernetzung von Jugendinteressen und -vertretungen – teil und bringen sich so in deren Netzwerkarbeit ein. Aktuell (Stand September 2002) steht die Teilnahme und Mitarbeit der zwei an einer Tagung im Hessischen Landtag an.

Neben der Vertreterarbeit – für die z.B. das Entwickeln eines und Eintreten für ein Konzept(s) „Selbstverwaltetes Jugendcafé“ ansteht - sind für Ende 2001 und 2002 geplant:

- Wettbewerb zur Schaffung eines Logos für J.A.M.
- Klausurtagung mit gewählten Vertretern und Freiwilligen zur Abstimmung und Erarbeitung der Arbeitskreisarbeit
- Einrichtung von Informationstafeln und „Kummerbriefkästen“ an von Jugendlichen besuchten Orten Maintals und den Schulen
- Rhetorik- und Argumentationstraining für die Aktiven
- Planspiel Kommunalpolitik mit Aktiven und Schülern
- Projektwoche in den Schulen, in denen weiter an Themen gearbeitet werden soll.¹⁸

Darüber hinaus wird der BK versuchen, an der Albert-Einstein-Schule Maintal (AES) eine seiner auch schon an anderen Orten eingerichteten Demokratiewerkstätten (Beispiel siehe www.polit-ag.de) zu gründen.¹⁹ Diese von Schülern selbstorganisierten AGs beziehen sich zwar auf politische Bildungsarbeit in den Schulen, es können aber durch einen kommunalen Netzwerkcharakter auch positive Impulse für J.A.M. entstehen – unterschiedliche (regionale) Engagementebenen Jugendlicher werden miteinander vernetzt. So fand im Rahmen einer Schülergesprächsreihe des BK eine erste Impulsveranstaltung („Schüler fragen Politiker“ mit der Oberstufe der AES und dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages) statt und zur Bekanntheitssteigerung von J.A.M. wurde Inga Nüthen, Sprecherin von J.A.M. in die Moderation eingebunden. Auf Wunsch vieler Schüler, wird jetzt versucht, ein weiteres Gespräch

¹⁸ Die Anbindung an die Schule erfolgt hierbei, da die Schule darum gebeten hat und es hier möglich ist, in einer Woche konzentriert mit Jugendlichen zu arbeiten, die Schularbeit darf aber nicht die einzige Ausrichtung sein.

¹⁹ Vgl. Rudolf, K./Albach, S./Zeller, M. (2001): Eine Demokratiewerkstatt als ergänzendes Angebot zur politischen Bildung. In: Praxis Schule 5-10. Heft 3/01. Braunschweig, S. 20-23.



zur Schulpolitik mit der Kultusministerin von Hessen und einem Vertreter der Opposition zu organisieren. Inga ist seit dem KJK 1 dabei („*Ich hatte eine Einladung bekommen und dachte mir, wenn wir schon was zu sagen haben, dann komme ich auch und außerdem waren Freunde von mir dabei.*“) und immer mehr in die Verantwortung reingewachsen, denn am Anfang hätte sie sich die herausgehobene Rolle so nicht vorstellen können. Eigentlich wollte sie nicht als Sprecherin kandidieren, machte es aber dann doch, weil sie mit den anderen Kandidaten nicht einverstanden war.

Als „Paten“ der Jugendvertretung gilt es nicht nur auf Motivation, Kontinuität und Verbindlichkeit in der Arbeit sowie günstige Rahmenbedingungen zu achten, sondern auch immer wieder auf Missbrauch und Fremdsteuerung durch politische Gruppen zu achten. So wird immer mal wieder versucht, die Jugendlichen für politische Ziele (z.B. bei der Unterstützung von Unterschriftenaktionen, Einrichtung von Arbeitskreisen, Mitarbeit in Gremien) von Interessenvertretungen und politischen Parteien zu gewinnen. Hier muss aufgezeigt werden, dass Jugendvertretung bedeutet, für alle Maintaler Jugendlichen zu sprechen, von allen politisch Verantwortlichen gleichermaßen akzeptiert zu werden und sich in erster Linie für die eigentlichen Interessen der Maintaler Jugendlichen einzusetzen – was ausdrücklich nicht heißen soll, dass zu gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen, die Jugendliche betreffen, keine Meinungsäußerung geschehen sollte.

J.A.M. steht nun am Anfang seiner Arbeit. Der Start war sehr vielversprechend. Wer sich für den weiteren Weg von J.A.M. interessiert, kann sich jederzeit an die Initiatoren wenden oder einfach die Internetpräsenz der Jugendvertretung besuchen: www.jam-home.de.

Q) Pressemonitoring – wie, was und wie viel die Medien berichten

Insgesamt konnten der BK, die HLZ und der Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal bzw. die spätere Initiative J.A.M. mit ihren verschiedenen Aktionen zwischen August 1997²⁰ und September 2001 45 Presseveröffentlichungen in sieben Zeitungen erreichen. Dabei zeigt sich, dass zwei Zeitungen mit deutlichem Abstand am meisten berichtet haben: der *Maintal Tagesanzeiger* mit 24 Artikeln und die *Frankfurter Rundschau* mit zehn Artikeln. Danach folgen der *Hanauer Anzeiger* mit vier Artikeln, der *Maintaler Bote* mit drei, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit zwei sowie der *Main-Kinzig-Bote* und der *Büdingen Bote* mit jeweils einem Artikel.

²⁰ Entwicklungs- und Testphase im Nidderau-Projekt und ab 1999 Modellphase in Maintal.

Kontaktpflege, der Schlüssel zu kontinuierlicher Berichterstattung: Die relativ deutlichen Unterschiede in der Zahl der Presseveröffentlichungen zeigt, wie wichtig es ist, zu den Journalisten eine dauerhafte Arbeitsbeziehung aufzubauen. Hat eine Zeitung bzw. ein Journalist ein Thema für sich entdeckt, steigt die Bereitschaft, nicht nur über eine Veranstaltung, sondern in der Folgezeit immer wieder über weitere Aktionen derselben Veranstalter zu berichten. Ziel muss es also immer sein, mittels einer aktiven Pressebetreuung zu Journalisten und Zeitungen ein Arbeitsverhältnis aufzubauen und eine laufende Berichterstattung zu erreichen. Die hohe Zahl der Veröffentlichungen im Maintaler Anzeiger zeigt auch, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die lokalen Zeitungen für sich zu gewinnen. Naturgemäß ist dort die Bereitschaft am größten, auch laufend und in entsprechendem Umfang zu berichten.

Die Bedeutung des Pressefotos: Rund ein Viertel der Artikel (11 von 45 Artikeln insgesamt) waren mit Fotos illustriert. Fotos nehmen in der lokalen bzw. regionalen Berichterstattung eine wichtige Stellung ein. Um diese Tatsache für die eigene Pressearbeit zu nutzen, sollten Pressemappen grundsätzlich mit guten und aussagekräftigen Pressefotos versehen werden. Damit können die Chancen für eine Presseveröffentlichung im Regelfall deutlich verbessert werden. Zwar schicken lokale Zeitungen oft einen Fotografen mit bzw. der Journalist dokumentiert eine Veranstaltung selbst mittels einer Kamera. Aber gerade wenn kein Fotograf von Seiten der Zeitung geschickt wird oder die Zeitung nur schriftlich informiert werden kann, da sie nicht bei der Veranstaltung zugegen war, empfiehlt es sich auf jeden Fall, eigene Fotos mit in die Pressemappe zu legen.

Überparteilichkeit und ehrenamtliches Engagement – das Geheimnis guter Berichterstattung: Mit Blick auf die Initiatoren und die Initiative J.A.M. wurde bei den 45 Veröffentlichungen 26 mal mit positiver, 16 mal mit neutraler und lediglich in drei Fällen mit negativer Tendenz berichtet. Bei den negativen Artikeln wurde weniger die grundsätzliche Arbeit, sondern die geringe Beteiligung beim KJK2 kritisiert. Insgesamt wurde damit über das Projekt und die J.A.M. in über 93% aller Fälle positiv oder neutral berichtet, lediglich rund 7% aller Presseveröffentlichungen enthielten eine negative Tendenz.

Wenn auch im Allgemeinen über lokale Politik neutraler berichtet wird als über die Bundespolitik, die traditionell stärker an der parteipolitischen Auseinandersetzung ausgerichtet ist, ist die Quote der Initiatoren - und hier vor allem des BK - und von J.A.M. außerordentlich. Das zeigt, dass die Zeitungen, wenn sie von den Zielen und dem Engagement einer ehrenamtlichen und überparteilichen Organisation überzeugt werden können, durchaus bereit sind, kontinuierlich gut und ausführlich zu berichten.



Bewertung	Positiv	Neutral	Negativ	Mit Foto	Gesamt
Kumuliert	26	16	3	11	45
Maintal Tagesanzeiger	12	11	1	9	24
Frankfurter Rundschau	8	1	1	1	10
Hanauer Anzeiger	2	1	1	0	4
Maintaler Bote	2	1	0	1	3
Frankfurter Allgemeine Zeitung	1	1	0	0	2
Main-Kinzig-Bote	0	1	0	0	1
Büdingen Bote	1	0	0	0	1

Weitere grundlegende und weiterführende Berichte

Jugendarbeit als Balance zwischen intensiver Betreuung und eigenverantwortlichem Spiel- raum und der Umgang mit den verschiedenen Jugendkulturen

Entsprechend der verabschiedeten Satzung von J.A.M.¹ obliegt dem zuständigen Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal die Geschäftsführung für die Jugendvertretung. Für die Unterstützung der Maintaler – und sicher auch jeder anderen kommunalen – Jugendvertretung ist eine kontinuierliche pädagogische Begleitung mit einem festen Stundenkontingent unerlässlich und auch ein Garant für eine langfristig funktionierende Jugendvertretung.² Die pädagogische Begleitung ist vorrangig als Anwaltschaft der Jugendlichen zu sehen, besonders in den schwierigen Phasen der Formulierung bzw. Durchsetzung ihrer Interessen im kommunalen Verwaltungs- und Entscheidungsprozess, wobei der eigenverantwortliche Spielraum der Jugendlichen volle Berücksichtigung finden muss.

Es reicht nicht aus, Jugendlichen formale Möglichkeiten der Beteiligung zu bieten. Entscheidend für die Arbeit der Jugendvertretung wird sein, dass in der Entstehungsphase ein positives Gruppengefühl erzeugt wird und die Jugendlichen für die Aufgaben der Jugendvertretung qualifiziert werden. Zu diesem Zweck müssen für die Jugendvertretung Fortbildungsveranstaltungen an Seminarwochenenden angeboten werden. Damit wird ihnen unter anderem die Möglichkeit eröffnet, anhand von Videoarbeit und Rollenspielen ihre Rhetorik- und Kommunikationskenntnisse zu vertiefen, Verhaltensregeln für ihre Projektgruppen zu erarbeiten und einen Einblick in die Kommunalpolitik zu erhalten. Aber neben all der Arbeit muss auch der Faktor Spaß seinen Platz finden und gefördert werden.

Ein weiterer Garant für eine langfristig funktionierende Jugendvertretung liegt im funktionierenden Kontakt zwischen den Aktiven und einem breiten ju-

¹ Vgl. Anhang zu der vorliegenden Arbeitshilfe.

² Vgl. hierzu auch Beitrag von Lars Naumann in dieser Arbeitshilfe, in der er die Best-Practice-Beispiele z.B. in Solingen beschreibt.

³ Vgl. Beitrag zur Grundidee des Konzepts J&P und Werkstattbericht.

gendlichen Publikum sowie der Kommunikation ihrer Arbeit. Das Beteiligungskonzept des Bündiger Kreis e.V. – zumindest die erste Stufe³ – war so ausgelegt, dass Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus, mit verschiedener Nationalität und mit unterschiedlich großem Artikulationsvermögen erreicht und eingebunden wurden. Diese Aussage kann durch die Zusammensetzung der Besucherschaft des „Ersten Kreativen Jugendkongresses“ belegt werden. Dennoch setzt sich die gewählte Jugendvertretung und der Kreis der übrigen, aktiv mitarbeitenden Jugendlichen jetzt fast ausschließlich aus Gymnasiasten zusammen. Die Gefahr, dass sich ‚soziale Schranken‘ zwischen den verschiedenen Jugendlichen aufbauen, ist damit ohne weiteres gegeben. Dieser Aspekt muss mit den Jugendvertretern diskutiert und nach Lösungsmöglichkeiten muss gesucht werden.

Die Jugendvertretung hat ihre Arbeit nach Beendigung der Sommerferien 2001 aufgenommen und Erfolge werden sich – die entsprechende Verbindlichkeit der Gewählten vorausgesetzt – einstellen.



Planspiel Jugend und Kommunalpolitik - Qualifikation von Jugendlichen

Ein wichtiger Punkt bei der Heranführung von Jugendlichen an die Kommunalpolitik ist es anzustreben, diese mit den Gegebenheiten der Hessischen Gemeindeordnung vertraut zu machen. Es ist zwar sehr wahrscheinlich, dass sie den „Verfahrensweisen der Alten“ misstrauisch bis ablehnend gegenüberstehen, dennoch müssen sie diese kennen und verstehen lernen, wenn sie ihre Interessen vertreten wollen. Wie die Jugendlichen ihre Jugendvertretung konkret selbst gestalten wollen, ist, innerhalb eines demokratischen Rahmens, eine andere Frage.

Mit einem reinen „Trockenkurs“ nur in der Form von Frontalunterricht wird man hier mit Sicherheit nicht auf große Begeisterung treffen, wenn natürlich auch ein gewisses Grundwissen zunächst vermittelt werden muss. Sehr positive Erfahrungen hat die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) hier mit der Durchführung von Planspielen gemacht. Diese werden, in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landtag und einer Bundeswehreinheit, seit sechs Jahren im Hessischen Landtag durchgeführt. Wehrpflichtige schlüpfen in die Rolle der Landtagsabgeordneten und Regierungsmitglieder und vollziehen, wenn auch etwas vereinfacht, in wesentlichen Zügen die Arbeit im Hessischen Landtag nach. Das diesem Planspiel zu Grunde liegende Konzept lässt sich unschwer auch auf die kommunalpolitische Ebene übertragen.

Der Grundansatz von Planspielen ist das „learning by doing“. Wir behalten uns, lernpsychologisch betrachtet, 10% von dem, was wir lesen, 50% von dem, was wir hören und gleichzeitig sehen, aber 90% von dem, was wir selbst erlebt haben. Die Vorteile der Methode „Planspiel“ liegen damit auf der Hand.

Ausgangspunkt für die Gestaltung eines Planspiels auf kommunalpolitischer Ebene sollten die konkreten Gegebenheiten der Kommune sein, in der das Planspiel stattfindet. Diese müssen als Grundwissen den betreffenden Jugendlichen in kompakter Form vermittelt werden (Aufbau von Kommunalparlament und Verwaltung, Geschäftsordnung, politische Kräfteverhältnisse etc.). Als Ergänzung bietet sich der Besuch von Stadtparlaments-, Ausschuss- und Ortbeiratsitzungen an, die dann besprochen werden. Wichtig wäre hier, dass die jeweiligen Maßnahmen von „echten“ Kommunalpolitikern zumindest begleitet würden, auch, damit sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen.⁴ Für die

⁴ Vgl. die von Karsten Rudolf und Alexander Wicker in dieser Arbeitshilfe vorgeschlagenen Grundprinzipien auf dem konsequenten Weg zur kommunalen Jugendbeteiligung.

Durchführung des Planspiels ist zunächst eine Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern notwendig, die es erlaubt, zumindest die Kräfteverhältnisse des jeweiligen „Originalparlaments“ darzustellen, soweit es sich um demokratische Parteien handelt. Die Aufteilung in die Fraktionen sollte, soweit möglich, nach Wunsch erfolgen. Als Arbeitsgrundlage benötigen die Fraktionen Parteiprogramme, die aus Auszügen der Originalprogramme der jeweiligen Parteien zusammengestellt werden. Diese Auszüge wiederum hängen von den inhaltlichen Themen ab, die im Rahmen des Planspiels behandelt werden sollen. Hier sollten sowohl aktuelle, als auch für Jugendliche relevante Problemfelder der jeweiligen Kommune ausgewählt werden. Zu diesen müssen dann entsprechende Hintergrundinformationen zusammengestellt und den Planspielfraktionen zur Verfügung gestellt werden. Die Aufgabenbereiche von „Bürgermeister“ und „Stadträten“ richten sich an den zu behandelnden Themen aus.

Am Beginn des Planspiels steht die konstituierende Sitzung des Parlaments, in der Stadtverordnetenvorsteher/in und Stadträte/innen gewählt werden. Es folgen die Fraktionssitzungen, in denen nach gegebenen Arbeitsaufträgen jeweils Anträge erarbeitet werden. Im Anschluss daran finden die Sitzungen der den gewählten Themen entsprechend benannten Ausschüsse und die Parlamentssitzung mit Redebeiträgen und Abstimmungen statt. Auch der Magistrat sollte eine Vorlage einbringen. Jeder Fraktion und dem Magistrat sollten unbedingt „Profis“ (reale Stadtverordnete/Stadträte) als kompetente Berater zur Seite gestellt werden. Die Sitzungen sollten nach Möglichkeit an den „Originalschauplätzen“ stattfinden.

Durch eigenes Erleben können die Jugendlichen so erfahren, wie der Prozess der politischen Willensbildung auf der Ebene ihrer Kommune abläuft – wie man sich seine Meinung bildet und diese in der Diskussion vertritt, wie man sich aktiv an der Suche nach Kompromissen beteiligt und dass man die Mehrheitsmeinung respektieren muss.

Der Zeitplan könnte beispielsweise so aussehen:

1. Woche (Lernphase): Vorbereitung, Theorievermittlung und Besuch einer Fraktionssitzung, einer Ausschusssitzung und einer Stadtverordnetenversammlung. Nachbereitung der Besuche.

2. Woche (Handlungsphase): Planspiel mit den Eckpunkten Fraktionssitzung, Ausschusssitzung, Stadtverordnetenversammlung.

Das hier vorgeschlagene Konzept bildet nur einen Orientierungsrahmen. Die konkrete Ausgestaltung eines „Planspiels Kommunalparlament“ hängt natürlich von den Ansprüchen und Möglichkeiten vor Ort ab. Sicherlich ist die Organisation gerade beim ersten Mal mit einigem Aufwand verbunden. Steht das Konzept aber erst einmal, kann es dann, mit anderen Themen und kleinen Korrekturen, immer wieder umgesetzt werden. Der Aufwand lohnt sich!



Die Lebensumstände Jugendlicher als Determinanten zur Aktivierung politischer Beteiligung

Ausgehend von den „*Marienthalstudien*“ haben die Lebensumstände der „Probanden“ (in unserem Fall: die Jugend in den Kommunen, die eine Jugendbeteiligung anstreben) als Variable im Forschungskontext einer Feldstudie zunehmend an Relevanz gewonnen. Basierend auf der Analyse der Ist-Situation gilt es in unserem Fall aufzuzeigen, durch welche strukturellen und ethischen Maßnahmen die Soll-Situation einer stärkeren sozialen und politischen Aktivierung der Jugendlichen erreicht werden kann. Die Umsetzung kann z.B. - wie bereits beschrieben - durch die Schaffung von Institutionen (Jugendparlament), Angeboten zum sozialen Miteinander (Jugendtreffs) sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen erfolgen. In einem ersten Schritt gilt es, sich den von der Kommune gesetzten Determinanten im Sozialisationsprozess⁵ der Kinder und Jugendlichen zuzuwenden.

Determinanten im Sozialisationsprozess

Als bestimmende Faktoren sind zuerst die Größe der Kommune, die Infrastruktur, die Schulsituation und auch die Wohnsituation zu nennen. Danach muss die Frage erörtert werden, wie sich die Bevölkerung zusammensetzt, ob es Konfliktpotenziale mit ausländischen Mitbürgern gibt oder ob andere soziale Brennpunkte (Arbeitslosigkeit, Umweltbelastungen) existieren. In die Analyse sind insbesondere auch bereits vorhandene lokale Beteiligungsangebote für Jugendliche von Seiten der Stadt, den Vereinen oder den Jugendorganisationen der Parteien mit einzubeziehen, um so erste Rückschlüsse auf aktuell anwendbare Modelle zur politischen Jugendbeteiligung in der Kommune (in unserem Beispiel in Maintal) zu erhalten. Basierend auf diesen Informationen gilt es, in einem übergeordneten Schritt für die Projektleiter das Ziel zu definieren (Er-

⁵ *Sozialisation stellt den Prozess der Entstehung und Entwicklung des Menschen in wechselseitiger Abhängigkeit von der sozialen mit den dinglich - materiellen Lebensbedingungen dar*. Tillmann, K.-J. (1989): Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektivierung. Reinbek bei Hamburg, S. 14.

höhung der sozialen und politischen Aktivität der Maintaler Jugendlichen) und eine erfolgversprechende Weg - Ziel - Matrix zu konstruieren.⁶

Einflussgrößen des Sozialisationsprozesses

Die Wohnumgebung hat in Verbindung mit der familiären Sozialisation, den öffentlichen Sozialisationsinstanzen Kindergarten und Schule sowie später der Gruppe der „Peers“ eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung vom Kind zum Erwachsenen. Der Familie spricht man dabei allgemein die vermittelnde Funktion zwischen Arbeits- und Lebenserfahrungen der Eltern (der Gesellschaft) einerseits und der Persönlichkeitsbildung⁷ der Kinder andererseits zu.⁸ Die Schule erfüllt dem gegenüber eine Qualifizierungs-, Allokations- und Integrationsfunktion.⁹ Der Prozess der Sozialisation wird nicht nur von den sozialen Interaktionen geprägt. Einfluss nehmen auch die subjektiv gemachten Erfahrungen mit der erlebten Umwelt. Als solche, den Handlungsspielraum determinierenden Faktoren, können zusammengefasst die in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen herrschenden Normen und Werte (Makrostruktur), sowie die Beschaffenheit des direkt erlebten Wohnumfeldes (Mikro- und Mesostruktur) angeführt werden. Weitere Faktoren stellen Umweltbedingungen wie Wohndichte, Lärm oder Immissionen dar.

Wohnumwelt und Integrationspunkte

Die Nähe zu Großstädten und die seit Mitte der 60er Jahre zu beobachtende Spezialisierung hin zu einer Monofunktionalität der Räume in den Trabanten- und Stadtsiedlungen hat auch die Städte im Ballungsraum wesentlich geprägt. Zunehmender Autoverkehr, dichter Siedlungsbau (oft, wie z.B. in Maintal, auch in großen Mietskomplexen) und Ästhetisierung der Natur in den angelegten Ziergärten und öffentlichen Räumen zwingen die Jugendlichen, sich auf wenige häufig einfalllose und anregungsarme Spielplätze¹⁰ zurückzuziehen, die

⁶ Im Fall der Stadt Maintal lag das Konzept für ein Teilnehmungsmodell von Seiten des BK schon vor und wurde auf die spezifischen Belange der Maintaler Jugend durch Befragung derselben und in Abstimmung mit der Jugendpflege angepasst. Siehe hierzu den Beitrag in dieser Arbeitshilfe zur Grundidee des Konzepts und den sich daran anschließenden Werkstattbericht.

⁷ Unter Persönlichkeit wird dabei das „spezifische Gefüge von Merkmalen, Eigenschaften, Einstellungen und Handlungskompetenzen, das den einzelnen Menschen kennzeichnet“, verstanden. Tillmann, K.-J. (1989) a.a.O., S. 14.

⁸ Vgl. Kreppner, Kurt (1980): Sozialisation in der Familie. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.) (1991): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim und Basel, S. 323 ff.

⁹ Vgl. Fendt, Helmut (1976): Sozialisierung und Erziehung : Einführung in die Sozialisierungsforschung. Weinheim, S. 7 ff.

¹⁰ Hier zeichnet sich in den letzten Jahren eine Trendwende ab. Spielplätze werden unter pädagogischen Gesichtspunkten und häufig unter Einbeziehung von Eltern gestaltet.



zudem den Nachteil haben, nur einer bestimmten Altersgruppe (nämlich Kindern bis 12 in Ausnahmefällen bis 14 Jahren) offen zu stehen. Jugendliche benötigen jedoch Räume und Gelegenheiten zur Selbstentfaltung abseits der elterlichen Kontrolle. Dieses Bedürfnis nimmt im Laufe der Pubertät beständig zu, da die Gruppe der „Peers“ an persönlicher Relevanz gewinnt. Für die Projektdurchführung liegt es deshalb nahe, die Jugendlichen auch in Gemeinschafts- und Gruppenzusammenhängen einzubinden und entsprechende Angebote (Freizeit- und Kennenlernmöglichkeiten sowie „Klausurtagungen“ in Jugendbegegnungsstätten etc.) in die Gesamtmaßnahme mit einzuplanen.

Die Ist-Situation in Maintal und den anderen Ballungsraumstädten ist zudem geprägt von den durch die größeren Städte beeinflussten, zum Teil hohen Verkehrsbelastungen, sowie weiteren Stressfaktoren in Form von Lärmbelastungen (Bahngeräusche, Fluglärm) etc. Andererseits wird durch die günstige Verkehrsanbindung auch die Möglichkeit zur frühen flexiblen Mobilität (z.B. Bahn) geboten und Freizeitangebote sind sicher näher und vielfältiger (wenn auch subjektiv von den Jugendlichen nicht immer so wahrgenommen) als dies in Kommunen auf dem Land der Fall sein dürfte. Durch die Schaffung von Ruhezeiten kann es gelingen, die Vorteile der infrastrukturellen Gegebenheiten zu nutzen. Insbesondere Jugendliche benötigen zusätzlich auch noch Identifikationsmöglichkeiten mit ihrem Stadtteil.

Wünsche und Bedürfnisse für eine jugendgerechte Wohnumwelt

Eine erste Befragung¹¹ der Maintaler Jugend zeigte deutlich, wo die Interessenschwerpunkte im persönlichen Wohnumfeld lagen, dies wird punktuell in anderen Kommunen anders aussehen, aufgrund der oben angerissenen Bedingungen der jeweiligen kommunalen Lebensumwelt. Dabei stellt der Terminus Wohnumwelt einen Teilausschnitt aus der die Jugendlichen umgebenden physischen und sozialen Umwelt dar. *Zur physischen Umwelt zählen alle baulichen Objekte (Häuser, Straßen,...), Immissionen (Gerüche, Geräusche,...), sowie natürliche Gegebenheiten (Flüsse, Berge,...); die soziale Umwelt ist durch die Mitbewohner der Siedlung und die Art der nachbarschaftlichen Kontakte bestimmt.*¹² Lebens- und Wohnqualität stehen damit in einer Wechselbeziehung und werden durch eine Reihe von Faktoren und Institutionen beeinflusst, auf die der einzelne Jugendliche nur beschränkt Einfluss hat, die jedoch sein Dasein wesentlich bestimmen. Eine Reihe von Faktoren zur Verbesserung der

¹¹ Vgl. hierzu die Ergebnisse der Befragung im Werkstattbericht unter dem Punkt „Wie denkt die Maintaler Jugend und was bewegt sie?“

¹² Pawlik K./Stapf K. (1992): Umwelt und Verhalten: Perspektiven und Ergebnisse ökopyschologischer Forschung. Bern, Göttingen, Toronto und Seattle, S. 218.

Mikrostruktur haben die Jugendlichen jedoch für sich ausgemacht und im Fragebogen bzw. dem „Ersten Kreativen Jugendkongress“ benannt:

Gewünscht waren Jugendräume und Jugendclubs für die unterschiedlichen Altersgruppen, Sportmöglichkeiten für die Freizeit, dies beinhaltete sowohl die zur Verfügungstellung von Flächen in Schulen - in den Ferien oder nach den allgemeinen Schulöffnungszeiten am Nachmittag -, als auch die grundsätzliche Verbesserung des Angebots z.B. durch Aufstellung von Tischtennistischen und das Aufhängen von Basketballkörben. Vielfach gewünscht wurde auch die Erhaltung der Umwelt, hier wurde sowohl der eigene als auch der Einsatz von Kommunalpolitikern eingefordert, sich für den Baumbestand auf dem Pausenhof einer Schule einzusetzen oder gemeinsame Müllsammelaktionen durchzuführen. Ein weiteres Thema mit denen sich die Jugendlichen stark beschäftigten, war die Drogenproblematik, zu der mehr Informationen gewünscht wurden. Die Verkehrsproblematik bzw. die fehlende Infrastruktur war ein weiteres Problem, zu dem sich die Jugendlichen Lösungen wünschten.¹³ Da sich die durch die Gebietsreform gewachsene Stadt Maintal aus mehreren - zum Teil auch noch dörflich strukturierten - Stadtteilen zusammensetzt, ist eine gute Infrastruktur, d.h. vor allen Dingen ein gutes und günstiges Busangebot eine wichtige Voraussetzung, um den kommunikativen Kontakt der Jugendlichen untereinander erhalten zu können. Hiermit kann auch dem Effekt der Verinselung¹⁴ entgegen gewirkt bzw. die Möglichkeit zur Nutzung unterschiedlicher Freizeitangebote in den Stadtteilen eröffnet werden. Aber auch die Vereine sind gefordert, jugendgerechte Angebote zu machen und diese auch zu kommunizieren und erreichbar zu eröffnen, um so etwa zur Integration von ausländischen Jugendlichen beizutragen oder einfach ihre Nachwuchssorgen mit Konzepten lösen zu können. Sämtliche Ziele zu verwirklichen bzw. die Politik regelmäßig an ihre Aufgabe zu erinnern, ist eines der Ziele, die sich die gewählten Vertreter der Jugend gestellt haben.

Die Wünsche der Kinder und Jugendlichen lassen sich folgendermaßen auch für andere Kommunen zusammenfassen: Es müssen Erlebnisräume vorhanden sein, die individuelle Entfaltung zulassen und das in einer stressfreien und naturnahen Umwelt, bei der es auch einmal möglich ist, neben dem Chatten gemeinsam Basketball zu spielen, zu grillen oder einfach miteinander zu „quatschen“.¹⁵

¹³ Aufbauend auf die Themenwünsche der Jugendlichen wurden die Workshops gebildet. In diesen wurden dann von den Gruppen weitere Themenfelder, Probleme, Forderungen an die Kommunalpolitik und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

¹⁴ Das Phänomen des Verlustes der Möglichkeit zum unmittelbaren, spontanen Spiel mit anderen einer Altersgruppe wird nach Zeiher (1994) als Verinselung beschrieben.

¹⁵ Vgl. Busch, Klaus (1995): Kindgerechte Wohnumwelt. Grundsätze einer an den Bedürfnissen von Kindern orientierten Planung städtischer Wohnquartiere. Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, S. 54-58



Resümee

Die Aktivierung Jugendlicher für politische und soziale Belange wird dauerhaft nur erfolgreich sein können, wenn es gelingt, eine positive Grundstimmung in der Zielgruppe zu erzeugen. Neben der Schaffung eines Jugendparlamentes müssen auch Veränderungen in der Mikroumwelt entsprechend der geäußerten Wünsche vorgenommen werden. Bei der Realisierung solcher Projekte ist immer auf eine direkte Einbeziehung und Mitarbeit der Betroffenen (insbesondere der Jugendlichen und Kinder) zu achten, um auch dauerhaft eine optimale Resonanz zu erzielen. Durch die Arbeit in einer Jugendbeteiligungsform kann die Persönlichkeitsentwicklung positiv forciert werden, sowie „social skills“ aufgebaut und der viel beklagten abnehmenden Hilfsbereitschaft entgegen gewirkt werden. Eine Verbesserung der Situation für die Jugendlichen ist aber nur durch gemeinsame Anstrengungen der Gesellschaft möglich. Kleinster gemeinsamer Nenner hierzu war der Konsens der Maintaler Parteien, den Fachdienst Jugendarbeit, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und den Büdinger Kreis e.V. mit dem Modellprojekt zu beauftragen und offen zu sein für neue Wege.

Es sei deutlich herausgestellt: Die in diesem Beitrag vorgestellten Erkenntnisse aus der Psychologie und Erziehungswissenschaft sollen einerseits verstehen helfen, was Jugendliche bewegt und andererseits die Lebensumwelt als wichtige Determinante beim Aufbau einer Jugendbeteiligungsform ins Bewusstsein rufen. Um das Geschilderte zu veranschaulichen, wurde es zum Teil auf die Situation der Stadt Maintal bezogen. Es ist aber übertragbar auf alle „Typen“ von Kommunen. Eine unserer bisher nicht überprüften Thesen ist, dass die Rahmenbedingungen in einer Mittelstadt wie Büdingen, mit einer relativ bürgerlich geprägten Wohnumwelt, dem ländlichen Einschlag, der (noch) nicht vorhandenen engen Zersiedlung und Wohnhochhäusern, der weiteren guten infrastrukturellen Lage und der idealen (überschaubaren und ergiebigen) Einwohneranzahl etc. das Projekt J&P noch zu anderen Ergebnissen/Erfahrungen geführt hätte (wir gehen z.B. von einer höheren Engagementquote aus).

Der politische Bildner als Mittler zwischen den Welten¹⁶

In der politischen Bildung kommt es – das ist kein neuer Befund – in entscheidender Weise auf die Zielgruppenorientierung an. Bei der Zielgruppe der Jugendlichen ist das in besonderer Weise der Fall. Erhebt man nun dazu noch den Anspruch, Jugendliche an die Politik heranzuführen und umgekehrt, stößt man schnell auf grundsätzlich unterschiedliche Ausrichtungen. In der Vorbereitung zum Projekt „*Jugend & Politik – Politik & Jugend*“ (J&P) wurde diesem Umstand durch intensive Vorgespräche mit den verantwortlichen Stellen Rechnung getragen. Stets wurde betont, wie wichtig die Einbindung der Jugendlichen bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Projekt ist. Eine dementsprechende Vereinbarung wurde schon hier getroffen. Selbst eine hundertprozentige Umsetzung des BK-Konzepts hätte nicht für einen Erfolg bei den Jugendlichen garantiert, deshalb war es auch zu jeder Zeit flexibel gestaltet und darauf eingerichtet, Änderungswünsche der Jugendlichen mit einzubeziehen, wie Karsten Rudolf in seinem Beitrag zu dieser Arbeitshilfe ausgeführt hat. Die kompromisslose Einbindung von Jugendlichen zum frühestmöglichen Zeitpunkt ist die einzige Alternative zum „Überstülpen“ einer von Nichtbetroffenen entworfenen Konzeption.

Sollen Jugendliche für Politik interessiert werden, gilt es, vornehmlich zwei Aspekte zu würdigen: Einerseits ist mit traditionellen, von vornherein auf Dauer und „Verpflichtung“ angelegten Engagemenformen keine breite Jugendbeteiligung zu machen; andererseits wird Politik von den Jugendlichen heute nicht mehr als (einzig) bestimmender Lebensfaktor wahrgenommen.¹⁷

Politik ist auf Grund der geschilderten Entwicklung bereits auf kommunaler Ebene zu einem Geschäft ‚Weniger‘ geworden, das zudem schon strukturell nicht dazu ausgelegt ist, das Engagement einer breiten jugendlichen Öffentlichkeit zu ermöglichen.¹⁸ Dem steht die Gruppe der Jugendlichen gegenüber. Diese ist zunächst einmal keinesfalls homogen und daher nur in der Vertiefung

¹⁶ Der vorliegende Beitrag ist angelehnt an einen Teilaspekt eines frühen Beitrags mit Karsten Rudolf, der damals aus Platzgründen nur teilweise ausgeführt werden konnte und hier nun durch weitere Veranschaulichungen ergänzt wird (vgl. Rudolf, K./Wicker, A. (2000): *Jugend im Parteienstaat*. In: *Praxis Politische Bildung* 4/2000 Weinheim, S. 250-258).

¹⁷ Vgl. u.a. Deutsche Shell (Hrsg.) (2000), *Jugend 2000*, 13. Shell-Jugendstudie. Opladen. Diesen Bezug stellen her: Rudolf, K./Wicker, A. 2000 a.a.O.

¹⁸ Vgl. auch Sohr, S./Boehne, K./Stromberg, C. (1997): *Politische Persönlichkeiten – eine aussterbende Spezies?* In: Hurrelmann, K./Palentien, C. (Hrsg.) (1997): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. Neuwied, Kriftel und Berlin, S. 209.



dieser These als „black box“ zu sehen, deren Inhalt dem Betrachter verborgen bleibt.¹⁹ Aus einem völlig andersartigen Erfahrungs- und Erlebnishorizont heraus sollen sie ein hohes Maß an Verständnis für die politischen Institutionen aufbringen, das wenigstens fordern Politiker von ihnen. Doch können sie das unter den geschilderten Voraussetzungen? Bei den landauf-landab mit mehr oder weniger Sachverstand – oder besser Einfühlungsvermögen – implementierten Projekten (Lars Naumann gibt dazu einen ersten Überblick), die zumeist von der Seite der Politik entworfen wurden, treffen nun diese beiden Welten aufeinander, die Politik sendet Signale in ihrer Sprache oder in einer den Jugendlichen mehr schlecht als recht angepassten; die Jugendlichen nehmen diese Signale auf, identifizieren sie als nicht zielgruppenorientiert und werten sie entsprechend. Was dabei verloren geht, ist die Sache selbst, in diesem Fall die Beteiligung Jugendlicher an den Entscheidungsprozessen in der Kommune.

Insofern sprechen wir von einer zunehmenden Entfremdung zweier Welten, die doch eigentlich ineinander verzahnt sein sollten, da beide mutuale Interessen verbinden. Zu beobachten ist hingegen ein grundsätzliches Misstrauen der Welt der Jugend gegenüber der institutionenbezogenen Politik.²⁰ Auch Theodor Eschenburg hat diese Entwicklung beschrieben und fordert: „*man muss den Leuten klarmachen: Ihr braucht Zäune. Sonst geht alles durcheinander*“.²¹ Bei allem begrüßenswerten Streben nach jugendgerechten Angeboten geht es also nur mit einer nicht rein konsumorientierten Haltung auf der Seite des Bildungspartners, der Jugendlichen. Auch den Jugendlichen muss klar sein, dass Demokratie vom Mitmachen lebt (eine gar nicht so abgedroschene Phrase) und die ihnen so wichtige Freiheit nur dann gesichert werden kann, wenn sie sich aktiv beteiligen. Und das unter den Spielregeln, die unsere Verfassung und die durch sie definierte freiheitlich-demokratische Grundordnung vorgeben. Da nützt es auch nichts, dass Jugendliche allein bei Gebrauch dieser Begriffe abzuschalten versucht sind. Hier zeigt sich das methodisch-didaktische Geschick von politischen Bildnern im Moderationsprozess (s.u.).

Wie im zwischenmenschlichen, so ist es auch im Binnenverhältnis zweier sozialer Gruppen erforderlich, dass beide Seiten aufeinander eingehen, will man sie miteinander ins Gespräch bringen. Die Politik muss – will sie keine Pseudo-, sondern eine echte, kreative und nutzbringende Beteiligung Jugendlicher – lernen, Verständnis für die Welt der Jugend aufzubringen, anfangen sie ernst zu nehmen und daraus neue Herangehensweisen entwickeln. In der Praxis stellt sich das Interesse der Welt der Politik vielfach als schnelllebig, medienwirk-

¹⁹ Die Heterogenität der hier als „Jugend“ bezeichneten Bevölkerungsgruppe (unterschiedliche Jugendkulturen) stellt eine weitere Herausforderung an die unten beschriebene Moderation dar.

²⁰ Vgl. u.a. Birsl, U. (1998): Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus empirischer Sicht. In: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1999): Wählen ab 16 ... - und was ist vorher? Tagungsdokumentation. Düsseldorf, S. 27.

²¹ Eschenburg, T. (2000): Letzten Endes meine ich doch. Berlin., S. 274.

samer Auftritt ohne Nachhaltigkeit dar. Beim ersten Kreativen Jugendkongress waren die Vorsitzenden der Maintaler Stadtverordnetenfraktionen und der Bürgermeister am Nachmittag eingeladen worden, sich die von den Jugendlichen in konzentrierter Workshopatmosphäre erarbeiteten Forderungen persönlich anzuhören. Doch über ein Kopfnicken und den wiederholten Verweis auf die Kassensituation in der Kommune ging das Interesse der Politikerinnen und Politiker nicht hinaus.²²

Die Jugend ihrerseits muss – will sie ernst genommen werden und etwas bewegen – das politische System anerkennen und sich zur Erhaltung ihrer Freiheiten und der Demokratie ihrer Pflicht zum Engagement in der Gemeinschaft bewusst werden.²³ Die politische Bildung kann hier wichtige Moderationsaufgaben übernehmen. Vielleicht muss sie es sogar. Ohne Moderation laufen die beschriebenen, notwendigen Prozesse des Aufeinander-Zugehens Gefahr, in Konfrontation zu münden und – schlimmer – auch dort zu enden.

Die politischen Bildner können hier die Rolle des „Mittlers zwischen den Welten“ spielen, sie können im Idealfall Erfahrungen auf beiden Seiten aufweisen, zumindest aber den Aspekt der Zielgruppenorientierung in den Prozess einbringen. Als Moderatoren des Prozesses sind sie unparteilich. Das ist wichtig, denn obwohl Parteien sich gerne als jugendfreundlich oder gar jugendlich sehen möchten, empfinden die Jugendlichen ganz anders (s.o.). Diese Unparteilichkeit gilt gegenüber beiden Seiten. So ist es unverkrampfter möglich, mittelbar den jeweils anderen als Gesprächspartner anzuerkennen und seine Position(en) ernst zu nehmen: der erste Schritt zur Verständigung.

Im Modellprojekt Maintal erwies sich die Rolle des politischen Bildners durchaus nicht immer als dankbar. So bestanden anfangs bei der Politik Vorbehalte gegenüber einer noch unbekanntem Organisation, die jedoch durch die Praxis selbst schnell ausgeräumt werden konnten. Später war die Unparteilichkeit gefährdet, weil der Eindruck einer Parteinahme für die Jugendlichen nicht vollständig ausgeräumt werden konnte. Der Bündiger Kreis e.V. (BK) nutzte seine neutrale Stellung zur Kommunikation der Forderungen der Jugendlichen. Wohin nun also mit der strikten Unparteilichkeit? Ohne in Verdacht geraten zu wollen, hier habe man die zentrale Forderung aufgegeben, lässt sich doch festhalten, dass es für das Bildungsziel und den Fortgang des Projekts (zwei der Überparteilichkeit insgesamt übergeordnete Ziele) unerlässlich war, sich für einen kurzen Moment auf eine der Seiten „zu schlagen“. Das ist im übrigen eine Entscheidung, um die der politische Bildner gelegentlich nicht herum-

²² Vgl. Werkstattbericht.

²³ Verwandte Begriffe hören wir vermehrt aus dem Lager der Kommunitaristen. Für einen ersten Einblick gut geeignet: Etzioni, A. (1998): Die Entdeckung des Gemeinwesens – Das Programm des Kommunitarismus. Frankfurt/M.



kommt. Die konkrete Praxiserfahrung zeigt, dass es der Moderatorenrolle des BK nicht geschadet hat. Die Jugendlichen stellten schließlich selbst kritische Fragen zur Motivation des BK.

Vielen mag der hier skizzierte Zustand des Verhältnisses zwischen Jugendlichen und Politik als zu düster beschrieben erscheinen. Doch die Realität – vor allem aus Sicht der Jugendlichen – sieht vermehrt genau so aus. Da hilft es auf Seiten der Politik nicht, sich seine Jugend-Konzepte schön zu reden. Die Forderungen gehen aber an alle Beteiligten, die Politik, die Jugendlichen selbst und natürlich die politischen Bildner bzw. Jugendarbeiter. Sie müssen sich aktiv beteiligen und die ihnen zugeordnete Rolle wahrnehmen.

Durch Evaluierung zum Bildungspartner Jugend

Wirkungsstudien zu politischen Bildungsaktivitäten oder langfristige Untersuchungen zum Engagement Jugendlicher in lokalen Jugendbeteiligungsprojekten über mehrere Jahre hinweg, zur Analyse und Überprüfung von Beteiligungs- und Aktivierungsmodellen, sind höchst selten. Dies war einer der Gründe, die den Bündiger Kreis e.V. (BK) dazu bewegten, seine innovativen Konzepte zu evaluieren und Interessierte sowie die Fachöffentlichkeit über Publikationen an den Erfahrungen partizipieren zu lassen. So wurden aus dem BK heraus erste Analysemodelle und Wirkungsstudien entwickelt und Wege der Evaluation beschrieben.²⁴

In dem im Frühjahr 2000 begonnenen Projekt „Jugend & Politik – Politik & Jugend“ (J&P) hat der BK Jugendliche der Stadt Maintal mit einem auf ihre und die örtlichen Belange abgestimmten Bildungskonzept begleitet und über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg Jugendliche und Multiplikatoren bei verschiedenen Aktionen insgesamt zehn Mal zu ihren Einstellungen, Motivlagen und dem Engagementpotenzial auf unterschiedlichen Wegen befragt.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, nicht die Einzelergebnisse, sondern die Chancen und Möglichkeiten, die sich durch eine Evaluation²⁵ bieten, aufzuzeigen und einzelne Methodenbausteine als Beispiele für Erhebungen näher zu erläutern. Dabei muss sich der Leser bewusst sein, dass es keine Evaluations-schablone gibt, sondern individuelle Erkenntnisinteressen und Konzeptsätze auch in der Konstruktion des Fragebogens bzw. der Erhebungssituation berücksichtigt werden sollten, um aussagefähige Ergebnisse zu erhalten.

²⁴ Vgl. Rudolf, K./Zeller M. (2000): Der Bürger als Bildungspartner - Chancen und Möglichkeiten der Evaluation politischer Bildungsarbeit. In: kursiv - Journal für politische Bildung, Ausgabe 1/00. Schwalbach/Ts., S. 39-43.

²⁵ „Eine Evaluation hat die Aufgabe zu klären, ob Projekte oder Maßnahmen erfolgreich waren und unerwünschte Nebenwirkungen vermieden werden konnten. Ihre Resultate dienen der Entscheidungsfindung. Mit dem Begriff „Evaluation“ werden die aus Theorien und Befunden abgeleiteten Handlungsempfehlungen auf ihre Effizienz überprüft. (vgl. Schiefele, H./Krapp, A. (1981): Handlexikon zur Pädagogischen Psychologie. München; Weidemann, B./Krapp, A. (1986): Pädagogische Psychologie. München) Wir verstehen (...) unter Evaluation die Nutzung unterschiedlicher Methoden zur Messung von Treatments im Rahmen der initiierten Aktionen zur politischen Bildung und Kommunikation. Die Evaluation ist also für uns ein Mittel, um Einstellungen, Meinungen, Effekte von Versuchspersonen zu erheben und dadurch Aktionen auf ihre Wirkung hin zu überprüfen.“ (Rudolf, K. und Zeller, M. in der Originalstudie zum Nidderau-Projekt, S. 9)

Argumente, die für eine Evaluierung in der (politischen) Jugendarbeit sprechen

Qualitäts- und Effizienzicherung sowie Bedürfnisbefriedigung sind für den Fortbestand von Bildungskonzepten wesentlich und damit auch die entscheidende Größe für die Einbindung von Jugendlichen. Dazu ist es wichtig, schon im Vorfeld mit den finanzierenden Stellen einen Konsens über Auftritt, Aufgabe, Zielgruppenansprache und Methoden zu erzielen und später durch Wirkungsforschung eine Erfolgskontrolle zu ermöglichen. Dies bedeutet aber auch, dass bereits im Vorfeld Informationen über die Zielgruppe, ihre Wünsche, wo und wie sie anzusprechen bzw. zu erreichen sind, erhoben werden müssen.

Durch die Evaluierung und Dokumentation der Bildungsarbeit können Projekte verifiziert und verbessert werden. Es ist aber auch möglich – vorausgesetzt die Bildungsmaßnahme war erfolgreich –, überzeugende Daten zur Argumentation gegen Kritiker zu gewinnen. Es wird endlich möglich, aufbauend auf eine breite Datenbasis aufzuzeigen, wie die Mittel eingesetzt und welche Gruppen bzw. Individuen genau erreicht wurden. Über eines muss man sich im Klaren sein, (politische) Jugendarbeit ist eine langfristige Aufgabe, dies zeigt das Projekt J&P deutlich. Das kann es aber u.a. auch nur dadurch fundiert aufzeigen, weil es eine Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes gab. Einstellungen zum System, den Menschen, dem Demokratieverständnis können sich auch erst Jahre später in den Handlungen widerspiegeln, so dass die Erfolgskomponente wesentlich höher liegen kann, als es die zum Abschluss eines Projektes gemessenen Daten vermuten lassen. Daher bieten sich langfristige Untersuchungen an.

Aber auch der Erfolg bzw. Misserfolg eines Projektes lässt sich leicht und schnell durch Fragebögen, Interviews und Beobachtungen ablesen. Dabei handelt es sich allerdings ausdrücklich nicht um eine reine Resonanzmessung, die nur einen eingeschränkten - auf den Moment bezogenen - Blickwinkel ermöglicht, nicht in einem ganzheitlichen Konzept aufgeht und meist nur ein Feedback in dem Sinne von „Hat Ihnen das und das gefallen?“ einfordert. Diese Art der Rückkopplung kombiniert mit dem Versuch, Einstellungsveränderungen, Motive u.ä. zu ermitteln, ermöglichen dem politischen Bildner bei zukünftigen Veranstaltungen die gewonnenen Erfahrungen einfließen zu lassen sowie seine Arbeit und damit das Angebot für die Jugend entsprechend zu verbessern. Das Verhältnis zwischen Betreuer und Jugendlichen wird positiv belebt, der Jugendliche fühlt sich eingebunden, kann einen Nutzen herausziehen und arbeitet engagiert mit. So entsteht eine produktivere Lernatmosphäre. Durch eine Einbindung der Jugendlichen und das Aufspüren ihrer Interessen, kann man der im Werkstattbericht und den Beiträgen von Karsten Rudolf, Armin Niedermeier und Alexander Wicker beschriebenen Bedeutung des Jugendlichen als Bildungs- bzw. Kommunikationspartner gerecht werden.

Erhebungsansätze

Eine Reihe von Evaluations- und Erhebungsmethoden für die politische Bildung wurde im Rahmen des „Nidderau-Projekts“ (NidP)²⁶ entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit getestet. Die im NidP angewandte methodische Bandbreite zur Wirkungsforschung reichte von Fragebögen, Telefoninterviews, Einzel-, Experten- und Gruppengesprächen, Eigen- und Fremdbeobachtungen, Punktabfragen bis zur Auswertung von Gästebüchern. Dabei hat sich gezeigt, dass neben dem Untersuchungsort bzw. der Veranstaltungsform besonders zwischen Milieu und Bildungsstand zu differenzieren ist. Bei Bevölkerungsbefragungen ist darauf zu achten, dass der befragte Bürger mit niedrigstem Bildungsstand die Fragen im Sinne des Forschers genauso versteht wie der mit dem besten Abschluss. Gerade bei Jugendlichen ist die Wissens- und Erfahrungskluft untereinander (die einen gehen noch zur Schule, die anderen stecken schon im Beruf und dann noch die verschiedenen Jugendkulturen) und der Jugendlichen zum – meist älteren – Forscher noch größer.

Dennoch hat sich besonders der Einsatz von Fragebögen zur Erhebung potenzieller Teilnehmerinteressen und als Bilanzierungsinstrument bewährt. Um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, muss die Fragekonstruktion also einfach und verständlich sein. „Fachchinesisch“ ist zwar innerhalb des Kollegenkreises durchaus verständlich und imagefördernd, doch Jugendliche schalten bei einem komplizierten und über mehrere Seiten gehenden Fragebogen ab, lassen Fragen unbeantwortet oder geben nicht korrekte Antworten. Daher gilt, für die Konstruktion des Evaluationsbogens: Zeit nehmen, notieren, welche Daten benötigt werden, um dann entsprechend kurze Fragen zu formulieren (genaue Definition der Erkenntnisebene und anschließend Operationalisierung) und schließlich (pre-)testen als erste Maxime.

Hilfreich ist es, Antwortkategorien anzubieten, die gleichrangig Zustimmung- als auch Ablehnungskomponenten beinhalten sollten. Warum Antworten vorweg nehmen? Dies ist ein Zeit-/Auswertungs- und Quantitätsaspekt. Je mehr offene Fragen gestellt werden, desto mehr Spielraum hat der Befragte für die Darstellung seiner Meinung, er wird also stark eingebunden. Die Auswertung offener Fragen dauert allerdings um ein vielfaches länger, ist aber gerade bei der Einführung neuer Konzepte empfehlenswert, da Zustimmung- bzw. Verneinungsantworten noch keine Auskunft darüber geben, wieso die Veranstaltung z.B. abgelehnt wurde. Zu bedenken ist bei der Wahl einer offenen Frage auch, dass sie eine besonders starke Reflexion vom Befragten verlangt, was viele nicht leisten können oder wollen. Der große Spielraum, den man Jugendlichen mit offenen Fragen gibt, wirkt sich also dann ins Gegenteil um, wenn die

²⁶ Rudolf, K./Zeller, M. (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts.



Motivation zur Teilnahme niedrig ist und offene Fragen unbeantwortet bleiben, während die sogenannten geschlossenen Fragen, bei denen die Antworten schon mitgeliefert werden, schnell verstanden und „durchgekreuzt“ werden. Mit Antwortvorgaben möchte man herausfinden, welcher Aussage die Befragten zustimmen. Um bei der Überlegung, welche Antworten alle auf eine Frage kommen können, keine zu vergessen, muss man immer eine Antwortmöglichkeit „Sonstiges“ einfügen, dadurch wird die erschöpfende Beantwortung sichergestellt.

Bei der Fragebogenformulierung mit der Zielgruppe „Jugend zwischen 14 und 20 Jahren“ sollte die persönliche Anrede („Du-Form“) verwandt werden. Im Vorspann zur Erhebung sollte eine kurze Erklärung geliefert werden, weshalb eine Beteiligung an der Evaluation wichtig ist und was der Zweck derselben ist. Anonymität ist immer zu gewährleisten, daher stehen die Fragen zu den demographischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildungs- bzw. Berufstand am Schluss. Um die Geduld der Jugendlichen nicht überzustrapazieren, sollte das Ausfüllen des Fragebogens einen Zeitrahmen von zehn Minuten nicht überschreiten, bei einer Messung am Veranstaltungsende höchstens fünf Minuten. Daher ist es auch wichtig, den Bogen übersichtlich und ansprechend aufzubereiten und bei einer mündlichen Befragung klare Anweisungen an die Interviewer zu geben. Wird der Fragebogen versandt, empfiehlt es sich, zwei Wochen nach dem Versandtermin, per Brief oder Postkarte ein kurzes Erinnerungsschreiben zu versenden. Hierdurch kann die Rücklaufquote erheblich verbessert werden, auch Telefonanrufe, bei denen die Bitte um Beteiligung geäußert wird, sind eine Möglichkeit, stellen aber möglicherweise einen kontraproduktiven Eingriff in die Privatsphäre dar.

Nach dem Baukastenprinzip kann ein Teil der erst einmal mühsam entwickelten Fragen über einen langen Zeitraum genutzt und in verschiedenen Veranstaltungen angewandt werden. An dieser Stelle können nur erste Tipps zur Durchführung von Befragungen gegeben werden. Weitere Einblicke in die Fragebogenforschung bieten sozialwissenschaftliche und psychologische Bücher²⁷, aber auch Kurzlehrgänge z.B. vom Zentrum für Umfrageforschung Mannheim (ZUMA).

²⁷ Ein Gespür für die Frageentwicklung bekommt man, wenn man sich die Fragenkataloge von renommierten Meinungsforschungsinstituten betrachtet wie z.B. den ALLBUS von ZUMA oder das Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. Ein Standardwerk, das Einblick in die Sozialforschung gibt, ist sicher Schnell, R./Hill, P. B./Esser, E. (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung. 5. Aufl. München. Aber auch verschiedene Studien bieten gute Einblicke in die Durchführung solcher Untersuchungen: u.a. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (1995): Evaluation der Kampagne „Keine Macht den Drogen“. Köln; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.) (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft - Die Geislingen Studie. Stuttgart.

Fragebogeneinsatz und Evaluierungstechniken während des Jugendprojektes

Eine einfache Methode, mehr über die Interessen der Jugendlichen zu erfahren ist, sie direkt danach zu befragen. Gemeinsam mit dem Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal wurden daher die Maintaler Jugendlichen im Schulunterricht gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, mit dem u.a. ihre Themenwünsche für Workshops zum geplanten „Ersten Kreativen Jugendkongress“ zu benennen, ihre Meinung zur Situation der Jugend in Maintal kund zu geben und eine Bewertung der vorgesehenen Initiative für mehr politische Jugendbeteiligung vorzunehmen. Wer Interesse hatte, an der Vorbereitung des Jugendkongresses mitzuarbeiten, konnte sich auf einem Extra-Bogen dafür melden. So kamen immerhin rund 50 Meldungen zusammen, von denen sich etwa 20 tatsächlich kontinuierlich beteiligten. Aussagekräftige Fragebögen kamen 444 zurück, was ein sehr gutes Bild zur Stimmungslage der Maintaler Jugendlichen erlaubte.

Um die Motivation der recht heterogenen Freiwilligengruppe zu erfahren, wurden die Jugendlichen beim ersten Treffen gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Entsprechend den geäußerten Motiven, Wünschen und Vorstellungen, die je nach Gruppenzusammensetzung auch in einem Brainstorming erarbeitet werden können, fand dann die Aufgabenverteilung statt. Wichtig ist, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen. Da bezüglich des Standortes in der Welt der Erwachsenen erheblich andere Vorstellungen herrschen, ist es sinnvoll, vor dem Start des Projektes zu erfahren, welche Erwartungen der Projektpartner, der bzw. die Jugendliche hat und diese bei der Planung ernst zu nehmen.

Auch zu Beginn des (eintägigen) „Ersten Kreativen Jugendkongresses“ wurden die Teilnehmer²⁸ u.a. zu ihren Erwartungen an eine Jugendbeteiligung und die Veranstaltung sowie ihren Einstellungen zum Engagement befragt. Von Interesse für das weitere Vorgehen und den Marketing- und Kommunikationsmix war auch, wie sie auf den Jugendkongress aufmerksam wurden und welche Jugendlichen sich durch das Angebot angesprochen fühlten. Am Ende der Veranstaltung wurden die Teilnehmer noch einmal gebeten, in einem Fragebogen ihre Meinung zum Nutzen der Veranstaltung und den Reaktionen der Politiker sowie ihre Bewertung der Veranstaltung zu schildern. Die Ergebnisse der Vorhermessung zu den Erwartungen an die Veranstaltung wurden dann mit denen der Nachhermessung verglichen. Es zeigte sich, dass die Jugendlichen hoch motiviert gestartet, jedoch durch die „abwehrende Haltung, die leeren Phra-

²⁸ Von den 95 Teilnehmern füllten 41 einen Fragebogen aus.



sen“ der zur Ergebnispräsentation erschienen Lokalpolitiker demotiviert wurden. Dies ließ sich auch durch Beobachtung feststellen, waren zu Beginn des Meinungs- und Ergebnisaustausches alle Jugendlichen im Saal, so hatte sich bis zum Schluss ein gutes Drittel in den Vorraum verzogen und diskutierte dort ohne Politiker weiter. Die Kommunalpolitiker, die ebenfalls mittels Fragebogen befragt wurden, waren ganz anderer Meinung und überzeugt, mit ihrer Präsenz auf dem richtigen Weg zu sein.²⁹ Da zum „Ersten Kreativen Jugendkongress“ auch ein gesellschaftspolitischer Markt der Möglichkeiten gehörte, wurden die beteiligten Aussteller ebenfalls um ein Feedback gebeten. Hier kamen Fragen nach der Anzahl der geführten Gespräche, dem Umfang des ausgeteilten Informationsmaterials und ob eine erneute Teilnahme gewünscht wird ebenso zur Sprache wie Verbesserungsvorschläge. Da in der Regel keine Zeit ist, sich mit den Organisationen zu einer Nachbereitung zusammen zu setzen, bietet sich dieser Weg an.

Auch bei den weiteren zwei Jugendkongressen und Treffen des Vorbereitungsteams J.A.M. wurden Beobachtungen und Erhebungen mittels Fragebogen durchgeführt. Zur Zwischenbilanz 2002 wurden nach der Wahl noch 196 Maintaler Jugendliche – wieder über die Schulen³⁰ – befragt, wodurch u.a. die Bekanntheit der Jugendinitiative und die Beweggründe, an der Jugendvertreterwahl nicht teilzunehmen, ermittelt werden sollte. Zudem war es möglich, durch diese Befragung auf die Arbeit von J.A.M. aufmerksam zu machen, was ein weiterer Vorteil einer Evaluation sein kann. Darüber hinaus kann man Themen- bzw. Verbesserungsvorschläge für die inhaltliche Arbeit der Jugendvertreter gewinnen. Die Ergebnisse werden im Werkstattbericht dieser Veröffentlichung präsentiert.

²⁹ Leider machten nur wenige (vier) der anwesenden acht Kommunalpolitiker von der Feedbackmöglichkeit mittels Fragebogen Gebrauch. Da sich jedoch auch ein halbes Jahr nach dem Kongress noch nicht viel in Bezug auf die den Jugendlichen versprochenen Verbesserungen einstellte, dürften sich die Jugendlichen in ihrer Einschätzung bestätigt gefühlt haben. Wie sich durch spätere Erhebungen zeigte, führte dies und auch der unglücklich gelegte zweite Termin zur Konkretisierung der Jugendbeteiligungsmöglichkeiten zu einer erheblich geringeren Resonanz. So wird Verhalten erklärbar und eine solche Arbeitshilfe mit Anregungen für andere Kommunen möglich. Das ist der Nutzen einer begleitenden Evaluation.

³⁰ Einschränkungen durch die „Nichterfassung“ von berufstätigen Jugendlichen oder Berufsschülern müssen noch durch Fokusbetrachtungen in dieser Teilgruppe ausgeglichen werden.

Der Schlüssel ist eine intensive Kommunikationsarbeit

Mit dem richtigen Kommunikationskonzept zum Erfolg

Jugendliche interessieren sich nicht für Politik. Diese oft gehörte und oft kolportierte These ist so griffig wie sie falsch ist. Jugendliche interessieren sich nicht für Politik, wenn sie ihnen in einer Form begegnet, die sie nicht anspricht. Gelingt es aber – wie beim Ersten Kreativen Jugendkongress in Maintal – den richtigen Weg zu finden, ist das Interesse durchaus beachtlich. An einem Samstag-nachmittag fast 100 Jugendliche an einem Ort zum Thema Politik zusammen zu bekommen, ist sicherlich ein bemerkenswerter Erfolg. Voraussetzung für diese herausragende Beteiligung ist die Anwendung des richtigen Kommunikationskonzepts, um überhaupt an die Jugendlichen heranzukommen und sie von der Idee und der Sinnhaftigkeit einer solchen Veranstaltung überzeugen zu können.

Wie sag ich ´s meinem Kinde – das Problem, die Zielgruppe zu erreichen

Jugendliche haben die Auswahl zwischen einer Vielzahl von medialen Angeboten. Das reicht von der klassischen Tageszeitung, Jugend- und Szenemagazinen, über Computer und Internet bis hin zu Radio und Fernsehen. Politik hat es da nicht leicht, sich bei dieser Zielgruppe durchzusetzen. Betrachtet man die Hauptgebiete, für die Jugendliche sich bei der Mediennutzung interessieren, wird dies deutlich: In der Zielgruppe der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren liegen auf den ersten fünf Plätzen folgende Themen: Aktuelles aus aller Welt (53%), Mode/Klamotten (47%), Musik und Interpreten (41%), Internet (40%) sowie Kinofilme (39%). Weit abgeschlagen auf Platz 19 folgt mit rund 13% das Interesse an Politik in der Wohngegend.³¹ Eine denkbar schlechte Ausgangsbasis, um die Jugendlichen überhaupt mit einer politischen Botschaft zu erreichen.

³¹ Vgl. hierzu die Studie "Jugend, Information, Media 2000" (JIM-Studie), zitiert nach der Zeitschrift "Media Perspektiven 11/2000", S. 518.



Zieht man dann noch in Betracht, dass der Anteil der Jugendlichen, die regelmäßig Zeitung lesen, mit 59% signifikant niedriger liegt als im Bevölkerungsdurchschnitt (81%)³², wird die Kommunikationsarbeit für eine derartige Veranstaltung noch schwieriger. Denn traditionell nehmen die lokalen Abonnement-Zeitungen bei der Kommunikation im Bereich der Kommunalpolitik die wichtigste Stelle ein.

Die Antwort auf die auf den ersten Blick nicht gerade einfache Problemstellung liegt in einem Kommunikationsmix, der deutlich von den herkömmlichen, schwerpunktmäßig auf die Pressearbeit ausgerichteten Kommunikationskonzepten abweicht.

Mix it Baby – den richtigen Kommunikationsmix finden

Im konkreten Fall wurde im Vorfeld der Veranstaltung ein umfassendes Kommunikationskonzept erarbeitet, das dem Kommunikationsverhalten der Jugendlichen Rechnung trug. Wenn schon klassische Pressearbeit nicht das ideale Instrument ist, was lag da näher, als auf bewährte Rezepte aus der anderen Kommunikationsdisziplin zurückzugreifen – dem Marketing?

Kommt der Kunde nicht zum Produkt, muss es zwangsläufig zu ihm kommen. Daher setzten die Organisatoren auf die klassischen Instrumente des Produktmarketings: Direct-Mailing, Telefonmarketing, Promotion und Plakatwerbung.

Im einzelnen wurden folgende Maßnahmen umgesetzt: Den Auftakt bildete eine Einladung, die allen Jugendlichen in Maintal, d.h. rund 1.800, per Post zugeschickt wurde. Darin enthalten waren neben der Einladung auch Informationen zur Veranstaltung, ihren Zielen und ihrem Ablauf. Mit einer Rückantwortkarte konnte man sich zu einem der Workshops anmelden. Die Themen wurden zuvor in einer Befragung von 444 Maintaler Jugendlichen ermittelt, wodurch ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt erzielt wurde. Zudem bestand die Möglichkeit, mit der Antwortkarte eigene Vorschläge einzureichen.

Im zweiten Schritt wurde dann in den folgenden Wochen eine Nachfaktion durchgeführt, bei der etwa 400 Jugendliche, die sich nicht zurückgemeldet hatten, nochmals persönlich per Telefon auf ihre Teilnahme angesprochen wurden. Damit konnte die Zahl der Anmeldungen zum Kongress verdop-

³² Vgl. hierzu "Media Perspektiven, Basisdaten, Daten zur Mediensituation in Deutschland 2000", herausgegeben im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der ARD-Werbegesellschaften, S. 69.

pelt werden. Das zeigt, welche hohe Bedeutung einer direkten persönlichen Kontaktaufnahme zukommt.

In der Praxis ist es nicht immer möglich, eine kosten-/zeit- und personalaufwendige Telefonmarketingaktion durchzuführen. Im Vorfeld zum Dritten Kreativen Jugendkongress stellten daher Mitglieder des Vorbereitungsteams in von Maintaler Jugendlichen besuchten Schulen (Klassen der Jahrgangsstufen 7 bis 13) das Konzept in zehnmütigen Infoblöcken vor und warben für eine Teilnahme. Ergänzend wurden in den jeweiligen Schulen, aber auch an anderen strategisch wichtigen Stellen im ganzen Stadtgebiet Informationsplakate aufgehängt. Dazu gehörten zum Beispiel Bushaltestellen, Geschäfte, Jugendclubs und andere öffentliche Plätze.

Darüber hinaus wurden auch die Veranstaltungen selbst zur Werbung mit Flugblättern, Handzetteln und Einladungen zu Folgeveranstaltungen genutzt. Auf dem Weihnachtsmarkt in Maintal wurde aufgrund der einmalig hohen Besucherfrequenz ein Informationsstand zur Vorstellung des Vorbereitungsteams, zur Sammlung von Wünschen der Jugendlichen und zur Werbung für die Wahl der Jugendvertreter aufgestellt. Ein ideales Umfeld, um mit einer Vielzahl von Jugendlichen, aber auch anderen Interessierten ins Gespräch zu kommen!

Insgesamt konnten durch die durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen viele Jugendliche mit einer direkten Ansprache entweder persönlich oder telefonisch erreicht werden. Die hohe Zahl der Kontakte führte schließlich zu der sehr guten Resonanz und Beteiligung der Jugendlichen im Verlauf des nunmehr schon fast zweijährigen Projekts. Gerade für den Bereich der Kommunalpolitik stellt dies einen bemerkenswerten und über das gewohnte Maß hinausgehenden Erfolg dar.³³

Den Kommunikationsmix und seine Wirkung verdeutlicht auch das folgende Ergebnis der Evaluation des „Ersten Kreativen Jugendkongresses“, an der sich 48 der 95 Teilnehmer beteiligten:

„Wie bist Du auf den Kreativen Jugendkongress aufmerksam geworden?“	Absolut	Prozent
Zeitung	5	10,4 %
Bekanntenkreis/Freunde	9	18,8 %
Flugblatt	6	12,5 %
Plakat	7	14,6 %
Einladungsschreiben/Brief	33	68,8%
Telefonanruf durch Stadt	15	31,3 %
Durch Ansprache in der Schule	15	31,3 %
Sonstige	1	2,1 %
Gesamtanzahl Befragte (Offene Frage mit Mehrfachnennungen)	48	-

³³ Vgl. Beitrag von Lars Naumann in dieser Veröffentlichung.

Die richtige Sprache sprechen

Will man die Sprache der Jugendlichen sprechen, kann man sich das neueste Lexikon des Jugendslangs kaufen und sich daraus 10 bis 20 Wörter aufschreiben, mit denen man seine Botschaft aufpeppt. Das Ergebnis ist im besten Falle peinlich und im schlimmsten Falle kontraproduktiv. Gewinnen die Jugendlichen den Eindruck, es handelt sich um eine Erwachsenenveranstaltung mit Alibicharakter, sinkt ihre Beteiligungsbereitschaft gegen Null. Um den richtigen Ton zu treffen, muss die richtige Sprache von denen gesprochen werden, die sie beherrschen – den Jugendlichen selbst. In allen Kommunikationsmaßnahmen für die Zielgruppe sollten deshalb Jugendliche selbst Inhalt und Form maßgeblich bestimmen und als Vermittler der Botschaften auftreten. Bei allen Aktionen des Bündiger Kreis e.V. in Maintal bildete eine Kerngruppe von ca. 20 Jugendlichen das Schwergewicht der Kommunikatoren. Sie betreuten die Projektteams, führten die Telefonaktion durch, besuchten die Schulen und gestalteten die Werbemittel mit. Durch ihren Einsatz war sichergestellt, dass die Jugendlichen in einer ihnen gemäßen Form angesprochen wurden und auch überzeugt waren, dass es wirklich um ihre Anliegen geht. Auch die Homepage (www.jam-home.de) wurde von den Jugendlichen in eigener Verantwortung erstellt und inhaltlich gepflegt.

Einsatz der "klassischen" Medien

Aus den bisherigen Ausführungen zu schließen, dass für eine Kommunikationsstrategie bei der Vermittlung von Politikarbeit mit Jugendlichen die Tageszeitung keine Bedeutung besitzt, wäre zu kurz gegriffen. Schließlich gibt es neben den Jugendlichen selbst noch etliche andere Zielgruppen, die auch angesprochen werden müssen: die allgemeine Öffentlichkeit, Parteien, potentielle Sponsoren und Spender, Meinungsführer sowie potentielle, ehrenamtliche Mitarbeiter und nicht zu vergessen die Eltern, die es auch einzubeziehen gilt. Hier erweist sich die lokale Zeitung als ideales Medium.

Mehr als 80% aller Erwachsenen nutzen die Tageszeitung regelmäßig. Dabei werden lokale Berichte mit Abstand am meisten gelesen (85%), mit deutlichem Abstand gefolgt von Innenpolitik (68%) und Außenpolitik (53%).³⁴ Im Regelfalle bestehen gerade bei einer Kommune gute Beziehungen zu den örtlichen Zeitungen und Presseorganen. Eine konsequente Pressearbeit, die alle Stufen des Projekts mit Presseinformationen und Pressegesprächen begleitet, ist daher unumgänglich.

³⁴ Vgl. hierzu Institut für Demoskopie Allensbach, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, zitiert nach der Publikation *Medienspiegel*, Jahrgang 23, Nr. 42 vom 18. Oktober 1999, Beilage "Daten und Fakten zum Zeitungsmarkt", S. 6.

Nach Möglichkeit und soweit vorhanden, sollten auch regionale bzw. lokale Fernseh- und Hörfunkprogramme frühzeitig in die Pressearbeit mit einbezogen werden. Dabei sollte das ganze Spektrum an Instrumenten der Pressearbeit zum Einsatz kommen - von der Pressemitteilung am Beginn und am Ende einzelner Aktionen oder Maßnahmen über Pressegespräche, Interviews und Reportagen bis hin zu Redaktionsbesuchen und Hintergrundgesprächen. Bei Pressegesprächen oder Pressekonferenzen sollten Pressemappen mit Presseinformationen, Hintergrundinformationen und Redemanuskripten bereitgestellt werden. Falls vorhanden, sollten außerdem Pressefotos von Veranstaltungen und handelnden Personen beigelegt werden, um den Journalisten die Bebilderung ihrer Artikel zu erleichtern und ihnen einen visuellen Eindruck von dem Projekt zu vermitteln.

Wichtig ist auch, eine laufende Betreuung der Journalisten und Pressevertreter bei Veranstaltungen durchzuführen. Am Empfang sollte deswegen ein separater Pressecounter eingerichtet werden, bei dem die Journalisten die Presseunterlagen und Hilfestellung bei weitergehenden Fragen und Wünschen erhalten. Dabei hat es sich bewährt, auch (dazu entsprechend angeleitete) Jugendliche in die Pressebetreuung mit einzubeziehen.

Eine aktive und laufende Pressearbeit stellt sicher, dass die interessierte Öffentlichkeit möglichst breit und flächendeckend erreicht werden kann. Zudem haben die Presseveröffentlichungen einen positiven Nebeneffekt auf die Motivation der jugendlichen Mitarbeiter: Finden sie sich selbst als Träger der Botschaften, als Statementgeber und als Interviewpartner in der Zeitung wieder - vielleicht sogar mit Foto - fühlen sie sich in ihrer Arbeit bestärkt und ernst genommen. Sie erfahren damit ganz konkret, dass ihre Anliegen, wenn sie sie richtig formulieren und vortragen, in der Welt der Erwachsenen durchaus Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren. Gelingt es dann sogar noch, wie im beschriebenen Projekt geschehen, einen Jugendlichen gemeinsam mit Bundespräsident Johannes Rau in die Zeitung zu bekommen, gibt das nicht nur einen Extraschub für die jugendlichen Helfer, sondern auch eine Aufwertung der Aktion in den Augen der Mitbürger und Politiker vor Ort.³⁵

Medienkooperationen – der Schlüssel zu dauerhaftem Erfolg

Auch wenn es Manager und Politiker am liebsten so hätten – die Presse lässt sich nicht steuern. Journalisten lassen sich nicht gerne vor den publizistischen Karren einer Organisation oder einer Veranstaltung spannen. Ausnahme: es

³⁵ Vgl. hierzu die Zusammenfassung zu den Projekt-Presseartikeln in dieser Veröffentlichung.



gelingt, die Journalisten von der Idee und dem Sinn der Veranstaltung zu überzeugen. Bei einer Veranstaltung, die von einer Organisation wie dem Bündiger Kreis e.V. (BK) getragen wird, ist das relativ einfach: alle Mitarbeiter sind ehrenamtlich tätig, die Veranstaltungen werden mit Spendengeldern finanziert, der BK ist überparteilich und das Ziel, Jugendliche stärker für Politik zu interessieren und sie zur Vertretung ihrer Interessen zu animieren, dürfte auf allgemeine Zustimmung stoßen. Zumal wenn es sich wie hier um ein Projekt handelt, das in wesentlichen Teilen von den Jugendlichen selbst bestimmt und getragen wird.

Das Thema der Jugendpartizipation in der Kommune ist ein parteiübergreifendes Thema und sollte auch so behandelt werden. Gelingt es, das Thema weitgehend aus der Parteienauseinandersetzung herauszuhalten, steht auch der Weg für eine positive Pressebegleitung offen. Die Medien, als fünfte Gewalt im Staate, fühlen sich in der Regel der Allgemeinheit verpflichtet – speziell die Regionalzeitungen, die in ihrer Region fest verankert sind. Sie lassen sich damit durchaus für die Begleitung solcher Projekte gewinnen. Ziel muss es dabei sein, nicht nur einen Artikel mit Foto am Tag der Veranstaltung in die Zeitung zu bekommen, sondern eine dauerhafte Berichterstattung zu erreichen. So sollte nicht nur über die Veranstaltung, sondern nach Möglichkeit schon im Vorfeld über das Ereignis selbst und im Nachgang über die Ergebnisse und weiterführenden Aktionen berichtet werden. Um dies zu erreichen, bietet es sich an, die örtliche Zeitung und den lokalen Radiosender als mediale Sponsoren zu gewinnen. Sie sollten frühzeitig angesprochen und als Partner gewonnen werden. Dann ist die Pressearbeit erheblich leichter und verspricht, erfolgreicher zu sein.

Fazit:

Kommunikationsarbeit ist ein wichtiges Element in der politischen Jugendarbeit. Nur wenn sie flexibel auf ein breites Spektrum kommunikativer Maßnahmen setzt - von der Direktansprache der Jugendlichen in der oben gezeigten Art und Weise bis hin zur klassischen Pressearbeit – kann ein entsprechendes Ergebnis erzielt werden. Das ist sicher mit einem hohen Personaleinsatz und Engagement verbunden, aber der Erfolg der Projektpartner zeigt: Es lohnt sich!

Jugendbeteiligung im Blickpunkt

– Die hessische Situation

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl an unterschiedlichen Beteiligungsmodellen entstanden. Diese in Ansätzen einmal näher zu beleuchten, ist das Ziel des vorliegenden Beitrages. Sicherlich kann nicht auf alle und auch nicht erschöpfend auf die ausgewählten Best-Practice-Beispiele eingegangen werden. Das soll es aber auch nicht. Es soll auf verschiedene Initiativen hingewiesen und durch ein Benchmarking ein Trend herausgearbeitet werden, der es erlaubt, das in dieser Arbeitshilfe vorgestellte Modell in Maintal einzuordnen und es gleichzeitig zu ergänzen.

Welche Formen der Partizipation gibt es?

Genau wie es nicht „den Jugendlichen“ oder „den Politiker“ gibt, so kann man auch nicht von „dem Partizipationsmodell“ sprechen. Es haben sich viele differenzierte Modelle herausgebildet, die sich zum besseren Überblick in folgende Typen zusammenfassen lassen :

Verwaltungszentrierte Formen

Kinder- und Jugendbeauftragte, Kinderanwälte, Kinder- und Jugendbüros und Kinderkommissionen fallen unter diese Rubrik, allgemein tritt ein erwachsener Stellvertreter für die Belange der Jugendlichen ein.

Projektbezogene Formen

Sie bestehen aus zeitlich und thematisch klar abgegrenzten Aktionen, die meist die unmittelbare Lebens- und Erfahrungswelt der Jugendlichen betrifft (z.B. die Neugestaltung eines Spielplatzes oder die Einrichtung eines Jugendzentrums). Die Jugendlichen werden von der Verwaltung oder anderen Institutionen angesprochen und in die Planung eingebunden.

Repräsentative Formen

Dies sind beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente (z.B. im Vogelsbergkreis), Jugendstadträte (z.B. in Solingen) und Jugendgemeinderäte (z.B. in Esslingen). Die Mitglieder werden meist auf bestimmte Zeit gewählt, treffen sich regelmäßig zu Sitzungen und diskutieren bzw. entscheiden über Themen aus dem Bereich der Kinder und Jugendlichen. Meist können sie Anträge in die Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse einbringen und haben in der Regel dort auch Anhörungs- und Rederecht. Zu einer solchen Form hat sich

J.A.M. mittlerweile (selbst) entwickelt, allerdings mit offenen Elementen (vgl. Werkstattbericht).

Offene Formen / Formen direkter Demokratie

Offene Formen existieren in Form von Jugendforen (z.B. in Marburg und Dreieich), Jugendkonferenzen, Jugendhearings und Jugendvollversammlungen. Zu diesen offenen Treffen werden alle Jugendlichen eingeladen, diese stimmen über bestimmte Anliegen ab, bilden verschiedene Arbeitskreise und die daraus entwickelten Petitionen werden an die politisch Verantwortlichen weitergegeben. Eine solche Form war auch der „Erste Kreative Jugendkongress“ in Maintal (vgl. Werkstattbericht).

Laut einer Umfrage des Deutschen Jugendinstituts e.V. ist unter den von Kommunen durchgeführten Jugendbeteiligungsangeboten die projektbezogene Form die häufigste (70 %), gefolgt von den offenen Formen (35 %) und den repräsentativen Formen (20 %). Die verwaltungszentrierten Formen sind gesondert zu betrachten, da keine direkte Einbindung von Kindern und Jugendlichen erfolgt.³⁶

Politische Richtlinien und rechtliche Grundlagen

Dass bei der Einbindung von noch nicht Wahlberechtigten, d.h. den Kindern und Jugendlichen Nachholbedarf besteht, zeigt die Vielzahl der zwischenstaatlichen Vereinbarungen und nationalen gesetzlichen Regelungen. Diese mit Leben zu erfüllen ist nun Aufgabe der Kommunen. Hier eine Auswahl der für hessische Kommunen wichtigen Regelungen:

Die *UN-Kinderrechtskonvention* wurde 1989 von der UN-Vollversammlung verabschiedet und beinhaltet in Artikel 12 Abs. 1 die Zusicherung der Vertragsstaaten, auf die Meinung der Kinder angemessen einzugehen.

Die auf der „Rio-Konferenz“ (UNCED) 1992 verabschiedete „*Agenda 21*“ spricht sich explizit für die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen aus.

In Artikel 8 Abs.1 des *Kinder- und Jugendhilfegesetzes* (KJHG) wird die Verpflichtung der Jugendhilfe, Partizipation und Beteiligung von jungen Menschen zu sichern, verbindlich festgesetzt: *„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allem sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“*

³⁶ Vgl. Bruner, C. F./Winkhofer, U./Zinser, C. (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune - Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Deutschen Jugendinstitut e.V. München, S. 30. Befragt wurden 153 beteiligungsaktive Kommunen, in denen zum Teil auch mehrere Formen zum Einsatz kommen.

In Hessen wurde 1996 im *Hessischen Jugendbildungsförderungsgesetz* (JBFG) Partizipation von Jugendlichen als angestrebtes Ziel definiert und durch die Änderung des Artikel 4c der *Hessischen Gemeindeordnung* (HGO) 1998 neue Impulse in der Debatte über Beteiligungsmöglichkeiten ausgelöst.

Erfolgreiche Projektbeispiele

Wann kann man bei der Partizipation von Jugendlichen überhaupt von „Erfolg“ sprechen? Soll man die Höhe der Wahlbeteiligung, die Anzahl der sich beteiligenden Jugendlichen, die konkreten Projekterfolge, die Aktivierung bisher politisch Uninteressierter oder die Höhe des Etats als Grundlage zur Messung des Erfolges heranziehen? Oder ist nicht schon das bloße Faktum, dass sich Jugendliche engagieren und sich ein Modell etabliert hat der eigentliche Erfolg? Im folgenden sollen drei beispielhafte Modelle zeigen, dass man selbst ähnliche Ansätze kaum miteinander vergleichen kann, sondern immer sehr genau auf die spezifische Ausprägung des Modells zu achten ist, um es beurteilen zu können. Unzweifelhaft dürfte allerdings sein, dass diese Konzepte – wie auch J.A.M. - für eine erfolgreiche und beispielhafte Jugendaktivierung stehen. Ein erster Blick auf die Masse der Beteiligungsversuche zeigt allerdings, dass es sich bei den nun kurz skizzierten Beispielen als positive Ausnahmen von der Regel handelt.

Kreisjugendparlament des Vogelsbergkreises/Hessen

Hier werden an den Schulen des Kreises Vollversammlungen abgehalten, Kandidaten bestimmt und die Wahl an einem Wahltag durchgeführt. Mit 85,1% lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl zum Kreisjugendparlament sehr hoch, ist durch die enge Anbindung an die Schule aber nicht verwunderlich und mit SV-Wahlen zu vergleichen. Nähere Infos: www.vogelsberg-online.de

Kinder- und Jugendparlament Mücke (Vogelsbergkreis)

In den einzelnen Ortsteilen der Gemeinde werden offene Versammlungen abgehalten, die Kandidaten aufgestellt und an einem zentralen Ort an einem Wahltag gewählt. Bei der letzten Wahl lag die Wahlbeteiligung bei 15%, bei der ersten bei 11%, ohne Anbindung an die Schulen hat dieses Projekt zwar eine geringere Wahlbeteiligung, dafür aber einen höheren qualitativen Aktivierungsgrad. Nähere Infos: „www.muecke.vogelsberg-online.de“

Jugendgemeinderat Esslingen

An der dritten Wahl seit 1997 nahmen rund 5 % der 5.000 wahlberechtigten 14-19jährigen Jugendlichen teil, damit wurde eine Verbesserung zur letzten Wahl um 100 Stimmen erreicht. Das zeigt, dass eine kontinuierliche und langfristige Arbeit auch das Interesse der Jugendlichen steigern kann. Die Wahl-



möglichkeit bestand aus einer Präsenzwahl in einer Diskothek und erstmals einer Online-Wahl. Um online wählen zu können, musste man sich aus rechtlichen Gründen qualifizieren, d.h. einige bürokratische Hürden wie Anmeldung etc. überwinden (100 Jugendliche machten dies). Die neue Wahlform nutzten schließlich 30 Wahlberechtigte. Nähere Infos: www.jugendgemeinderat.esslingen.de

Jugendstadtrat Solingen (Nordrhein-Westfalen)

Hier werden an den Schulen Vollversammlungen abgehalten, Kandidaten nominiert und in einer Wahlwoche per Briefwahl (nicht angebunden an die Schulen) über die Kandidaten abgestimmt. Die Wahlbeteiligung liegt in Solingen bei über 50%! Die Stadt Solingen hat allerdings beträchtliche Mittel für die Betreuung und den Aufbau des Jugendstadtrats bereit gestellt. Ein hauptamtlicher Mitarbeiter kümmert sich ausschließlich um die Jugendlichen und der Jugendstadtrat hat einen recht großen Etat, mit dem Wahlparties, Kandidatenvorstellungen und ein hoher Werbeaufwand möglich sind. Nähere Infos: www.jugendstadtrat.de.

Auch in anderen Bundesländern, wie Schleswig-Holstein und vor allem Rheinland-Pfalz gibt es eine Reihe sehr innovativer Modelle. Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat mit der Leitstelle Partizipation (Kontakt: detlev.peters@mkjff.rlp.de; Tel. 06131/16-4607) eine landesweite Koordinierungsstelle eingerichtet, die Kommunen bei ihren Bemühungen unterstützt. In Köln (NRW) wird versucht, mit einem Gesamtetat von 90.000 DM in den einzelnen Stadtteilen Kinder- und Jugendforen zu gründen, die von freien Trägervereinen oder ABM-Kräften organisiert und betreut werden. Der Einblick zeigt, dass es möglich ist, durch entsprechende Bemühungen messbare und objektive Erfolge zu erzielen. Allerdings sind es eher wenige Best-Practice-Beispiele pro Bundesland und von einer erfolgreichen, flächendeckenden Einbindung der Jugendlichen ist man noch weit entfernt.

Wie ist die Situation in Hessen?

Viele unterschiedliche Projekte wurden auch in Hessen geschaffen und ihre Anzahl nimmt stark zu, aber eine Vernetzung und ein Erfahrungsaustausch fand – wie auch in den anderen Bundesländern (sieht man vom Beispiel Rheinland-Pfalz ab) – nur selten statt und wenn, dann i.d.R. erst nach der Institutionalisierung des Modells oder nur innerhalb der engen Grenzen eines Landkreises. So wird das Rad vielerorts immer wieder neu erfunden, eine Festlegung auf Grundprinzipien, auf die bei der Aktivierung Jugendlicher zu achten ist und ein Benchmarking, das voneinander lernen hilft – wie es Karsten Rudolf und Alexander Wicker in dieser Arbeitshilfe beschreiben und fordern – erfolgt nicht.

Über die bereits erwähnten Beteiligungsmodelle im Vogelsbergkreis hinaus sind für Hessen u.a. noch zu nennen: Gemeinden im Main-Taunus-Kreis (z.B. Bad Soden, Hattersheim, Kelkheim, Hofheim), Allendorf, Bad Schwalbach, Dreieich, Hessisch Lichtenau, Heuchelheim, Kassel (Beteiligungsmobil Rote Rübe), Kiedrich, Marburg, Marburg-Biedenkopf, Melsungen, Niederaula, Rodenbach, Offenbach, Schlangenbad, Schöffengrund, Schwalmstadt, Seligenstadt, Solms, Sulzbach, Weiterstadt, Wetzlar und Witzenhausen. Viele dieser Beteiligungsmodelle sind allerdings an die Schulen angebunden und nur wenige stellen offene Formen dar, sie differieren stark in den Befugnissen und Budgets, eine Reihe von ihnen stammen aus Initiativen einzelner Parteien und die Reichweite unter den Jugendlichen sowie die Legitimationsbasis ist sehr unterschiedlich. Die Heranführung an breite und allgemeine Wahlverfahren, die sich von einer SV-Wahl unterscheiden findet nur selten statt.

Neben diesen begrüßenswerten aber im Landesschnitt wenigen und zudem sehr heterogenen sowie unterschiedlich erfolgreichen Beispielen scheint es i.d.R. aber anders auszusehen. In vielen hessischen Städten und Gemeinden wurde der Versuch unternommen, Jugendvertretungen zu installieren oder zumindest in einer offenen Form die Jugendlichen an der Politik zu beteiligen. Diese Versuche waren durch die bereits im einleitenden Teil dieser Arbeitshilfe geschilderten negativen Merkmale gekennzeichnet (was auch bei einigen der o.g. Beispiele nicht anders war), die auch zum Konzept des Projektes J&P führten: Von „oben“ wurde versucht, ein Konzept über die Jugendlichen zu stülpen, es wurde wenig Werbung betrieben, es existierte kaum eine methodisch-didaktische Konzeption, die Interessen der Jugendlichen wurden nicht ausreichend berücksichtigt und je nach Ziel der Verwaltungsmaßnahme wählte man an einigen Stellen aus der Reihe der Anwesenden gleich ein paar Vertreter, um offiziell Jugendvertreter benennen zu können. Viele dieser Projekte verliefen nach dem ersten Treffen „im Sande“. Auffällig ist das Ergebnis: In kleinen Gemeinden wie Glauberg oder Mittelzentren wie Nidderau wurden nur 8 bzw. 15 Jugendliche erreicht, von denen die meisten bereits politisch oder im JUZ oder der SV aktiv waren. Selbst in größeren Städten wie Hanau wurden auf diese Weise einmalig nur 28 Jugendliche erreicht, die 5 Vertreter aus ihren Reihen wählten.

Eindeutig zu beobachten ist, dass die Modelle mit einem hohen Grad an Einbindung der Jugendlichen die besten Resultate erzielen und dass Modelle, die nicht auf die Jugendlichen eingehen, ihnen also „übergestülpt“ werden, kaum Zulauf finden und eine „Totgeburt“ sind. Die „Erfolgsmodelle“ sind nicht nach „Schema F“ auf alle Gemeinden übertragbar. Zu berücksichtigen sind sicherlich noch die unterschiedlichen Lebensumstände in den verschiedenen Gemeindetypen (vgl. Beitrag von Melanie Zeller und Marc Zeller in der vorliegenden Arbeitshilfe). Das Konzept muss auf die jeweiligen Bedingungen angepasst werden und die Jugendlichen von Anfang an in die Planung einbezie-



hen. Nicht nur der Modellversuch J&P mit der Gründung von J.A.M. zeigt dies, sondern auch eine Machbarkeitsstudie des Jugendbildungswerkes Gießen.³⁷

Das Benchmarking ist für die Kommunen, die ein Jugendbeteiligungsmodell planen, der erste wichtige Arbeitsschritt. Die von mehreren Jugendvertretungen betriebene Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugend- und politische Partizipation im 21. Jahrhundert (LAG JUP 21) kann zur Vernetzung bzw. Interessenvertretung der Initiativen beitragen und helfen, ein solches Benchmarking sowie eine wirkungsvolle landesweite Interessenvertretung durchzuführen. Mit der Sammlung der Aktivitäten verschiedener Kommunen hat die LAG JUP 21 bereits begonnen. Aufbauen kann sie hier wesentlich auf verschiedene Berichte: Berichte wie der von Benno Hafenecker³⁸ und der ältere „Anstöße III“³⁹ tragen zum Erfahrungsaustausch bei, wobei sich diese Berichte nur in Teilen auf kommunale politische Jugendbeteiligung beziehen und vor allem Jugendaktivitäten vorstellen. Darüber hinaus geht die bereits in der dritten Auflage erschienene und sehr empfehlenswerte Dokumentation *„Kinder und Jugendliche reden mit ... in Hessen“* des Hessischen Sozialministeriums, in der sich hessische Kinder- und Jugendvertretungen vorstellen.

Die vorliegende Veröffentlichung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Büdinger Kreis e.V. soll diese Berichte ergänzen und versuchen, durch die detaillierte Projektdarstellung und die weiterführenden Beiträge einen Schritt weiter zu gehen, eine Arbeitshilfe zur Schaffung von Beteiligungsmodellen zu bieten sowie bereits im Vorfeld Vernetzung und einen Informationsaustausch zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird sie kostenlos an alle Beteiligten (Kommunen, Volkshochschulen, Jugendbildungswerke etc.) verschickt.

³⁷ Vgl. Jugendbildungswerk Gießen (1999): Dokumentation über die Bestandsaufnahme zur Entwicklung eines Partizipationsmodells für Jugendliche der Universitätsstadt Gießen. Gießen.

³⁸ Hafenecker, B./Klose, C./Niebling, T. (2001): Aktionsprogramm Partizipation im Rahmen des Hessischen Jugendbildungsförderungsgesetzes - Zwischenbericht. Herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium. Wiesbaden.

³⁹ Münkler, H./Paatsch, W./Schmidt, A./Zeige, T. (Hrsg.) (1998): Anstöße III - Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Beispiele kommunaler Jugend- und Jugendbildungsarbeit in Hessen. Darmstadt. Restexemplare erhältlich bei der HLZ (Fachreferat Internationale Jugendarbeit).

Anhang

1. Literatur, Links, Kontakte - Auswahl erster weiterführender Hinweise
2. Bauplan „Kommunale Jugendbeteiligung“
3. Anhang zum Werkstattbericht
 - Ablauf Erster Kreativer Jugendkongress (KJK1)
 - Werbeelemente
 - A) Plakat zum KJK1
 - B) Einladungsschreiben zum KJK 1
 - C) Antwortkarte zum KJK 1
 - D) Telefonleitfaden
 - E) Einladungsschreiben zum KJK
 - Jingletext des KJK 1
 - Ergebnisschreiben - Die Forderungen des KJK1
 - Die Petition des KJK 2 - Der institutionelle Rahmen der Jugendbeteiligungsform
 - Stimmzettel
 - Die Satzung von J.A.M. - Jugend Aktiv für Maintal
 - Wettbewerbsausschreibung „Logo für J.A.M.“

Literatur, Links, Kontakte zu Jugendpartizipationsmodellen -

Auswahl erster weiterführender Hinweise

Bartscher, M. (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg i.B.

Blanke, H./Hovenga, B./Wawriczny, S. (Hrsg.) (1993): Handbuch Kommunale Kinderpolitik. Ansätze, Anregungen und Erfahrungen konkreter Kinderpolitik. Münster.

Bruner, C. F./Winklhofer, U./Zinser, C. (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune - Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Deutschen Jugendinstitut e.V. München.

Bukow, W. D./ Spindler, S. (Hrsg.) (2000): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Opladen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1996): Ziele und Wertvorstellungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Erschienen in der Reihe „KABI - Konzertierte Aktion Bundes Innovationen“. Nr. 28. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgergesellschaftlichem Engagement. Bd. 1-3. Berlin.

Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.): Jugendpolitik. Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings. Heft 4/93. Schwerpunktheft Kinder: Mitbestimmung, Partizipation, Politik. Bonn.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.) (1993): Parlament der Kinder. Eine Arbeits- und Argumentationshilfe zur Schaffung von Kinderparlamenten in Gemeinden und Städten. Berlin.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.) (1999): Kompetente Kids. Kinder als Kommunikationspartner und Verbraucher in der Informationsgesellschaft. Dokumentation des Bundeskongresses am 15./16. Mai 1998 in Minden. Berlin.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.) (1997): Mitreden - Mitplanen - Mitmachen - Kinder und Jugendliche in der Kommune. Berlin.

Deutscher Kinderschutzbund e.V./Magistrat der Universitätsstadt Marburg (Hrsg.) (1997): Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadtgestaltung“ - Kriterien und Vorschläge zur Umsetzung. Marburg.

Frädrich, J./Jergler-Bachmann, I. (1995): Kinder bestimmen mit - Kinderrechte und Kinderpolitik. München.

Glinka, H.-J./Neuberger, C./Schorn, B./Stange, W./Tiemann, D. u.a. (1999): Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder. Erschienen in der Reihe „Materialien zum 10. Kinder- und Jugendbericht“ des Deutschen Jugendinstituts. München.

Hafenecker, B. (Hrsg.) (1997): Handbuch politische Jugendbildung. Schwalbach/Ts.

Hafenecker, B./Klose, C./Niebling, T. (2001): Aktionsprogramm Partizipation im Rahmen des Hessischen Jugendbildungsförderungsgesetzes – Zwischenbericht. Herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium. Wiesbaden.

Hermann, M. C. (1996): Forschungsprojekt „Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg“ der PH Weingarten. Auf der Suche nach der idealen Partizipationsform. Entnommen aus dem Internet am 05.06.00 unter www.ph-weingarten.de/homepage/hochschule/projekte/interne3.html

Hessischer Jugendring (Hrsg.) (2000): Hessische Jugend – Zeitschrift des Hessischen Jugendrings Heft 1/00. Schwerpunktheft Beteiligung, Partizipation, Planung. Wiesbaden.

Hessisches Sozialministerium/Landesjugendamt Hessen (Hrsg.) (1998): Kinder reden mit ... in Hessen. Eine Selbstdokumentation von Kinderbeauftragten, Kinderbüros, Kinder- und Jugendparlamenten und Jugendforen. 1. Auflage. Kassel.

Hessisches Sozialministerium/Landesjugendamt Hessen (Hrsg.) (2000): Kinder reden mit ... in Hessen. Eine Selbstdokumentation von Kinderbeauftragten, Kinderbüros, Kinder- und Jugendparlamenten und Jugendforen. 3. Auflage. Kassel.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) (1994): Auf der Seite der Kinder – Kinderbeauftragte in Deutschland. Frankfurt a.M.

Jugendbildungswerk Gießen (1999): Dokumentation über die Bestandsaufnahme zur Entwicklung eines Partizipationsmodells für Jugendliche der Universitätsstadt Gießen. Gießen.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000 – 13. Shell-Jugendstudie. Opladen.

Kern, U.-M./Waldmann, K. (Hrsg.) (2000): fit for politics – Projekte lebensweltorientierter politischer Jugendbildung. Fachforum im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.) (1995): Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum. Dokumentation einer Tagung. Kiel.

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1998): Wählen ab 16 ... und was ist vorher? Tagungsdokumentation. Düsseldorf.

Münkler, H./Paatsch, W./Schmidt, A./Zeige, T. (Hrsg.) (1998): Anstöße III - Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Beispiele kommunaler Jugend- und Jugendbildungsarbeit in Hessen. Darmstadt. Restexemplare erhältlich bei der HLZ (Fachreferat Internationale Jugendarbeit).

Palentien, C./Hurrelmann, K. (1997): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied, Kriftel und Berlin.

Rudolf, K./Wicker, A. (2000): Jugend im Parteienstaat - Ein Plädoyer für Konzeptvielfalt und einen offenen Prinzipienkatalog bei der Aktivierung Jugendlicher. In: Praxis Politische Bildung (PPB). Heft 4/00. Baden-Baden, S. 250-259.

Rudolf, K./Zeller, M. (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts.

Schick, B./Kwasniok, A. (2000): Die Rechte der Kinder von logo einfach erklärt. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.

Schröder, R. (1995): Kinder reden mit. Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim und Basel.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2000): Im Blickpunkt: Jugend in Deutschland. Wiesbaden.

Stiftung MITARBEIT (Hrsg.) (1993): Kinderpolitik Kinderbeteiligung. Konzepte - Modelle - Materialien. Bonn.

Stork, R. (1995): Jugendhilfeplanung ohne Jugend? Chancen der Partizipation am Beispiel der Jugendarbeit. Votum Verlag.

Programme und thematische Veröffentlichungen der politischen Parteien und ihrer Jugendorganisationen lassen sich immer als Referenzquelle für den überparteilichen Willen zur Jugendbeteiligung heranziehen.

Infostelle Kinderpolitik:

www.kinderpolitik.de

Deutsches Kinderhilfswerk:

www.dkhw.de

Hessische Landeszentrale für politische Bildung mit Links zu Seiten rund ums Thema Jugend und Politik:

www.hlz.hessen.de/links/kinder.html

Landesarbeitsgemeinschaft für Jugend- und politische Partizipation im 21. Jahrhundert (LAG JUP 21) mit Links zu hessischen Jugendbeteiligungsformen:



www.hessen.junetz.de

Leitstelle Partizipation Rheinland Pfalz:

www.net-part.rpl.de

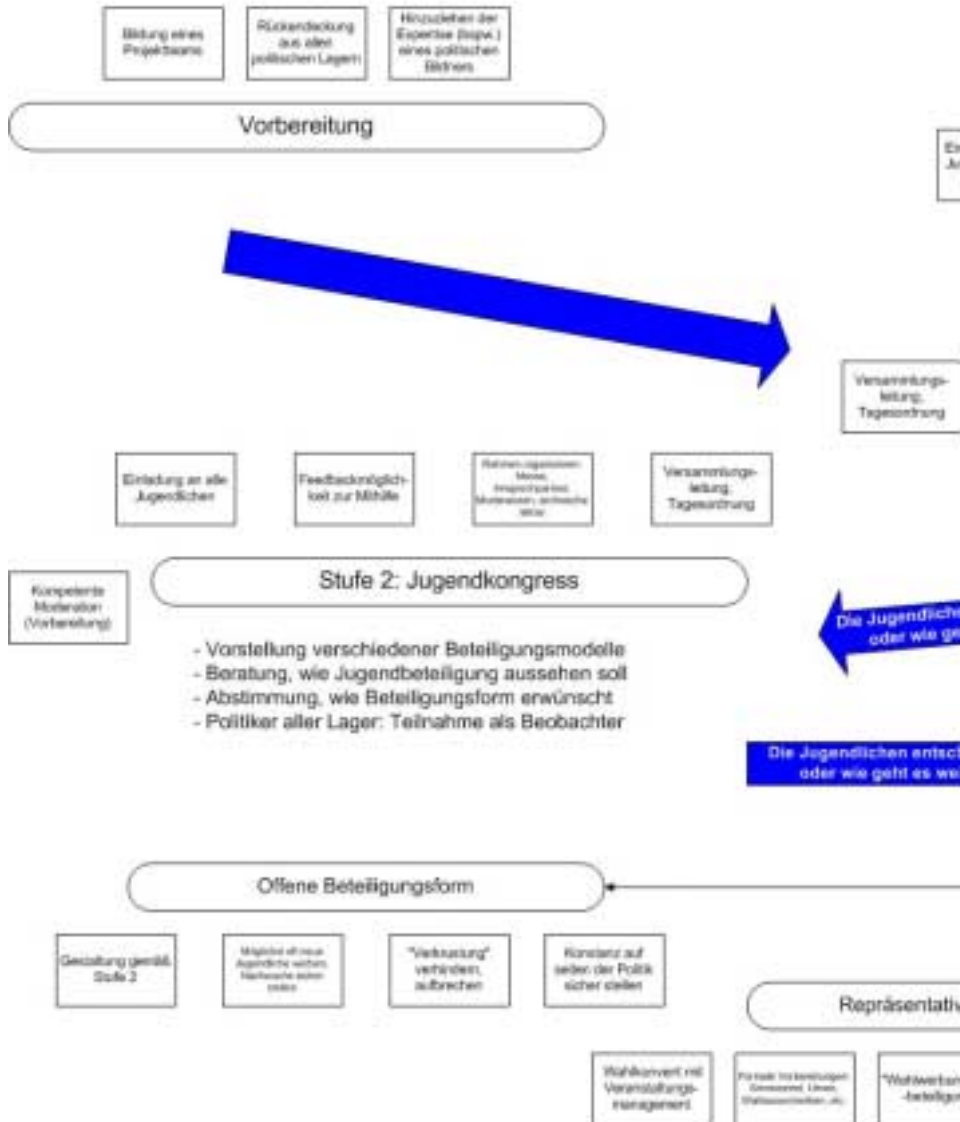
PETO ist eine kommunale Partei Jugendlicher und eine ganz andere sowie sehr politische Form der Beteiligung, die 6,1 % der Stimmen bei der Kommunalwahl erhielt:

www.peto-partei.de

Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit hat auch zur Kinder- und Jugendbeteiligung einiges zu bieten:

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

"Bauplan" für eine kommunale Jugendkonferenz





Digitale Jugendbeteiligung



Stufe 1: Jugendvollversammlung

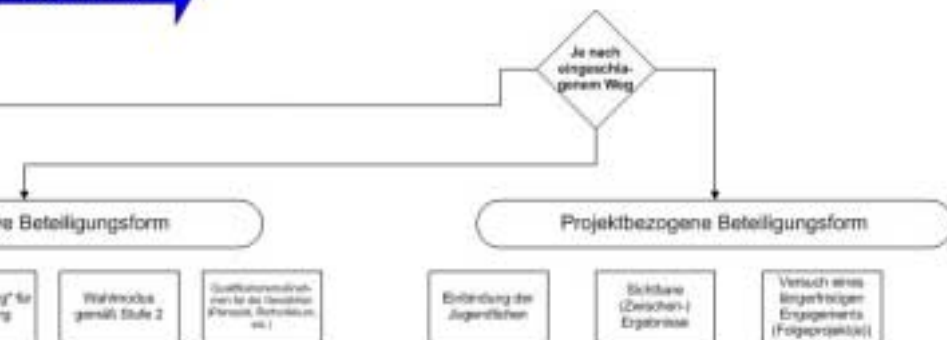
Notwendige Ressourcen:
Mittel, Auspersonnen, (Mitarbeiter, Sachverständige, etc.)

- Offenes Forum für Probleme der Jugendlichen
- Gemäß Feedbackbögen Workshops organisieren
- Abstimmung, ob Beteiligungsform erwünscht
- Politiker aller Lager: Teilnahme als Ansprechpartner

Entscheiden: Bleibt es dabei? So vielleicht?

Stufe 3: Implementierung Jugendvertretung

Entscheiden: Bleibt es dabei? So vielleicht?



Kreativer Jugendkongress

Maintal, 25. März 2000

-Tagesablauf-



Eine Initiative des Büdinger Kreis e.V.

08.30 Uhr Shuttle-Busse

09.00 Uhr Einlauf

09.15 Uhr Beginn mit Begrüssung

-Plenum-

Gemeinsame Präsentation des Projekts durch Büdinger Kreis e.V. und Hessische Landeszentrale für politische Bildung weiterer Ablauf des Tages, Workshopzuordnung

10.00 Uhr Pause

10.15 Uhr Workshops (Brainstorming / Teilnehmer unter sich)

Freizeitmöglichkeiten
für Jugendliche

Jugendbeteiligungs-
möglichkeiten

Umweltpolitik

Drogen - ein Problem
in meiner Heimatstadt?

Was soll sich
in Maintal ändern?

12.00 Uhr Mittagessen

Möglichkeit zum Rundgang über die Messe

13.00 Uhr Fortsetzung der Workshops (Aufbereitung erster Ergebnisse für eine Präsentation / Ausblick und Diskussion mit Experten)

14.30 Uhr Kaffeepause

Möglichkeit zum Rundgang über die Messe

15.00 Uhr Präsentationen "Jugendliche reden - Politiker antworten"

-Plenum mit Bürgermeister und den Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktionen-

17.15 Uhr Büdinger Kreis e.V. - Weiterer Projektverlauf, Meinungsbildung

17.30 Uhr Schlussworte des Bürgermeisters und Ausblick

17.45 Uhr Ende der Veranstaltung





Ihr seid

14-18 Jahre alt ... wer vertritt

Eure

Interessen?



Eine Initiative des Büdinger Kreis e.V.

Ihr selbst!

Am Samstag, 25. März 2000 beim
1. Kreativen Jugendkongress in Maintal

Ihr hört von uns,
oder ruft einfach an: **06181 / 400-716**

Wir wollen mit Euch
die Themen diskutieren, die
Euch **interessieren**.
Aber dafür müsst Ihr **mitmachen**.

Ort und Zeit: 25. März 2000, Bürgerhaus Bischofsheim, 9 Uhr bis 17:30 Uhr - Bustransfer möglich! - Bitte anmelden!



**Meinst Du, Deine Interessen werden in Maintal
ausreichend vertreten? Viele Jugendliche mei-
nen:**

Nein.

Das soll anders werden!



In den letzten Wochen hat die Stadt Maintal gemeinsam mit dem Büdinger Kreis e.V. und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung eine Umfrage an Maintaler Schulen durchgeführt, um einen "Kreativen Jugendkongress" vorzubereiten. Das besondere daran: Hier habt Ihr - das heißt alle Maintaler Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren - die Möglichkeit, Eure Anliegen miteinander zu diskutieren und unmittelbar den politisch Verantwortlichen Lösungen vorzuschlagen. Im Mittelpunkt dieser Tagesveranstaltung steht Ihr! Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dass Ihr die beiliegende Antwortkarte ausfüllt, damit wir erfahren, welche Themen Euch interessieren. Einen kleinen Einblick konnten wir schon anhand der Umfrage gewinnen. Die auf der Antwortkarte aufgelisteten ersten Themenvorschläge sind Eure Aussagen.

Also:
am Samstag, **25. März 2000** beginnt um **09:00 Uhr** der Kongress
in der Stadthalle in Maintal-Bischofsheim. -
Wer möchte, wird mit einem Sonderbus in seinem Stadtteil abgeholt.

Neben der Arbeit in den Workshops habt Ihr die Möglichkeit, auf einer Messe Organisationen kennenzulernen, die sich eingehend mit dem Thema Jugendengagement beschäftigen (bspw. Parteien, Bundeswehr, Bundesamt für Zivildienst, BUND, etc.). Für Verpflegung ist gesorgt!

Die Veranstaltung endet gegen **17.30 Uhr**.

Es muss übrigens nicht bei diesem Kongress bleiben, was das Thema Jugendbeteiligung in Maintal angeht! Mehr dazu beim Kongress...

Wichtig ist, dass Ihr die beigegefügte **Karte** an die Stadt Maintal schickt, oder in einer Maintaler Schule in eine dafür vorgesehene Box werft. Oder ruft uns einfach an: **06181 / 400-716**



**A b s e n d e r :**

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Alter _____

Stadtteil _____

Bitte ausreichend
frankieren oder
kostenfrei in eine
der Boxen an
Maintaler Schulen
werfen

An Stadt Maintal
FD Jugendarbeit
Klosterhofstraße 4-6

63477 Maintal

Bus wird benötigt:

 ja nein
Ich nehme verbindlich teil / nicht teil

(Nichtzutreffendes streichen)

Folgende Themen sind mir besonders wichtig

(max. zwei ankreuzen)

- Was soll sich in Maintal ändern ?
- Beteiligungsformen für Jugendliche
- Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche in Maintal
- Drogen - ein Problem in meiner Heimatstadt ?
- Jugendarbeitslosigkeit
- Umweltpolitik in Maintal
- Politik, ist das was für uns ?

Neben diesen Themen interessiert mich brennend:

Anrufleitfaden Telefonnachfass Einladungen zum Ersten Kreativen Jugendkongress

[erste Orientierung und Argumentationshilfe für die Jugendlichen, die beim Telefonnachfass mithalfen]

Schönen guten Tag, mein Name ist ... von der Stadt Maintal.

- a) Ich rufe an, wegen dem Jugendkongress am 25. März und würde gerne ... sprechen. Ist er/sie denn da? / Spreche ich mit ...?
 b) Könnte ich bitte ... sprechen? / Spreche ich mit ...?

Mutter/Vater: Um was geht es denn? Ja, sage ich Ihnen gerne, Herr/Frau (wenn Zielperson nicht erreichbar ist, Eltern für die Idee gewinnen und um Zusendung der Karte bitten, wenn Interesse besteht)

Kontaktperson: Hallo, ist denn die Einladung zum Jugendkongress bei Dir angekommen? ... Und, hast Du Zeit und Lust zu kommen / Können wir mit Dir rechnen? ... Wichtig ist, daß Du die Karte ausfüllst und einwirfst. Oder soll ich die Daten gleich am Telefon aufnehmen? Beachte aber, dass es schon verbindlich ist. Denn wir müssen das Mittagessen bestellen, die Busse mieten etc. Mach doch auch Werbung bei Deinen Freunden. Wichtig ist nur, daß Sie sich anmelden!

Einwandbehandlung für harte "Nüsse": Was interessiert Dich denn für ein Thema? Was willst Du denn, dass sich ändern soll? Was nervt Dich denn besonders in Maintal? Wie findest Du denn das Freizeitangebot hier in Maintal? Findest Du, daß die Politik unsere Interessen genug vertritt?

Antwort ...

Gerade deshalb, solltest Du zum Kongress kommen.

Hintergrundinfos/Textbausteine:

Die Stadt Maintal, der Büdinger Kreis e.V. (*für Nachfragen:* der BK ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verein zur politischen Bildung, der überregional mit dem Schwerpunkt Jugend tätig ist) und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung veranstalten am Samstag, den 25. März einen Jugendkongress im Bürgerhaus Bischofsheim, zu dem alle Maintaler Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren eingeladen wurden. Hier besteht die Möglichkeit, in Arbeitskreisen Themen zu besprechen, die die Jugendlichen / wir selbst vorgeschlagen haben und hier können die Teilnehmer / wir ihre / unsere Interessen formulieren und sie später den Politikern vortragen.

Ich bin selbst ... Jahre alt und organisiere den Kongress mit. Ich habe mir die Sache genau angehört und Ideen mit anderen Jugendlichen zusammen eingebracht. Hier haben wir endlich einmal die Gelegenheit, unsere Interessen zu sammeln und über das zu reden, was uns interessiert. Wir bestimmen die Entwicklung. Es ist aber wichtig, dass viele Jugendliche hinkommen. Denn sonst sagen die Politiker wieder, dass wir ja nicht interessiert seien und hören noch weniger auf uns. Dann wird gar nichts mehr für uns gemacht.

Stichworte zum Kongress:

- Beginn 9.00 Uhr, Ende 17.30 Uhr (bitte verbindlich durchgehend da sein!)
- Shuttle-Service möglich (Bedarf anmelden - Zeiten werden noch durchgegeben)
- Viele Pausen, mit der Möglichkeit andere Jugendliche kennenzulernen
- Für Mittagessen ist gesorgt
- Organisation in Arbeitskreisen (Themen vorschlagen, was zum Schreiben mitbringen) - 15.00 Uhr Vorstellung der Ergebnisse
- Messe im Foyer mit Möglichkeit zur Begegnung mit engagierten Jugendlichen und vielen Infos



Einladung

zum 3. Maintaler Jugendkongress

Nervt es dich nicht, dass du nicht mitbestimmen kannst was in deiner Stadt abgeht?

Dann bist du nicht allein!!

JAM – Jugend aktiv für Maintal – will es den Politikern in Maintal zeigen!

JAM ermöglicht dir deine Vorstellungen eines cooleren Maintal mit Freunden und anderen Jugendlichen deines Alters durchzusetzen. Du kannst deine Vorstellungen entweder einem / einer von dir zu wählenden Vertreter / Vertreterin darlegen oder du kannst selbst der Vertreter / die Vertreterin sein. Das einzigen was du tun musst, ist zum

3. Jugendkongress am 10. Februar 2001 zu kommen.

Was? Nominierung und Kennenlernen der Jugendvertreter / Jugendvertreterinnen

Wo? Bürgerhaus Bischofsheim

Wann? Samstag, 10. Februar 2001 um 11:00 Uhr bis ca.
16:00 Uhr

Wer? DU!!!

Euer JAM-Team

Jingle-Text Erster Kreativer Jugendkongress in Maintal am 25. März 2000

*Text zu Beginn der Veranstaltung
(alle Textpassagen sind mit dynamischer Musik unterlegt):*

Aufmerksamkeitssetzer durch Kanzlerwort

- Jugendbeteiligungsformen - wie entwickeln wir ein Sprachrohr für die Jugend in Maintal?
- Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche - was soll sich in Maintal ändern?
- Umweltpolitik - hier kann sich noch vieles ändern.
- Drogen - ein Problem in meiner Heimatstadt? Was kann ich tun?

Das sind die Top-Themen, die Ihr vorgeschlagen habt. Darum und um Euch wird sich heute alles drehen.

Die Stadt Maintal,
die Hessische Landeszentrale für politische Bildung
und
der Büdinger Kreis e.V.
heißen Euch herzlich willkommen zum 1. Kreativen Jugendkongress in Maintal.

Der Kongress heute soll Euch die Möglichkeit bieten, mit Gleichaltrigen über Themen Eurer Wahl zu sprechen.
In kleinen Workshops werdet Ihr Euch kennenlernen und heute Vormittag zunächst die Probleme beim Namen nennen. Daraus entwickelt Ihr dann erste Forderungen.

Nach der Mittagspause habt Ihr die Gelegenheit, mit Experten Eure Gedanken zu diskutieren und abschließende Forderungen oder geplante Initiativen in einer Präsentation aufzustellen.

Um 15.00 Uhr heißt es dann: "Jugendliche reden - Politiker hören zu." Durch Präsentation der einzelnen Workshopergebnisse werdet Ihr den führenden Politikern der Stadt Maintal Eure Forderungen und Gedanken vorstellen.

Also: Nun seid Ihr dran!! Es sind Eure Themen, es ist Eure Veranstaltung, es ist Eure Zukunft!!!"

Text zum Ende der Veranstaltung (dito):

„Das war er:

Der 1. Kreative Jugendkongress in Maintal.

Ihr habt Eure Interessen formuliert - jetzt ist die Politik gefordert, diese ernst zu nehmen und darauf zu reagieren.

Ihr habt aber auch eigene Initiativen entwickelt, die Ihr voranbringen wollt. Wie sich diese entwickeln und ob es dabei bleibt, liegt bei Euch. Wir vom Organisationsteam stehen Euch jederzeit zur Seite.

Eigene Entscheidungen zu treffen, heißt aktiv zu werden. Aktiv für ein Maintal, das allen die Chance bietet, an der eigenen Zukunft mitzuwirken.“



Ergebnisschreiben zum Ersten Kreativen Jugendkongress in Maintal

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 25. März 2000 fand im Bürgerhaus Bischofsheim der Erste Kreative Jugendkongress der Stadt Maintal statt. Über 90 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren haben in verschiedenen Workshops ihre Interessen diskutiert und Positionen erarbeitet, die Ihnen stellvertretend für alle Maintaler Politikerinnen und Politiker im Anschluss persönlich vorgestellt wurden.

Leider haben wir seit diesem Termin keinerlei Rückmeldung von Ihnen erhalten, sei es über Ihre Meinung zur Veranstaltung, den Diskussionsstand zum Thema Jugendbeteiligung in Ihrer Partei bzw. Fraktion oder gar über erste Überlegungen zur Umsetzung einzelner Maßnahmen in der Stadt Maintal.

Mit diesem Schreiben wollen wir noch einmal zusammenfassend die Vorschläge und Wünsche der Jugendlichen in Erinnerung rufen, bevor sich am 17. Juni 2000 der 2. Kreative Jugendkongress eingehend mit dem Thema Jugendbeteiligung auseinandersetzen wird.

Die Arbeit der Jugendlichen war gegliedert in fünf Workshops zu insgesamt vier Themen:

Workshop:	Arbeitsergebnisse:
1. Jugendfreizeitmöglichkeiten	<p>Das Ergebnis wurde eingeklammert von einer ideellen Forderung nach mehr Toleranz für Jugendliche und ihre Belange. Zu diesem Ziel wollen die Jugendlichen selbst durch einen Stand in der Stadt beitragen, an dem sie Interviews mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Damit wollen sie für mehr Verständnis werben.</p> <p>Konkret haben sie folgende Vorstellungen von Verbesserungen der Jugendfreizeitmöglichkeiten in Maintal:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein „Jugendcafé“ in Bischofsheim, mehrstöckig, im EG ein Café, im 1. Stock Internetanschluss, im Keller ein „Partyraum“. Hierzu sind die Jugendlichen bereit, umfangreiche Eigenleistungen einzubringen, und zwar sowohl in Gestaltung als auch in Unterhaltung des Cafés. - Modernisierung der Jugendzentren in den Stadtteilen, wobei nach ihrer Meinung das in Dörnigheim beispielhaft dienen kann. Eine Modernisierung stünde in Bischofsheim, Hochstadt und Wachenbuchen dringend an, im letzteren Fall wäre sogar ein neuer Raum vonnöten. - Es sollte eine Broschüre geben, in denen die in der Stadt von verschiedenen Trägern angebotenen Jugendreisen zusammengefasst veröffentlicht werden. - Folgende frei zugängliche Sportanlagen sollten eingerichtet werden: Basketballplatz in Bischofsheim, Tischtennisplatten in Hochstadt und Halfpipe mit Funbox in Bischofsheim. - Statt einer vielleicht nicht zu realisierenden festen Disco in Maintal sollte es regelmäßige Discoververanstaltungen bspw. im Bürgerhaus Bischofsheim geben. - Im städtischen Schwimmbad sollten mehr Spaßaccessoires eingerichtet werden. - Eine bessere Verkehrsanbindung ist ebenso wünschenswert und wird zudem als Grundlage für alle Verbesserungen bei den Jugendfreizeitmöglichkeiten angesehen. Trotz der lobenswerten Hinweise auf das Ruftaxi und das neue Buskonzept 2001 bleibt die Forderung bestehen. Der angebotene Dialog mit dem RMV sollte unbedingt im geplanten Rahmen stattfinden. - Die Jugendlichen selbst sind bereit, für die Umsetzungen ihrer Vorstellungen auch Spenden aus der Bevölkerung zu sammeln, selbstverständlich nach positivem Signal aus der Politik, bspw. der Nennung der Höhe des geforderten Eigenanteils der Jugendlichen.

2. Drogen – ein Problem in meiner Heimatstadt?	<p>Der Workshop setzte sich durchaus kritisch mit dem Thema Drogenkonsum in Maintal auseinander. Aus dem Plenum wurde zudem klar geäußert, dass an Maintaler Schulen „gekitft und gedealt“ würde. Als Vorschläge, gegen das „Drogenproblem“ vorzugehen, wurden folgende Ergebnisse erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sollten Zigarettenautomaten nicht schwerer zugänglich gemacht werden? - Es sollten mehr Kontrollen im Einzelhandel durchgeführt werden, da nach dem Eindruck der Teilnehmer auch Jugendliche unter sechzehn Jahren Zigaretten und Alkohol erwerben können. - In der Gastronomie sollten Zonen für Raucher und für Nichtraucher eingerichtet werden. - Die Werbung für Alkohol und Zigaretten sollte eingeschränkt werden. - Statt den Folgen von Sucht zu begegnen, sollten Präventivmaßnahmen verstärkt werden. - In den Schulen sollten Drogenberater die Aufgabe der Vertrauenslehrer übernehmen, um deren Nähe zur Schule zu umgehen.
3. Umweltpolitik	<p>Vor allem im Workshop zum Thema Umweltpolitik wurden sehr konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Lage in Maintal gemacht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es werden mehr öffentliche Grünflächen gefordert, und die Freizeitqualität Maintals zu erhöhen. - Freizeitmöglichkeiten sollten sich in zweierlei Hinsicht mehr an der Natur orientieren: Sie sollten mehr in der Natur stattfinden, aber gleichzeitig mehr auf dieselbe Rücksicht nehmen. - Vor allem selbst (d.h. durch die Bürgerinnen und Bürger) angelegte Grünflächen böten bessere Identifikations- und damit bessere Erhaltungsmöglichkeiten. - Die Müllproblematik bedarf einer Aufklärungsinitiative. - Auch das Thema Energiesparen kann zunächst durch mehr Aufklärung und auch Werbung angegangen werden. - Die Seen und Flüsse der Umgebung könnten von Jugendlichen gesäubert werden. Eine Alternative bzw. Ergänzung wären Menschen, die gerichtlich angeordnete Arbeitsstunden ableisten. - Die Bäume an der Albert-Einstein-Schule im Bereich der Sportanlagen sollen nicht gefällt werden – hierüber sollte mit den SchülerInnen gesprochen und diskutiert werden.
4. Jugendbeteiligung	<p>Im Einzelnen soll diese Thematik am 17. Juni 2000 beim von allen Jugendlichen beschlossenen Zweiten Kreativen Jugendkongress noch einmal ausgearbeitet werden. Die folgenden Vorschläge bieten also lediglich eine Übersicht über den Diskussionsstand:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine ständige Vertretung erscheint sinnvoll, da der Diskussionsbedarf groß ist. - Kein starres Jugendparlament, es soll eine „lebendige“, d.h. „lebende und lernende“ Organisationsform gefunden werden, - Ein Kreativer Jugendkongress (KJK) sollte regelmäßig stattfinden, intensive Nachbereitung erscheint sinnvoll, damit Verbesserungen beim nächsten Mal eingearbeitet werden können. - Um dem Willen aller Jugendlichen näher zu kommen, wären Umfragen zu Sachthemen dienlich. - Vom KJK gewählte Jugendvertreter könnten als Ansprechpartner für die Politiker dienen, denen im regelmäßigen Gespräch der Wille der Jugendlichen der Stadt Maintal nähergebracht werden könnte. - Nach Bedarf finden Treffen der gewählten Vertreter statt.



Wir hoffen, dass diese Anregungen, Vorschläge, aber auch ganz konkrete Forderungen der Maintaler Jugendlichen als das angesehen werden, was sie sind: Die berechnete, demokratische Willensbildung eines Teils der Bevölkerung Maintals, die in dieser Form bislang noch nicht stattgefunden hat. Das ist eine Chance, die die Politik nicht vertun darf. Die Jugendlichen werden sehr genau beobachten, welche Ihrer Vorschläge umgesetzt werden und welche nicht und aus welchem Grund. Nichts wäre verheerender, als wenn das von den politisch Verantwortlichen der Stadt Maintal nicht ernst genommen würde.

Bitte informieren Sie uns **bis zum 10. Juni 2000** über Ihre Haltung und die Ihrer Fraktion gegenüber den Vorschlägen, so können wir den Jugendlichen am 17. Juni einen Zwischenstand geben.

Gerne stehen wir Ihnen für ein Gespräch oder Informationen zum Projekt persönlich in den Parteigremien zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Jugendlichen der Stadt Maintal

Karsten Rudolf, M.A.
Büdingen Kreis e.V.

Brigitte Vollprecht
Fachdienst Jugendarbeit der Stadt
Maintal

Axel Knoblich, M.A.
Hess. Landeszentrale für politische
Bildung

Petition



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

am 17. Juni 2000 trafen sich die Maintaler Jugendlichen zu ihrem 2. Kreativen Jugendkongress (KJK2) auf dem Gelände der Albert-Einstein-Schule in Bischofsheim. Einen ganzen Nachmittag lang nutzten die jungen Bürgerinnen und Bürger nach der Vorbereitung durch den 1. Kreativen Jugendkongress (KJK1) im März diesen Jahres die Gelegenheit, den Rahmen für eine selbst gestaltete Jugendvertretung in der Stadt Maintal zu stecken.

Folgendes Modell (Mischform aus Elementen der repräsentativen und offenen Form der Jugendbeteiligung) wird von den Jugendlichen getragen:

1. Einmal im Jahr findet ein KJK statt, zusätzlich zu einer repräsentativen Befragung unter den Maintaler Jugendlichen. Zielgruppe bleiben jeweils die Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren. Mit dem Instrument der Befragung soll die Entscheidungsgrundlage verbreitert werden, da die Erfahrung zeigt, dass ein Kongress gar nicht dafür ausgelegt sein kann, 1.800 Jugendliche zu versammeln – man bedenke allein die unterschiedlichsten Interessenslagen. Der jährliche Kongress dient dann der weiteren Interessenformulierung und dem Verhindern einer „Entfremdung“ zwischen den Maintaler Jugendlichen und ihren gewählten Vertretern.
2. Es wird ein gewähltes Vertretergremium geben, das sich folgendermaßen zusammensetzt:

Altersstufe:	Vertreter:
13	2-3
14	2-3
15	2-3
16	2-3
17	2-3
18	2-3

Damit hat das Vertretergremium zwischen 12 und 18 Mitglieder. Zusätzlich soll darauf geachtet werden, dass jeder Stadtteil mindestens zwei „Abgeordnete“ in das Vertretergremium entsendet.

3. Die an einer Kandidatur interessierten jungen Maintaler finden sich auf dem im Wahljahr stattfindenden KJK und stellen sich dort der jugendlichen Öffentlichkeit vor. Es sollen keine Interessenvereinigungen mehrerer Kandidaten nach dem Vorbild politischer Parteien gebildet werden.





4. Das Vertretergremium wird alle zwei Jahre nach dem KJK per Briefwahl gewählt. Aktives und passives Wahlrecht üben alle zum Zeitpunkt der Wahl 13-18jährige Maintaler aus.
5. Die Kongresse, Umfragen, Wahlen und Sitzungen werden vom Vertretergremium selbst organisiert. Finanziell und logistisch wird dabei auf Ressourcen der Stadt Maintal zurückgegriffen.
6. Das 12-18köpfige Vertretergremium wählt aus seiner Mitte einen „Sprecherrat“, bestehend aus drei Personen, die das Vertretergremium nach außen vertreten.
7. Das Vertretergremium tagt einmal im Monat oder nach Bedarf. Es tagt allein und auf Einladung des Sprecherrats. Bei Bedarf können Vertreter der Maintaler Politik (Magistrat, Stadtverordneteversammlung) eingeladen werden.
8. Das Vertretergremium ist offen für freiwillige Helfer, die kein Stimmrecht ausüben, sich aber an der Arbeit des Vertretergremiums beteiligen können.
9. Das Vertretergremium hat unter anderem folgende Aufgaben:
 - a) Interessen der Jugendlichen herausfinden
 - b) Eigene Möglichkeiten der Umsetzung sondieren
 - c) Daraus Forderungen formulieren
 - d) Forderungen an die Politik herantragen
 - e) Kontrolle gegenüber der Politik im Hinblick auf die formulierten Interessen ausüben
 - f) Möglichst oft gemeinsam mit der Politik Umsetzung der Forderungen organisieren, unter Einbindung weiterer Jugendlicher
10. Der Sprecherrat soll ein im Auftrag des Vertretergremiums ausgeübtes Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal erhalten. Hierzu ist eine Satzungsänderung im Stadtrecht notwendig, zu der die Jugendlichen alle Fraktionen einladen zuzustimmen. Die Jugendlichen erhoffen sich in dieser Sache durch die durchweg demokratische Legitimierung ihres Vertretergremiums eine mehrheitsfähige Position.

Der Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal, der Büdinger Kreis e.V. und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung betrachten ihr Projekt, den Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, ein Modell für ihre Beteiligung an der Politik der Stadt Maintal zu erarbeiten an einem wichtigen Meilenstein. Zum jetzigen Zeitpunkt sind Sie, die Vertreter der Politik gefordert, Ihren mehrfach geäußerten Willen, die Jugendlichen in Maintal bei diesem Ansinnen zu unterstützen, in die Tat umzusetzen, indem Sie dieser Petition zum Erfolg verhelfen.





Eine Initiative des Büdinger Kreis e.V.

Der Zeitplan sieht folgendes vor: Im Januar 2001 soll der 3. Kreative Jugendkongress stattfinden, der erste Wahlkonvent zur Bildung des Vertretergremiums. Im Februar 2001 soll die Briefwahl stattfinden, damit das Vertretergremium im März 2001 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten kann. Auf dem Weg dorthin werden die Jugendlichen weiter von den drei Projektpartnern begleitet.

Bitte bedenken Sie, dass die Jugendlichen bis Ende Oktober die entsprechende Planungssicherheit brauchen, soll der Zeitplan wie vorgesehen umgesetzt werden. Bitte teilen Sie uns schnellstmöglich Ihre Entscheidung mit.

Mit freundlichen Grüßen

Karsten Rudolf, M.A.
Büdinger Kreis e.V.

Brigitte Vollprecht
Fachdienst Jugendarbeit der Stadt
Maintal

gez. Axel Knoblich, M.A.
Hessische Landeszentrale für
politische Bildung





Stimmzettel für die Wahl eurer Jugendvertretung (JAM) in Maintal

- Jeder von euch ist berechtigt, **einen Vertreter/ eine Vertreterin jeder Altersstufe** zu wählen. Es dürfen also **insgesamt 5 Kreuzchen** gemacht werden, eines bei den 14-Jährigen, eines bei den 15-Jährigen, usw.
- Für die Altersstufe der 13-Jährigen haben sich keine Kandidaten/Kandidatinnen gefunden. Trotzdem dürfen sich alle 13-Jährigen an der Wahl beteiligen!
- Den Stimmzettel bitte bis zum 20. März 2001 in die versiegelte Wahlbox werfen, oder in einen Umschlag stecken und an den Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal, Klosterhofstr. 4-6, 63477 Maintal senden.

• Die Wahlboxen stehen in

Dörnigheim
W. von Siemens-Schule
Stadtbücherei

Bischofsheim
Erich-Kästner-Schule
Albert-Einstein-Schule
Stadtbücherei

Hochstadt
Stadtbücherei
Rathaus

Wachenbuchen
Stadtbücherei
Stadtladen

Altersstufe	Kandidaten/ Kandidatinnen	
14	Halmand, Samera Hillebrecht, Marcus Nüthen, Lars Sonnenberg, Vincent	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
15	Griebel, Sebastian Hauck, Sascha Rehbein, Sina Schubert, Christina	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
16	Heinemann, Sascha Koch, Heiko Kutscher, Daniel Staubach, Tabea	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
17	Brecht, Ares Mihailowski, Alexander Nüthen, Inga	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
18	Sonnenberg, Jasmin Vollbrecht, Sascha Vuolo-Caamaño, Alessandro	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Info's beim Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal 06181-400-716
oder bei den Kandidaten/Kandidatinnen – www.jam-home.de

JAM-Jugend aktiv für Maintal
www.jam-home.de
Wer nicht wählt, kann auch nichts erwarten!

Satzung von J.A.M. – Jugend Aktiv Für Maintal

Einleitung

Jugendliche sollen als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt werden. Dazu sollen sie die Chance zur Mitgestaltung ihrer Umgebung und die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln erhalten und an Planungen und Entscheidungen der Stadt beteiligt werden.

Aus diesem Grund hat der Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal, der Büdinger Kreis e.V. (BK) - überparteilicher Verein zur politischen Bildung und Kommunikation – und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) in den Jahren 2000 und 2001 gemeinsam mit den Maintaler Jugendlichen in zwei Kreativen Jugendkongressen und vielen Arbeitstreffen ein Konzept zur Jugendbeteiligung ausgearbeitet, das die Grundlage zu dieser Satzung bildet. Die verfahrensmäßige Grundlage bildet die Petition Nr. 1, die auf dem Zweiten Kreativen Jugendkongress erarbeitet und verabschiedet wurde. Der Dritte Kreative Jugendkongress, den das J.A.M.-Vorbereitungsteam Anfang 2001 organisierte, bildete den institutionellen Beginn der ständigen Vertretung Jugendlicher in Maintal.

Jugend Aktiv für Maintal (J.A.M.) ist eine institutionalisierte Jugendvertretung mit offenen Arbeitsformen und soll

- für alle Maintaler Jugendlichen sprechen und tätig werden,
- die Beteiligung von Jugendlichen an politischen und verwaltungsmäßigen Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglichen und sicherstellen,
- auf die Belange von Jugendlichen aufmerksam machen,
- das bessere Verständnis zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, ethnischer Herkünfte, Kulturen und Konfessionen fördern,
- zur politischen Aufklärung und Erziehung beitragen.

§ 1

Ziele und Aufgaben

1. Ziel der Jugendvertretung (J.A.M.) ist es, Anregungen zur Verbesserung der Situation der Maintaler Jugendlichen zu erarbeiten und Maßnahmen vorzuschlagen, damit Maintal zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt wird. Folgende Themen sollten dabei besonders im Vordergrund stehen:
 - Schule
 - Freizeit
 - Verkehr
 - Umwelt
 - Beteiligung von Jugendlichen
 - Gleichstellung der Geschlechter
 - Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen
 - sowie alle mehrheitsfähigen Themen, die die Maintaler Jugendlichen betreffen/ vortragen.
2. Zu diesen Bereichen nimmt die Jugendvertretung (J.A.M.) die Anregung und Wünsche der Maintaler Jugendlichen entgegen. In der Jugendvertretung (J.A.M.)



und ihren Arbeitsgruppen werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, die dann mit Gremien oder Fachdiensten in konkrete Aktionen umgesetzt werden können oder als Anträge dem Sozialausschuss, dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet werden.

3. Die Jugendvertretung (J.A.M.) wird bei allen Maßnahmen der Verwaltung und der Gremien, die die Interessen von Jugendlichen berühren, beteiligt, sofern es das Stadtrecht nicht ausschließt.
4. Die Gremien der StVV und die Verwaltung der Stadt Maintal unterstützen die Jugendvertretung (J.A.M.) nach bestem Wissen und Willen. Der Jugendvertretung wird von der Stadtverordnetenversammlung ein Antrags- und Anhörungsrecht im Stadtparlament sowie den zuständigen Ausschüssen eingeräumt. Zur Umsetzung einzelner Projekte und zur Finanzierung der geschäftsführenden Arbeit, die der Interessenformulierung und Willensbildung der Maintaler Jugendlichen und zur Durchsetzung der von der Jugendvertretung (J.A.M.) gefassten Beschlüsse dient, wird dem Gremium ein Budget von der Stadt zur Verfügung gestellt, das durch den Fachdienst Jugendarbeit treuhänderisch verwaltet wird.
5. Die Jugendvertretung (J.A.M.) soll sich regelmäßig mit anderen Kinder- und Jugendparlamenten austauschen, um gemeinsame Aktivitäten für eine kinder- und jugendfreundliches Deutschland zu planen und eine gegenseitige Hilfestellung zu geben.

§2

Zusammensetzung der Jugendvertretung (J.A.M.)

1. Die Jugendvertretung (J.A.M.) besteht aus gewählten Jugendlichen (Jugendvertreter/innen), die ehrenamtlich tätig sind. Das Wahlverfahren ist in der Petition Nr. 1 festgelegt. Die Jugendlichen, die nicht die erforderliche Stimmenmehrheit – aber mindestens 5% aller abgegeben Stimmen – erhalten haben, werden als Vertreter der jeweilig in den einzelnen Altersgruppen Gewählten eingesetzt und nehmen im Vertretungsfall (für denselben) die Rechte des/der gewählten Vertreters/Vertreterin ein.
2. Die Jugendvertretung (J.A.M.) wählt aus ihrer Mitte einen Sprecherkreis. Der Sprecherkreis besteht aus mindestens vier Personen (Sprecher, Stellvertreter, Kassenwart und Schriftführer).
3. Vor jeder Sitzung wird eine Sitzungsleitung festgelegt.
4. Der Sprecherkreis der Jugendvertretung (J.A.M.) kann nur abgewählt werden, wenn ein neuer Sprecherkreis durch mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Anzahl der Mitglieder gewählt wird. Dies kann jedoch frühestens vier Monate nach der Wahl des Sprecherkreises geschehen. Die Abwahl muss ein ordentlicher Tagesordnungspunkt sein. Ein Dringlichkeitsantrag ist nicht möglich.

§3

Stimmrecht

1. Sitz und Stimme haben alle gewählten Jugendlichen.

§4 Arbeitsgruppen

1. Die Jugendvertretung (J.A.M.) kann für die Vorbereitung und Unterstützung seiner Arbeit Arbeitsgruppen für besondere Themenbereiche bilden. Jede Arbeitsgruppe wählt eine/n Vertreter/in, der/die gleichzeitig die Funktion eines Sprechers und Organisers erhält.
2. Die Arbeitsgruppen setzen sich aus den interessierten Jugendlichen der Jugendvertretung (J.A.M.) zusammen und weiteren interessierten Jugendlichen.

§5 Amtsführung

1. Die Jugendvertreter/innen sind verpflichtet, an den Sitzungen der Jugendvertretung (J.A.M.) teilzunehmen. Bei Verhinderung ist der/die Sprecher/Sprecherin bzw. die Geschäftsstelle unter Angabe des Grundes rechtzeitig vor der Sitzung zu verständigen.
2. Die Jugendvertreter/innen sind verpflichtet, zu den Sitzungen der Jugendvertretung (J.A.M.) rechtzeitig zu erscheinen und ihnen bis zum Schluss beizuwohnen. Will ein Mitglied die Sitzung vor ihrer Beendigung verlassen, hat er oder sie sich bei dem bzw. dem Sprecherkreis abzumelden.
3. Fehlt ein/e Jugendvertreter/in bei mindestens zwei Sitzungen hintereinander, ohne den Sprecherkreis bzw. die Geschäftsstelle verständigt zu haben, gilt dies als Mandatsverzicht. Nach unentschuldigtem Fernbleiben von einer Sitzung ist dem/der Fehlenden eine Mahnung mit Verweis auf diese Satzung zu schicken.
4. Die Sitzung sind in der Regel bis 21.00 Uhr zu beenden.

§6 Anzahl der Sitzungen

1. Die Jugendvertretung (J.A.M.) tagt einmal im Monat. In den Schulferien finden keine Sitzungen statt. Die erste Sitzung findet spätestens einen Monat nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses statt.
2. Die Sitzungen sind öffentlich und alle anwesenden Jugendlichen haben rederecht. Es kann jedoch auf Antrag durch mehrheitlichen Beschluss ein nichtöffentlicher Teil angeschlossen werden.

§7 Geschäftsführung

1. Die Geschäftsführung der Jugendvertretung (J.A.M.) ist in der Stadtverwaltung dem Fachdienst Jugendarbeit und Spielplätze angebunden.
2. Aufgabe der Geschäftsführung ist es, die Sitzung gemeinsam mit der vom Sprecherkreis bestimmten Sitzungsleitung zu leiten. Die Geschäftsführung sorgt für den Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen Gremien und der Verwaltung. Sie hilft dem Sprecherkreis der Jugendvertretung (J.A.M.) bei der Vorbereitung der Sitzungen und bei der Ausführung der Beschlüsse.



3. Die Geschäftsführung ist für die pädagogische Begleitung verantwortlich und bietet Fortbildungsveranstaltungen zur Qualifizierung der Jugendlichen an. Sie wird durch den Fachdienst Jugendarbeit und den Büdinger Kreis e.V. gewährleistet.

§8 Geschäftsverlauf

1. Der/die Sprecher/in setzt in Absprache mit der Geschäftsführung die Tagesordnung fest. Er/sie hat dabei Anträge zur Tagesordnung aufzunehmen, die ihm/ihr spätestens bis zum 7. Kalendertag vor dem Sitzungstermin aus den Reihen der Jugendvertreter/innen schriftlich vorgelegt werden.
Die Tagesordnung wird zusammen mit der Einladung zur Sitzung verschickt. Die Jugendvertreter/innen sind gehalten, durch ihren Kontakt zu den Maintaler Jugendlichen Anträge von dort aufzunehmen. Über die Zulassung von Dringlichkeitsanträgen entscheidet die Mehrheit. Zu den Sitzungen wird öffentlich eingeladen.
2. Die Jugendvertretung (J.A.M.) berät und beschließt in ihren Sitzungen über die eingereichten Anträge. Sie verfügt im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorschriften über ihren Etat.
3. Die Arbeitsgruppen der Jugendvertretung (J.A.M.) haben der Jugendvertretung (J.A.M.) regelmäßig Bericht zu erstatten. Der Bericht hat zu Beginn jeder ordentlichen Sitzung zu erfolgen.

§9 Redeordnung

1. Die Sitzungsleitung stellt Wortmeldungen fest und erteilt das Wort grundsätzlich in der Reihenfolge der Meldungen. Ein/e Jugendvertreter/in darf das Wort erst ergreifen, wenn es ihm/ihr von der Sitzungsleitung erteilt worden ist.

§10 Beschlüsse der Jugendvertretung (J.A.M.)

1. Beschlüsse der Jugendvertretung (J.A.M.) werden durch die Geschäftsführung dem/der Koordinator/in des jeweiligen Gremiums zur weiteren Behandlung vorgelegt.
2. Die Beschlüsse der Jugendvertretung (J.A.M.) werden dem zuständigen Gremium durch ein Mitglied der Jugendvertretung (J.A.M.) erläutert.

§11 Wahl der Jugendvertretung (JAM)

1. Die Wahl zur Jugendvertretung (J.A.M.) findet alle zwei Jahre statt.
2. Das aktive und passive Wahlrecht besitzen alle Jugendlichen vom vollendeten 13. Lebensjahr bis zum Eintritt der Volljährigkeit. Weitere Voraussetzung ist, dass der/die Jugendliche zum Zeitpunkt der Wahl seit mindestens drei Monaten in Maintal mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.
3. Zu wählen sind maximal drei Jugendvertreter/innen pro wahlberechtigter Altersgruppe.

4. Das Wahlverfahren wird durch eine Wahlordnung geregelt (Petition des Zweiten Kreativen Jugendkongresses).

§12

Abstimmung

1. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
2. Bei Anträgen zur Änderung der Satzung ist eine 2/3 Mehrheit der Mitglieder erforderlich.
3. Das Gremium ist beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht durch Beschluss festgestellt wird. Die Beschlussunfähigkeit muss auf Antrag festgestellt werden, wenn weniger als 2/3 der Mitglieder anwesend sind.



Kennst Du eigentlich JAM ?

NA LOGO !

JAM sucht noch nach einem coolen Logo für eure Jugendvertretung. Zu diesem Zweck startet das frisch gewählte Gremium einen Wettbewerb.

Hier sind deine kreativen Ergüsse gefragt.

Gewinnen könnt ihr Shopping-Gutscheine von insgesamt 350,- DM
Also ran an den „Malkasten!“

UND SO GEHT'S: Einfach ein Logo, mit unseren Initialen (JAM) und der Erklärung „Jugend aktiv für Maintal“ kreieren und ab damit an:

Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Maintal
Klosterhofstr. 4-6, 63477 Maintal, e-mail: jugendarbeit@stadt-maintal.de

Einsendeschluss ist am 30.10.01

Viel Glück !!

V.i.s.d.P. Jugendvertretung Maintal – www.jam-home.de



JAM

Die Initiatoren von J&P – Kurzportrait und Kontakt

Büdingen Kreis e.V.

Der Büdingen Kreis e.V. (BK) ist ein überparteilicher, überregionaler und gemeinnütziger Verein zur politischen Bildung und Kommunikation. Er ist nach seinem Gründungsort, der Stadt Büdingen/Hessen benannt und hat dort auch seinen Hauptsitz. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt z.Zt. in Hessen, es wird aber auch eine Regionalleitung in Baden-Württemberg aufgebaut. Der BK will durch politische Bildung & Kommunikation Brücken schlagen. Brücken zwischen den Bürgern und dem Gesellschaftsengagement - zwischen Individuum und Gemeinschaft. Eine Renaissance des Sozialverhaltens und des Politischen ist dabei das Ziel.

Durch seine wissenschaftlich-praktische und ehrenamtliche Ausrichtung sowie die regional strukturierte Arbeit (Nähe des politischen Bildners zum Bürger in der Kommune) unterscheidet er sich wesentlich von den traditionellen politischen Bildungseinrichtungen und steht für eine neue Sparte politischer Bildungsarbeit ein. Durch BK-Regionalleitungen (kleine Zentralen für politische Bildung), die eigene Bildungsprojekte in ihren Regionen vor Ort realisieren und (selbständigen) Demokratiewerkstätten an Schulen wie der Polit AG an der Hohen Landesschule (www.polit-ag.de), baut er z.Zt. seine Struktur innerhalb Hessens aus. Wer Interesse zur ehrenamtlichen Mitarbeit hat, ist herzlich dazu eingeladen.

Den BK kennzeichnen ferner seine wissenschaftlichen Modellprojekte, mit denen er den Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis leisten will. Durch ein wissenschaftliches und institutionelles Netzwerk versucht der BK, eigene Modellprojekte zu entwickeln und zu fördern, um dadurch aktuellen Diskussionen neue Impulse zu geben oder sie gar erst anzustoßen. Im Rahmen dieser Bildungs- und Forschungsarbeit sammelt der BK wertvolle Erfahrungen, die von allgemeinem Interesse sind und entwickelt Projektideen. Der Vorstand kann durch den Hintergrund seiner Mitglieder, ein progressives (ehrenamtliches) Mitarbeiterprinzip, Beiräte und das Kuratorium des BK auf vielfältige Kenntnisse zurückgreifen. Mit Hilfe dieses Wissens berät der Vorstand politische Institutionen in Fragen der Bürgerbeteiligung, Organisationsentwicklung und politischen Kommunikation.



Einige vom BK erschienene Veröffentlichungen

- Rudolf, K./Zeller, M. (1999): Politische Bildung und politisches Engagement: Das Nidderau-Projekt - Fallstudie und Perspektiven. In: Praxis Politische Bildung, Ausgabe 1/9. JUVENTA-Verlag, S. 25-34.
- Rudolf, K./Zeller M. (2000): Der Bürger als Bildungspartner - Chancen und Möglichkeiten der Evaluation politischer Bildungsarbeit. In: kursiv - Journal für politische Bildung, Ausgabe 1/00. WochenschauVerlag, S. 39-43.
- Rudolf, K./Wicker A. (2000): Jugend im Parteienstaat: Ein Plädoyer für Konzeptvielfalt und einen offenen Prinzipienkatalog bei der Aktivierung Jugendlicher. In: Praxis Politische Bildung, Ausgabe 4/00. JUVENTA-Verlag, S. 250-259.
- Rudolf, K./Albach, S./Zeller, M.: Eine Demokratiewerkstatt als ergänzenden Angebot zur politischen Bildung. In: Praxis Schule 5-10, Heft 3/01. Westermann Schulbuchverlag, S. 20-23.
- **Rudolf, K./Zeller, M. (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. WochenschauVerlag.**



Kontakt

Bündinger Kreis e.V. - Postfach 1207 - 63642 Büdingen/H. - Tel.
06187/900132- Fax 06003/930063 - kontakt@bkev.org - www.bkev.org

Fachdienst Jugendarbeit und Spielplätze der Stadt Maintal

Der Fachdienst besteht aus einer Vollzeitstelle (38,5 Std. – Leitung) und einer Teilzeitstelle (12 Std./Wo. – Verwaltungstätigkeiten), die folgende Aufgabebereiche erfüllen:

- Planung und Organisation von Freizeit- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche
- Koordination und Kooperation mit den Einrichtungen, die dem Fachdienst zugeordnet sind sowie mit freien Trägern der Jugendarbeit
- Organisation und Verwaltung usw.

Dem Fachdienst sind mehrere Einrichtungen zugeordnet. Dazu zählen offene Freizeiteinrichtungen für Kinder (Kinderclub) im Alter von 10 - 15 Jahren in Bischofsheim und Dörnigheim sowie eine offene Einrichtung für Jugendliche (Bonis Jugendtreff) für Jugendliche im Alter von 15 - 25 Jahren.

Die Angebote der Einrichtungen sind: Themen- und/oder zielgruppenbezogene Veranstaltungen und Projekte, einmalige oder wiederkehrende Angebote, Fahrten, Freizeiten und erlebnispädagogische Maßnahmen etc.

Die Einrichtungen werden betreut von:

- 2 Vollzeitstellen (38,5 Std.)
- 2 Teilzeitstellen (30 Std.)
- 1 Praktikantenstelle
- 4 Honorarkräfte

Für den zweiten Aufgabebereich Planung und Unterhaltung städtischer Spielplätze, betreute Spielcontainer und Spielmobil steht eine Vollzeitstelle (38,5 Std.) zur Verfügung.



Kontakt

Stadtverwaltung Maintal – Fachdienst Jugendarbeit und Spielplätze – Klosterhofstraße 4-6 – 63477 Maintal - Tel. 06181/4007716 - Fax. 06181/400730- jugendarbeit@stadt-maintal.de - www.stadt-maintal.de



Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung wurde 1954 gegründet. Sie ist fester Bestandteil des politischen Lebens und der politischen Kultur in Hessen. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung ist eine Einrichtung des Landes Hessen und unmittelbar dem Hessischen Ministerpräsidenten zugeordnet. Sie führt als einzige hessische Einrichtung politische Bildungsarbeit im öffentlichen Auftrag durch. Ein Kuratorium aus neun Landtagsabgeordneten gewährleistet die überparteiliche Haltung.

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung „leistet politische – nicht parteigebundene - Bildungsarbeit im Lande Hessen. Sie hat insbesondere die Aufgabe, die Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Bewusstseins durch politische Bildungsarbeit zu fördern...“ (Auszug aus der Satzung)

Wir bieten Publikationen an zu zentralen Themen politischer Bildungsarbeit und zu aktuellen politischen Entwicklungen.

Wir führen Seminare, Fachtagungen und Vortragsreihen zu grundsätzlichen Sachgebieten der Politik sowie zu aktuellen politischen Fragen durch.

Wir organisieren internationale Begegnungen.

Wir arbeiten mit allen demokratischen gesellschaftlichen Gruppen zusammen und orientieren uns an deren Lerninteressen.

Wir fördern Fahrten zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.

Wir verleihen aus unserer Bibliothek Publikationsmaterial zu allen Themen der politischen Bildungsarbeit.



Kontakt

Hessische Landeszentrale für politische Bildung – Rheinbahnstraße 2 -
65022 Wiesbaden - Tel. 0611/99197-0 - Fax 0611/99197-44 -
kontakt@hlz.hessen.de - www.hlz.hessen.de

Zu den Autoren

Axel Knoblich, M.A. – Jahrgang 1962 - ist Leiter des Referats „Ökologie, Jugend, Parlamente, Bundeswehr“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

Heiko Koch – Jahrgang 1984 – ist Schüler am Albert-Einstein-Gymnasium in Maintal und gewählter Vertreter von J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal und war schon in einer frühen Phase des Modellprojekts als Freiwilliger beteiligt.

Daniel Kutscher – Jahrgang 1984 – ist Schüler am Albert-Einstein-Gymnasium in Maintal, gewählter Vertreter von J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal und war von Beginn an als Freiwilliger beim Modellprojekt.

Lars Naumann, -Jahrgang 1976 - ist Vorstand Organisation des Büdinger Kreis e.V. (BK) und studiert Psychologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaften auf Magister an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Armin Niedermeier, Dipl. (Univ.) Kulturwirt – Jahrgang 1969 – ist Vorstand Konzeption des Büdinger Kreis e.V. (BK) und hauptberuflich Pressesprecher der Deutschen Bank AG.

Inga Nüthen – Jahrgang 1983 - ist Abiturientin am Albert-Einstein-Gymnasium in Maintal, arbeitet in der Schülerzeitung mit und ist Sprecherin von J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal.

Karsten Rudolf, M.A. – Jahrgang 1974 - ist Vorstandsvorsitzender des BK, Doktorand an der Justus-Liebig-Universität Gießen und war fünf Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig. Beruflich war er mehrere Jahre im Konzernstab Kommunikation der Deutschen Bank und ist heute beim Deutschen Volkshochschul-Verband beschäftigt.

Brigitte Vollprecht – Jahrgang 1949 – ist Sozialarbeiterin und seit 1979 in der kommunalen Jugendarbeit tätig. Sie leitet den Fachdienst „Jugendarbeit und Spielplätze“ der Stadt Maintal.

Alessandro Vuolo-Caamano – Jahrgang 1983 - Der Italienspanier ist Abiturient am Schiller-Gymnasium in Frankfurt am Main und stellvertretender Sprecher von J.A.M. – Jugend Aktiv für Maintal.



Alexander Wicker – Jahrgang 1974 – ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender des BK und war mehrere Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig. Der selbständige Unternehmensberater studiert Politik, Rechtswissenschaften sowie mittlere und neuere Geschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Marc Zeller – Jahrgang 1976 – ist Mitglied des BK. Er studiert Betriebswirtschaft an der Berufsakademie Mosbach und macht ein Magisterstudium mit den Fächern Geschichte und Psychologie an der Fernuniversität Hagen.

Melanie Zeller, M.A. – Jahrgang 1972 – ist Vorstand Finanzen des BK. Die gelernte Bankkauffrau war beruflich mehrere Jahre im Finanzdienstleistungssektor und im Bildungsbereich tätig. Sie ist Doktorandin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die Hefte sind zu beziehen bei:
Hessische Landeszentrale
für politische Bildung
Rheinbahnstraße 2, 65185 Wiesbaden
Postfach 32 20, 65022 Wiesbaden
Tel.: 06 11 / 9 91 97-34
Fax: 06 11 / 9 91 97-44
e-mail: hlz@hlz.hessen.de

(Bestellungen bitte schriftlich)

POLIS

In dieser Reihe sind noch erhältlich:

24 Yaacov Ben Chanan
Juden und Deutsche.
Deutsche Traditionen jüden-
feindlichen Denkens.

25 Gerhard Beier
Zur Sozialgeschichte der
europäischen Revolutionen
1848/49 mit besonderer
Berücksichtigung der Ereig-
nisse in Hessen-Nassau.

26 Mechtild M. Jansen
Arbeitsplatz Kind.
Über die Verteilung von Er-
ziehungs- und Erwerbsar-
beit.

27 Mechtild M. Jansen,
Christa Perabo
Hessen engagiert. Freiwilli-
ges soziales Engagement in
Hessen.

28 Stefanie Lackner
Neue Verfahren der Bürger-
teilhabe

29 Hans J. Jentsch
10 Jahre Hessen-Thüringen

30 Dr. Susanne Nowak
Handlungsorientiertes Lernen
par excellence.
Erfahrungen und Möglichkei-
ten mit den computer-
gestützten, interaktiven
Planspielen WIWAG und
OEKOWI.

31 Wolfgang Benz
Gedenkstätten und
Erinnerungsarbeit –
Ein notwendiger Teil
unserer politischen Kultur.

32 Prof. Dr. Eberhard Sand-
schneider, Prof. Dr. Susanne
Weigelin-Schwiedrzik
Asien, eine andere Welt
Werte und Menschenrechte